Nr. 196. 25. Jahrg.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 50 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen", das erste (fettgedruckte) Wort 20 Pfg., jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Sonnabend, den 22. August 1908.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Wahlen in Niederösterreich.

Aus Wien wird uns vom 19. August geschrieben:

Inmitten der „Urlaubszeit", während die Politiker fern von der Stadt weilen und sich das politische Getriebe auf Monarchenbegegnungen und Geburtstagsfeiern beschränkt — diese letzteren freilich sehr ausgiebig — ist plötzlich die Auflösung des niederösterreichischen Landtages und die Ausschreibung von Neuwahlen gekommen. Wohl hat sich die ehemalige Bedeutung der Landtage, deren Kampf mit dem Reiche die zwei ersten Jahrzehnte des österreichischen Verfassungsleben ausfüllt, völlig verflüchtigt, und die einst so wichtigen und hochmögenden Landesversammlungen sind heute recht bescheidene, in ihren Befugnissen wie Wirkungen gleichermaßen beschränkte Verwaltungskörperschaften geworden, ohne daß ein Buchstabe an der geschriebenen Verfassung geändert wurde: ein neuer Beweis der Erfahrung, um wie viel stärker die lebendige Macht als alle Verfassungsparagraphen ist. Trotzdem haben Wahlen in Wien und Niederösterreich immer ihre besondere Bedeutung. Der niederösterreichische Landtag ist eine der Hochburgen der Christlichsozialen, nach dem Wiener Gemeinderat die wichtigste; und so wird auch diesen Wahlen das große Ringen zwischen Christlichsozialen und Sozialdemokraten nicht fehlen, das den Wahlkämpfen in Oesterreich, seitdem die nationalen Streitfragen aus den Wahlen ausgeschieden worden sind, immer mehr das Gepräge gibt. Zumal diesmal unter einem neuen Wahlrecht gewählt wird, das zwar den Christlichsozialen einen gewaltigen Vorsprung sichert, immerhin aber auch der Sozialdemokratie Erfolge bringen muß. Es wird also in Kürze in Wien wieder heiß zugehen.

Groß können die Mandatsgewinne unserer Partei bei diesen Wahlen freilich nicht ausfallen, denn die Wahlordnung, wie sie der christlichsoziale Landtag in seiner letzten Tagung festgestellt hat, ist ein Muster- und Meisterstück von Wahlgeometrie; und sie bestätigt nur wieder, daß es auf dem ganzen Erdenrunde keine Partei gibt, die unseren Christlichsozialen gleichkäme in der Kunst, sich im Wahlsystem Vorteile zu sichern und in der Skrupellosigkeit, dabei auf Gerechtigkeit und Anständigkeit völlig zu verzichten. Die Kunst ist deshalb so bemerkenswert, weil die Christlichsozialen scheinbar auf Vorrechte gar nicht bestehen, Privilegien im Wahlrecht nicht anstreben. Was andere, wohl ebenso brutale, dafür aber aufrichtigere Parteien plump anfassen, fassen sie mit List an, und zwar noch viel sicherer. So haben sie in Wien auch für die Landtagswahlen das allgemeine und gleiche Wahlrecht eingeführt; worin sie das „corriger la fortune" befolgen, ist eben weniger das Wahlrecht, als die Wahlbezirkseinteilung. Sie haben in Wien bei den Reichsratswahlen nicht einmal die Hälfte aller abgegebenen Stimmen erhalten (von 333 000 knappe 160 000, was die Ruhmredigkeit über das „christlichsoziale Wien" recht beträchtlich zu rektifizieren geeignet ist), haben sich aber für die Landtagswahlen von den 48 Mandaten, die Wien für den Landtag besitzt, vorweg 36 als geradezu unangreifbares Besitztum gesichert: sicherlich kein geringes Kunststück einer planmäßigen Wahlgeometrie! Wie haben sie es nun angestellt? Von den 21 Gemeindebezirken Wiens haben zwölf eine christlichsoziale, acht eine sozialdemokratische und einer eine Mehrheit, die sich aus Sozialdemokraten und Bürgerlich-Freisinnigen zusammensetzt. Für den Landtag hat Wien aber um 15 Mandate mehr bekommen als für den Reichsrat. Diese fünfzehn Mandate sind nun ausschließlich auf die Bezirke mit christlichsozialer Mehrheit verteilt worden, von den mit gegnerischen Mehrheiten hat also nicht einer ein Mandat mehr bekommen, obwohl schon die Verteilung in der Reichsratswahlordnung eine höchst parteiische und auf die Parteibedürfnisse der Christlichsozialen zugeschnittene war. Haben doch Wiener Wahlkreise Wählerzahlen von 2000 bis 20 000 Wählern, der eine Wahlbezirk ist also zehnmal größer als der andere! Und die schon übermäßig begünstigten Wahlkreise haben nun noch neue 15 Mandate bekommen! Diese Häufung von Mandaten müßte nun die Wirkung haben, die sozialdemokratischen Minoritäten, die in diesen Bezirken sehr namhaft sind, zum Ausdruck zu bringen; würde jeder Gemeindebezirk in so viele Wahlbezirke geteilt werden als ihm Mandate zugedacht sind, so könnten die Minoritäten in bestimmten Teilen natürlich zu Mehrheiten werden und auf Mandate rechnen. Das ist in der Reichsratswahlordnung, eben zu diesem Zwecke, auch geschehen; sie kennt nur die Einwahl als die bescheidene, aber unerläßliche Minoritätsvertretung. In der christlichsozialen Landtagswahlordnung wird aber das Gegenteil angestrebt: nämlich nicht der Schutz, sondern die Vergewaltigung der Minoritäten — weil sie eben sozialdemokratische sind — und so wurde die Einwahl durch die Listenwahl ersetzt, als das notwendige Mittel, die Beute der fünfzehn Mandate in Sicherheit zu bringen. Was das bedeutet, soll nur an zwei Bezirken illustriert werden. In der Inneren Stadt (1. Gemeindebezirk) beträgt die christlichsoziale Mehrheit 4962, die gegnerische (hier liberale) Minderheit 4162 Stimmen. Diese Mehrheit erhält nun durch das Listenskrutinium alle sechs Mandate dieses Bezirkes; die große Minderheit geht dadurch ganz leer aus. Auf der Landstraße stehen einander 11 648 sozialdemokratische und 13 236 christlichsoziale Stimmen gegenüber, den Christlichsozialen sichert das Listenskrutinium vier Mandate, die Sozialdemokraten beraubt es, wie die Struktur dieses Bezirkes es ergäbe, um mindestens ein Mandat. Die Bilanz der christlichsozialen Ungleichheit des Wahlsystems, die sie nicht, wie es dümmere bürgerliche Parteien tun, in das Wahlrecht, die sie, wie es schlauen Jesuiten ziemt, in die nicht sichtbare Wahlbezirkseinteilung einspinnen, geben folgende Zahlen:

Die Bezirke mit christlichsozialen Majoritäten haben **826 400 Einwohner** und erhalten **36 Mandate!**

Die Bezirke mit sozialdemokratischen Majoritäten haben **701 300 Einwohner** und erhalten **12 Mandate!**

Oder:

In den christlichsozialen Bezirken kommt ein Abgeordneter auf rund **23 000 Einwohner!**

In den sozialdemokratischen Bezirken kommt ein Abgeordneter auf rund **58 000 Einwohner!**

Es ist notwendig, diese wahre Grundlage der christlichsozialen Größe, den Charakter ihrer Herrschaft, die nur auf Wahlordnungen ruht, in den aufreizenden Zahlen auch der deutschen Oeffentlichkeit vorzuführen: schon damit die tendenziöse Aufloberei, der sich jetzt das gesinnungsverwandte Zentrum befleißigt (wie es in letzter Zeit der seltsame Historiker Martin Spahn in einem Aufsatze voll lächerlicher Unwissenheit tut), auf ihren wahren Wert zurückgeführt werde. Ueberdies haben sich die Christlichsozialen mit diesem Vorsprung nicht begnügt, sie spielen auch sonst mit falschen Karten. Um in den Bezirken, in denen die sozialdemokratische Mehrheit schwächer ist (es sind ihrer fünf) die Chancen der Arbeiter zu verschlechtern, wurde für den Landtag statt der einjährigen Seßhaftigkeit der Reichsratswahlordnung die dreijährige Seßhaftigkeit bestimmt; ein neuer Beweis, wie „umsichtig" eine christlichsoziale Reform Wahlsiege vorzubereiten weiß. Die christlichsoziale Mehrheit des Landtages muß nicht erst erkämpft werden, sie steckt schon in der Wahlordnung!

Unter solchen Umständen gebärden sich die Christlichsozialen nun als Wohltäter und zeigen sich bereit, die armen Deutsch-Freiheitlichen von ihrem Reichtum im Kompromißwege ein paar Mandate zu schenken. Von den 127 Mandaten des Landtages können sie unschwer auf neunzig rechnen, so tüchtig arbeitet die Wahlordnung vor! Warum sollen sie also nicht nobel sein dürfen und ein paar Brocken abgeben, wenn sie sich damit das sogenannte freiheitliche Bürgertum zur Hörigkeit verpflichten? Das ist nämlich der Zweck des Kompromisses, das man auch für diese Wahlen zuwege bringen möchte, und daran auch hier unter der beliebten Firma: „Sammlung der bürgerlichen Elemente gegen die Sozialdemokratie" gearbeitet wird. Von niemandem eifriger als von dem wackeren Beck, der zwar vernünftig genug ist, seine Finger von der ausgesprochenen antisozialdemokratischen Politik zu lassen, die berüchtigte Blockidee aber doch nicht ungern importieren möchte. Die Christlichsozialen sind als gute Geschäftsleute bekannt; wenn sie den Freiheitlichen — nicht denen in Wien, denn diese letzten Reste des ehemaligen bürgerlichen Liberalismus, die wirklich und redlich freisinnig sind, werden von ihnen fast so gehaßt wie die Sozialdemokraten — in den Landstädten ein paar Mandate geben wollen, obwohl sie stark genug wären, sie in diesen Bezirken, wo das Wahlrecht von einer für die Arbeiter unerschwinglichen Steuer abhängt, unschwer zu erdrosseln, so muß das für sie auch seinen besonderen Wert haben; umsonst ist von den „Römischen" nichts zu haben. Was die Christlichsozialen im Sinne haben, ist die Entmannung des bürgerlichen Freisinns; er soll von ihnen Handgeld nehmen und ihnen verpflichtet sein, wobei als Extraprofit herauskommt, daß die Christlichsozialen das Gift des Arbeiterhasses dadurch auch den anderen bürgerlichen Parteien einzuimpfen und so den antisozialdemokratischen Block zu formieren hoffen. Deshalb werden diese Landtagswahlen der Reflex der allgemeinen politischen Tendenzen sein. Die Sozialdemokraten aber werden, kampfgewohnt und erprobt wie immer, zu erweisen haben, daß an ihrer Energie und Schlagfertigkeit römische Tücke und bürgerliche Feilheit zuschanden werden müssen.

Katholikentag.

Düsseldorf, 20. August. (Eig. Ber.)

Auf dem Essener Katholikentage vor zwei Jahren erschien in dem Ausschuß für soziale Fragen zum ersten Male auch eine Frau, sie wurde sogar zur geschlossenen Generalversammlung zugelassen und ihr das Wort gestattet zur Befürwortung eines die arbeitenden Frauen betreffenden Antrages; allerdings wurde ihr, wie man ausdrücklich erklärte, das Wort nur als „Gutachterin" gegeben, da die Satzungen des Katholikentages nur Männer als Mitglieder zulassen und nur solche sich an den Verhandlungen beteiligen dürfen. Nun hat sich unterdes den Ultramontanen die Notwendigkeit, die Frau am öffentlichen Leben zu beteiligen, mit genügender Deutlichkeit zu erkennen gegeben und auch der Katholikentag hat sich der Beschäftigung mit der Frage, den Frauen die vollberechtigte Mitgliedschaft zu gewähren, nicht entziehen können. Das Zentralkomitee hatte einen dahingehenden Antrag eingebracht, doch fand er in dem Ausschuß zahlreichen Widerspruch. Es wurde eingeworfen, daß das Interesse der Frauen auch unter den jetzigen Verhältnissen schon genügend gewahrt werde; daß auf den Katholikentagen manche Frage erörtert werde, die zu delikat für weibliche Ohren sei; daß von den Frauen selber kein Wunsch dieser Art laut geworden sei und daß, wenn man den Schritt einmal getan habe, man ihn nicht leicht wieder rückgängig machen könne. Die Opponenten im Ausschuß behielten die Oberhand und so wurde denn beschlossen, daß die Frage der Zulassung der Frauen noch nicht spruchreif sei, daß das Zentralkomitee die Sache noch mal prüfen und dem nächsten Katholikentag wieder vorlegen soll. In diesem Sinne beschloß denn auch die vierte geschlossene Generalversammlung, doch kam man den Frauen insofern entgegen, als bestimmt wurde, daß als Mitglieder der Katholikentage in Zukunft auch Vereine und zwar auch solche mit weiblichen Mitgliedern zugelassen werden sollen. — Es geht langsam mit den Fortschritten bei den Klerikalen; die Gegnerschaft der Ultramontanen gegen die Gleichberechtigung der Frau ist noch stark; doch ist vorauszusehen, daß der Katholikentag in sehr kurzer Zeit der Macht der Verhältnisse und des Gedankens auch in dieser Frage wird nachgeben müssen.

Die vierte geschlossene Generalversammlung erledigte sodann als Schluß ihrer Arbeit eine große Anzahl von Anträgen des Ausschusses für christliche Charitas: öffentliche Armenpflege, Antialkoholbewegung, Vinzenzvereine, Schul- und Jugendsparkassen, Strafrechts- und Gefängniswesen, Krüppelfürsorge usw. Für die Gründlichkeit, womit der Katholikentag nebensächliche Fragen zu behandeln pflegt, zeugt der Umstand, daß der letzte Redner der vierten geschlossenen Generalversammlung über die Behandlung der Rückgratsverkrümmung eines jungen Krüppels eine Viertelstunde reden durfte, während am Tage vorher bei der Behandlung der sozialen Anträge die Redezeit auf drei Minuten beschränkt wurde.

In der letzten öffentlichen Generalversammlung redete ein Holländer, Pfarrer Dr. Janssen-Bünnik, über die Katholiken und Protestanten in Holland. Er schilderte die in seinem Lande erfolgte Einigung der Katholiken und gläubigen Protestanten (antirevolutionäre Partei), wozu die beiden Teilen gemeinsame Sorge für die positiv christliche Erziehung der Jugend Anlaß gegeben habe. Der Redner hält den Tag für nicht mehr fern, wo auch die deutsche Nation sich in ihrer übergroßen Mehrheit einigt zur Rettung der christlichen Kultur und der sozialen Ordnung.

Den Schluß der rednerischen Leistungen des Katholikentages bildete eine mit übertriebenem Phrasenreichtum ausgestattete, mit komödienhaftem Pathos hinausgeschriene Rede eines schweizer Ständerates über das Papsttum. Die Zuhörer waren entzückt und gerieten in ein Beifallsrasen, das die katholische Christenheit noch einmal in ihrer ganzen Begeisterungsfähigkeit zeigte.

Präsident Graf Praschma gab in seiner Schlußansprache einen Ueberblick auf die Arbeiten des Katholikentages. Besonders gerührt zeigte er sich über die „herrliche Demonstration der Arbeiter" am Sonntag. „In dem unvergleichlichen Festzug", so sagte der Herr Graf, „erhoben 60 000 gläubige Arbeiter die schwielige Faust zum Bekenntnis ihres Glaubens. Das war ein Anblick so herrlich wie ich ihn nie erlebt. Ich gestehe, daß ich mehrmals mich abgewendet habe, um die Tränen zu verbergen, die mir in die Augen kamen, und manchem anderen unter uns ist es ebenso ergangen. Von ganzem Herzen will ich an dieser Stelle noch einmal diesen Männern danken, die zur Verherrlichung unserer katholischen Sache nach Düsseldorf gekommen sind. Wer so etwas wie am Sonntag zu sehen Gelegenheit hatte, der sagte sich: Es ist eine Lust katholisch zu sein, der dankte aus vollem Herzen seinem Gott, der uns vergönnt hat, daß wir uns katholisch nennen dürfen."

Dann schloß der Graf die 55. Generalversammlung der Katholiken Deutschlands. Die Festhalle entleerte sich. Das Spiel war zu Ende.

Zur Budgetabstimmung in den süddeutschen Parlamenten.

Ein Stuttgarter Gewerkschaftsführer schreibt uns:

Der gegenwärtige Zeitpunkt dürfte geeignet sein, noch einmal auf die vorjährige Budgetabstimmung der württembergischen Landtagsfraktion zurückzukommen. Nach Beendigung der Diskussion in der Tagespresse erschien (im Novemberheft 1907 der „Sozialistischen Monatshefte") ein abschließender Artikel des Genossen B. Heymann, der damals keine Erwiderung gefunden hat, obwohl der Verfasser, als Mitglied der württembergischen Landtagsfraktion, in dem begreiflichen Streben das Verhalten seiner Kollegen als von den Parteigenossen durchaus gerechtfertigt darzustellen, ein Bild gibt, das nichts weniger als objektiv ist. Da diese Heymannsche Darstellung des Sachverhalts in der gegenwärtigen Diskussion vielleicht noch eine Rolle spielen dürfte, sei hier noch mit einigen Worten auf sie eingegangen.

Genosse Heymann betont mit besonderem Nachdruck, daß der Beschluß, für das Budget zu stimmen, nach eingehender Beratung in der Fraktion gefaßt wurde, und daß sämtliche 15 Mitglieder einmütig, wenn auch aus verschiedenen Motiven, hinter dem Beschluß gestanden hätten. Diese Darstellung deckt sich nicht ganz mit den Mitteilungen, die ein anderer Abgeordneter in einer Stuttgarter Parteiversammlung über die Vorgänge in der Fraktion gegeben hat. Danach hatte die Fraktion sich nach eingehender Beratung schließlich dahin geeinigt, wiederum gegen das Budget zu stimmen, und dieser Beschluß wurde erst in einer Besprechung umgeworfen, die im Landtagssaale während der entscheidenden Plenarsitzung stattfand. Bei dieser Sachlage kann man nicht wohl mehr von einer „mit aller erdenklichen Gründlichkeit vorbereiteten Stellungnahme"

reden. Richtig ist dagegen, und es ist notwendig, das ganz besonders zu betonen, daß die einzelnen Abgeordneten aus sehr verschiedenen Motiven zu ihrer Stellungnahme gelangten. Die Reden, mit welchen eine Reihe von Abgeordneten ihr Verhalten in der erwähnten Stuttgarter Parteiversammlung begründeten, ließen jede Einheitlichkeit der Auffassung durchaus vermissen. Während aus der Rede des einen die Befriedigung darüber herausklang, daß mit der Abstimmung eine lästige Fessel gebrochen sei und die Abgeordneten nun auch in Bezug auf das Budget freie Hand hätten, was ihr Votum wertvoller mache, konnte man aus den Ausführungen eines anderen Abgeordneten schließen, daß er den Lübecker Beschluß so auffasse, wie er gemeint ist und daß er, dem vermeintlichen Zwange besonderer Verhältnisse folgend, nur dieses eine Mal ausnahmsweise für das Budget gestimmt habe. Ein dritter Abgeordneter schließlich meinte, wichtiger als die Annahme oder Ablehnung des Budgets sei die Einigkeit in der Partei, und in der Fraktion sei allein dieser Gesichtspunkt für ihn maßgebend gewesen. Wenn man sich diese Gegensätze vor Augen hält, wird man die Bemühungen Heymanns, durch eine Reihe von Zitaten eine sachliche Uebereinstimmung der verschiedenen Abgeordneten zu beweisen, richtig würdigen.

Allein darauf kommt es hier weniger an. Ueber Motive wird nicht abgestimmt, und da sämtliche Abgeordneten für das Budget votiert haben, sind auch alle für den Beschluß haftbar. Daraus entspringt eine Interessensolidarität, die den einzelnen in der Verteidigung des gefaßten Beschlusses mitunter weiter treibt, als er eigentlich beabsichtigt hatte. Wichtiger ist die Stellung, welche die Parteigenossen im Lande zu der Budgetabstimmung ihrer Abgeordneten eingenommen haben. Die entscheidende Stelle ist der Landesparteitag, und dieser hat eine Tadelsresolution gegen die Fraktion abgelehnt. Der Wortführer der Fraktion bezeichnet dieses Ergebnis als einen Erfolg der Abgeordneten, und er ist dazu berechtigt, wenn er nur die nackte Tatsache in Betracht zieht. Er tat aber noch ein übriges und schilderte auch die begleitenden Umstände, allerdings in sehr einseitiger Weise.

Sehen wir zu, wie sich die Dinge wirklich abgespielt haben. Die Resolution Kayser, die Gegenstand der Verhandlung war, hatte folgenden Wortlaut:

„Die Landesversammlung spricht, nachdem sie von der Tätigkeit der sozialdemokratischen Abgeordneten im Landtage Kenntnis genommen, der Landtagsfraktion ihre volle Anerkennung aus für die geschickte und wirksame Weise, in welcher sie die Interessen der werktätigen Bevölkerung des Landes wahrgenommen hat.

Die Landesversammlung bedauert jedoch, daß die sozialdemokratische Landtagsfraktion bei der Schlußabstimmung über den Gesamtetat diesem ihre Zustimmung gegeben hat.

Wie das Reich und die Einzelstaaten, so charakterisiert sich auch Württemberg als ein Klassenstaat; und wenn hier die Machtmittel des Klassenstaates den Arbeitern gegenüber nicht immer in der gleichen brutalen Weise zur Anwendung gebracht werden, wie in Preußen und anderen Bundesstaaten, so ändert das nichts an der Tatsache, daß die Arbeiterklasse auch in Württemberg von der vollen Anerkennung ihrer Gleichberechtigung noch weit entfernt ist.

Die Vertreter der Arbeiter im Parlament haben die Pflicht, unbeschadet der Teilnahme an den Gesetzgebungsarbeiten und deren Beeinflussung zugunsten der ausgebeuteten und unterdrückten Volksschichten, die unversöhnliche Gegnerschaft der Sozialdemokratie gegen den Klassenstaat zum Ausdruck zu bringen. Die Zustimmung zum Gesamtetat aber ist eine Vertrauenskundgebung für die Regierung und damit eine Anerkennung des Klassenstaats.

Die Landesversammlung erwartet, daß die sozialdemokratische Fraktion des Landtages künftighin in Uebereinstimmung mit dem Beschluß des Lübecker Parteitages zu einer Ablehnung des Gesamtetats kommt."

Diese Resolution wurde nicht etwa der Landesversammlung gedruckt vorgelegt, sondern vom Vorsitzenden, nicht gerade übermäßig deutlich und eindrucksvoll, zur Verlesung gebracht. Bekämpft wurde sie nur vom Berichterstatter der Fraktion, dem Gen. Dr. Lindemann, und zwar besprach dieser sie in seinem Schlußwort so, daß allgemein der Eindruck herrschte, die Fraktion würde demissionieren, falls die Resolution angenommen würde. Heymann beruft sich zum Beweis dafür, daß eine solche Drohung nicht ausgesprochen wurde, auf den Bericht über die Rede in der „Schwäbischen Tagwacht", er weiß aber, daß es sich nicht um ein Stenogramm handelt, und somit der wiedergegebene Wortlaut nicht beweiskräftig ist. Maßgebend ist der Eindruck, den die Rede hervorbrachte, und da ist unbestreitbar, daß die Versammlung überzeugt war, die Annahme der Resolution bedeute einen Konflikt mit der Fraktion. Einen solchen wollte man aber vermeiden, da ja im übrigen die tüchtigen Leistungen der Abgeordneten allseitig anerkannt wurden. Ob bei dieser Lage der Dinge die Fraktion berechtigt ist, auf den erzielten „Erfolg" besonders stolz zu sein, möchten wir dahingestellt sein lassen! Jedenfalls ist niemand berechtigt, aus der Ablehnung der Resolution zu schließen, daß die Landesversammlung die Budgetabstimmung der Fraktion gutgeheißen hat! Mit dem gleichen Rechte könnte man auch behaupten, die Landesversammlung hätte durch ihr Votum bestritten, daß Württemberg ein Klassenstaat sei.

Wenn es der Fraktion wirklich so leicht gewesen wäre, wie Heymann es hinstellt, ein ausdrückliches Vertrauensvotum zu erzielen, dann war es ein Unrecht von ihr, der gebotenen Gelegenheit auszuweichen. Der Verfasser der Resolution hatte selbst beantragt, über die einzelnen Sätze getrennt abzustimmen. Dieser Antrag wurde abgelehnt, weil die Versammlung aus den bereits erwähnten Gründen den Wortlaut nicht kannte. Aber die Abgeordneten kannten ihn, denn er war drei Wochen zuvor in dem Bericht der „Schwäbischen Tagwacht" über die Stuttgarter Parteiversammlung abgedruckt worden. Hätte einer der Abgeordneten den Antrag auf getrennte Abstimmung unterstützt, dann wäre ihm jedenfalls Folge geleistet worden und hätte die Fraktion so ein, wenn auch nicht unbeeinflußtes, so doch deutliches Votum erzielen können. Die Gründe, welche die Mitglieder der Fraktion bewogen, die Abstimmung en bloc als wünschenswerter erscheinen zu lassen, sind nicht bekannt, man kann über sie nur Vermutungen anstellen.

Wenn in der gegenwärtigen Diskussion oder in Nürnberg der Beschluß der vorjährigen württembergischen Landesversammlung als Beweis dafür herangezogen werden sollte, daß die württembergischen Parteigenossen die Budgetannahme durch ihre Landtagsfraktion gutgeheißen hätten, dann kann diese Behauptung mit gutem Gewissen als falsch zurückgewiesen werden. Eine eindeutige klare Stellungnahme ist nicht erfolgt; diese bleibt dem Parteitag in Nürnberg überlassen, und wie der entscheiden wird, kann nicht zweifelhaft sein.

Die Parteiblätter, die den Beschluß der badischen Landtagsfraktion billigen, sehen in ihm die Lübecker Resolution erfüllt. Sowohl in Württemberg als auch in Baden wird die Annahme der im Budget enthaltenen Aufbesserung der Beamtengehälter als „ausnahmsweiser", „zwingender", „in besonderen Verhältnissen liegender Grund" bezeichnet, der die Zustimmung zum Etat notwendig machte. Man braucht nur diese Worte der Lübecker Resolution anzuführen, um nachzuweisen, daß die Budgetannahme durch unsere Genossen in den beiden Landtagen dem Parteitagsbeschluß widerspricht. Und wenn hinzugefügt wird, daß man es „im Lande nicht verstehen würde", wollten die Sozialdemokraten einen solchen Etat ablehnen, so ist das eine leere Phrase. Bei früheren Gelegenheiten ist der Gesamtetat von unseren Genossen abgelehnt worden, obwohl er ebenso wichtige oder noch wichtigere Positionen enthielt. Unsere wachsenden Wahlziffern beweisen aber, daß die Wähler die Bedeutung der sozialdemokratischen Budgetablehnung recht wohl zu würdigen wissen!

Der wirkliche Grund für die wachsende Neigung der süddeutschen Abgeordneten, den Budgets zuzustimmen, liegt darin, daß manche Fraktionsmitglieder sich zu sehr als Staatsmänner fühlen. Es mag auch zutreffen, daß die Regierung da und dort sozialdemokratische Redner mit größerem Entgegenkommen behandelt, wenn sie hoffen kann, damit die Zustimmung zum Budget zu erringen. Die Frage ist aber, ob es im Parteiinteresse liegt, wenn zwischen Regierung und sozialdemokratischer Fraktion Liebenswürdigkeiten in der angedeuteten Richtung ausgetauscht werden! Die Antwort kann nicht schwer fallen. Die Sozialdemokratie ist der Todfeind der bestehenden Gesellschaftsordnung, das ist der Grundsatz, den sich unsere Abgeordneten in allen Parlamenten stets vor Augen halten müssen.

Alle Sophisterei hilft nicht über die Tatsache hinweg, daß die Zustimmung zum Etat eine Anerkennung des Klassenstaates und eine Vertrauenskundgebung für die Regierung ist.

Der Parteitag wird deshalb diesen strittigen Absatz der Lübecker Resolution so formulieren müssen, daß er auch den spitzfindigsten Interpreten kein Hintertürchen offen läßt. Läßt sich eine zweifelsfreie Formulierung nicht finden, dann möge man den letzten Absatz in Gottes Namen streichen!

Politische Uebersicht.

Berlin, den 22. August 1908.

Deutsch-englische Friedensdemonstration.

Die englische Arbeiterpartei hat, wie wir bereits meldeten, den Beschluß gefaßt, eine Anzahl Delegierter nach Deutschland zu senden, um der deutschen Arbeiterschaft einen Besuch abzustatten und mit ihr gegen die Kriegstreibereien in England und Deutschland zu protestieren. Der Beschluß soll in der zweiten Hälfte des September zur Ausführung gelangen. Am

Sonntag, den 20. September,

wird in Berlin eine große, vom Ausschuß der Gewerkschaftskommission und vom Aktionsausschuß der Partei gemeinsam einberufene

Volksversammlung

stattfinden, in der eine aus 20 Personen bestehende Deputation englischer Arbeiterführer eine Adresse der Arbeiter Großbritanniens an die Arbeiter Deutschlands überreichen wird. In dieser Adresse wird Stellung genommen gegen die Kriegshetzereien. Das Manifest ist unterzeichnet von 50 Parlamentsmitgliedern und 2000 Leitern von Gewerkschaften, Genossenschaften, Krankenkassen und anderen Organisationen. —

Zur Reichsfinanzreform.

Das Reichsschatzamt ist eifrig an der Arbeit, Steuervorlagen en masse auf Vorrat auszuarbeiten, damit wenn das eine oder andere Steuerprojekt dem Reichstag nicht zusagt, der Reichsschatzsekretär sofort ein anderes Projekt als Ersatz zur Hand hat. Wie die „Frankf. Ztg." von gut unterrichteter Seite erfährt, hat z. B. das Reichsschatzamt zur Reform der Branntweinbelastung zwei Eventualvorlagen ausgearbeitet: einmal ein Branntweinmonopol, das allerdings infolge des Einspruchs Bayerns eine Gestalt erhalten hat, die in einigen Punkten von dem Stengelschen Projekt abweicht, und sodann eine Reform der Branntweinsteuer mit einer einzigen erhöhten Verbrauchsabgabe, wobei verschiedene Uebergangsmaßnahmen vorgesehen sind. Die Regierung scheint gegenwärtig mehr der zweiten Vorlage geneigt zu sein, weil sie diese für parlamentarisch leichter durchsetzbar hält als das Monopol. Eine weitere vom Schatzamt ausgearbeitete Eventualvorlage ist die Reichsvermögenssteuer, die für den Fall in Reserve gehalten wird, daß die übrigen vom Reichstag bewilligten Steuern den Geldbedarf nicht decken. —

Bülow und die Bureaukratie.

Wir berichteten gestern bereits, der Verlauf der Affäre Schücking lasse deutlich erkennen, daß die landräthliche Bureaukratie gegen die Rücksichtnahme des Fürsten Bülow auf die Blockgemeinschaft revoltiert und, unbekümmert um die Politik des Reichskanzlers, nach ihrem eigenen Ermessen gegen Dr. Schücking und die für ihn eintretenden liberalen Blätter vorgeht, da sie des freisinnigen Blockgefährten überdrüssig ist. Wie richtig diese Annahme ist, beweist die mit dem Reichskanzleramt enge Fühlung unterhaltende „Köln. Ztg.", die in einem scharfen Leitartikel die „preußische Bureaukratie" angreift, die ihrem Chef so „empfindlich die Kreise stört" und seinen „deutlich ausgesprochenen Willen" nicht respektiert. Wörtlich sagt das rheinische Blatt im Anschluß an seine Meldung über das Zeugniszwangsverfahren gegen die „Frankf. Ztg.":

„Die preußische Bureaukratie hat sich in dieser Sache, wie man sie auch drehen mag, nicht mit Ruhm bedeckt. Sie hat ihrem Chef, dem Ministerpräsidenten empfindlich die Krise gestört und Konservative wie Liberale, Gegner wie Freunde Schückings haben in dem Vorgehen der Regierung nur eine Kette von Mißgriffen und Ungeschicklichkeiten gesehen. Diese Kette hat jetzt ein neues Glied bekommen. Dem Bürgermeister sollte eine freisinnige Kandidatur verwehrt werden; er, der Kommunalbeamte, sollte nicht das Recht jedes Preußen haben, seine Meinung frei zu äußern; ein Regierungspräsident durfte von ihm sagen, er zeige sich seiner liberalen Schriften wegen seines Amtes unwürdig. Diese Offenherzigkeiten mußten die Liberalen in eine energische Abwehrstellung treiben, und selbst die konservativen Blätter sahen ein, daß dem System durch solche Blüten nur Schaden zugefügt werden könne und daß die Unvorsichtigen eine Rüge verdienten. Aber bei diesen Rücksichtslosigkeiten gegen den Liberalismus hatten die Verwaltungsstellen eine wenn auch fadenscheinige Entschuldigung. Sie betrieben ihre Untersuchungen und Verfolgungen im geheimen; sie wirkten für das System in der Voraussetzung, daß die Oeffentlichkeit nichts davon erführe. Daß sie keine Zuschauer haben wollten, sah man daraus, daß man das Verfahren als streng geheim kennzeichnete. So fein es aber auch gesponnen war, die Presse warf ihr Licht darüber. Der Mantel, der die Maßregeln der Regierung verdeckt hatte, verblaßte, und was dann im Lichte hervorkam, war so häßlich, daß alle die Vaterschaft leugneten.

Trotzdem dieser neue Vorstoß; und jetzt in aller Oeffentlichkeit. Zuerst ist man gesonnen, eine Ungeschicklichkeit anzunehmen, die alle bisherigen überbietet. Unwahrscheinlich ist diese Erklärung nicht; die andere aber liegt näher. Wer hat der Schleswiger Regierung das Spiel verdorben und die Beute vor der Bergung genommen? .... Warum machte der Regierungskommissar vor dem deutlich ausgesprochenen Willen des ersten preußischen Beamten nicht Halt? Mit diesem Zwangsverfahren ist nichts zu gewinnen; viel kann aber der Regierung verloren werden. Nachdem der Fall Schücking einmal seine verhängnisvolle Entwickelung genommen und unser innerpolitisches Leben vor eine Krisis gerückt, ist ganz besonderer Takt und vorsichtige Zurückhaltung vonnöten. Diesen nötigen Takt, vielleicht auch das Verständnis, das man bei einem politischen Beamten freilich voraussetzen sollte, hat der mit dem Verfahren beauftragte Regierungsbeamte vermissen lassen."

Wer wird in diesem Geplänkel Sieger bleiben, Bülow oder die preußische Landrats- und Regierungspräsidenten-Bureaukratie? Wenn das Korps der Landräte ernstlich will, wird es sicherlich das Feld behaupten, hat es doch in dem Kampf um den Mittellandkanal selbst gegenüber dem Willen Wilhelm II. von Gottes Gnaden die Kanalverstümmelung durchgesetzt. Vorläufig allerdings fühlt sich Bülow noch ziemlich sicher im Sattel, denn sein Leibblatt, die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung", bringt an der Spitze ihrer letzten Nummer folgende Meldung:

Die bisher eingegangenen Berichte bestätigen, daß das Amtsgericht in Frankfurt a. M. von dem Untersuchungskommissar in der Disziplinarsache wider Schücking — nicht wieder „Unbekannt" — um die Vernehmung eines Redakteurs der „Frankfurter Zeitung" ersucht worden ist. Der Kommissar hat das Ersuchen nicht auch auf etwaige Anwendung des Zeugniszwangsverfahrens erstreckt. Er hat noch gestern auf die Zeitungsmeldungen hin das Gericht um Einstellung weiterer Zwangsmaßregeln ersucht. —

Die Wurzeln der freisinnigen Kraft.

Die freisinnige „Berliner Morgenpost" legt in einer Betrachtung über die Finanzreform die Quellen bloß, aus denen der Freisinn seine finanzielle Kraft zieht. In dieser erbaulichen Darstellung heißt es:

„Die Reichsfinanzreform läßt sich auf Grund einer direkten Einkommens-, Vermögens- und Erbschaftssteuer nicht durchführen, weil der konservative Bestandteil des Blocks sich dem widersetzt. Es bleiben also nur gewisse indirekte Steuerquellen übrig, wie Elektrizitätsindustrie, Gasindustrie, Branntweinveredelung, Tabak und Brauerei. Das sind aber im wesentlichen die Industrien, von denen der Freisinn alimentiert wird. Neben der Börse, die ohnehin seit der Börsenreform ziemlich hartleibig ist, sind es die Spritveredeler, die Tabakleute und die Brauer, die nahezu achtzig Prozent der gesamten Kriegskasse für den Freisinn aufbringen. Im allgemeinen geschieht diese Alimentierung ohne viel Gerede, da die Interessenten erkennen, daß in der Tat ihre Industrien ständig bedroht sind und des Schutzes bedürfen. Auch wird dem Freisinn diese Alimentierung nie so unnobel vorgehalten, wie das die rheinischen Industriellen gegenüber der nationalliberalen Partei machen. Selbstverständliche Bedingung ist aber, daß der Freisinn als Ritter Georg vor der betreffenden Industrie steht, wenn die Bierschlange, der Tabakdrachen und andere Ungetüme ihr Haupt erheben. Ginge der Freisinn auf eine Reichsfinanzreform ein, die diese Industrien belastet, so würden seine ergiebigsten Geldquellen versiegen und das wäre für ihn nicht der Anfang vom Ende, sondern das Ende selbst."

Man darf gespannt darauf sein, was der Freisinn auf die Behauptung zu erwidern hat, daß er lediglich der parlamentarische Sachwalter einiger Interessentenkreise ist, die ihn für seine Tätigkeit bezahlen müssen. —

Vorschläge zur Verpfaffung der höheren Schulen.

In der „Reformation", einem Organ des Muckertums, macht der Gymnasialprofessor Weber in Kassel folgende Vorschläge über den Religionsunterricht in den höheren Schulen:

1. Die kirchlichen Behörden sollen ihr Recht der Mitwirkung bei der Einführung neuer Lehrbücher für den Religionsunterricht unnachsichtlich gebrauchen.
2. Analog mit den Befugnissen der katholischen Kirche soll bei der Feststellung der Lehrpläne und Lehraufgaben die kirchliche Oberbehörde durch einen beauftragten Vertreter mitwirken.
3. Das Visitationsrecht des Generalsuperintendenten soll ergänzt werden durch ein geregeltes Beschwerde- und Antragsrecht der kirchlichen an die Staatsbehörden zur Beseitigung von Uebelständen, wo solche vorhanden sind.
4. Das Visitationsrecht der Generalsuperintendenten soll auf die neuen Provinzen ausgedehnt werden.
5. Ein angemessener Teil der zweijährigen Vorbereitungszeit auf den Religionsunterricht soll in erster Linie unter kirchlichem Einfluß unter der Leitung des Generalsuperintendenten stehen, nicht unter der Leitung des Provinzialschulkollegiums.
6. Der Generalsuperintendent überweise die Kandidaten des Religionslehramtes einem oder mehreren geeigneten, erfahrenen und bewährten Religionslehrern, die dann über die Eignung des Kandidaten für das von ihm begehrte wichtige Amt selbständig dem Generalsuperintendenten zu berichten hätten.
7. Um als Religionslehrer angestellt zu werden, bedarf der Kandidat eines kirchlichen Zeugnisses als venia docendae religionis, genau wie in der katholischen Kirche.
8. Bei der Anstellung muß eine förmliche Verpflichtung auf das Bekenntnis der Kirche stattfinden, in einem öffentlichen Gottesdienst.
9. Diese Religionslehrer sollen dann geborne Mitglieder ihrer Kreissynoden werden. —

Auf der Kandidatensuche!

Die konservative und nationalliberale Ordnungspresse ist sehr erbost darüber, daß das Zentrum von der Unterstützung der Kandidatur des Grafen Posadowsky im Wahlkreise Speyer-Ludwigshafen nichts wissen will und das dortige Zentrumsblatt, die „Pfälzer Ztg." kurzweg mitteilt, daß zwischen den bürgerlichen Parteien zwar schon während der Tagung des bayerischen Landtages über die Reichstagsersatzwahl in jenem Kreise Verhandlungen gepflogen worden seien, daß aber die pfälzischen Abgeordneten sich einmütig und im Einverständnis mit anderen politischen hervorragenden Persönlichkeiten dahin entschieden hätten, den Vorschlag auf Aufstellung der Kandidatur des Grafen Posadowsky abzulehnen.

Die ehrsame Kronsbeinsche „Post" gibt trotzdem die Hoffnung nicht auf, daß die Einigung aller sogenannten Ordnungsparteien auf einen gemeinsamen Kandidaten zustande kommt, und da es mit ihrem Protegé, dem Großadmiral v. Köster nichts ist, empfiehlt sie als neue staatsmännische Kapazität den Unterstaatssekretär Dr. v. Mayr in München:

„Daher sind wir nach wie vor der Ansicht, daß die Nationalliberalen in Ludwigshafen-Speyer eine politisch neutrale Kandidatur aufstellen, deren nationale Bedeutung in sich selbst ruht und so stark ist, daß das Zentrum klipp und klar noch einmal zur Stellungnahme gezwungen werden muß. Besseres Agitationsmaterial läßt sich für die Deutsche Vereinigung nicht beschaffen, so dienst- und schreibbeflissen die ultramontanen Kasuisten im Zentralorgan der demokratischen Zentrumspartei, der „Kölnischen Volkszeitung", auch sein sollten. Und der Kontrast wird um so größer, je näher die neutrale Kandidatur dem Zentrum steht, sofern es tatsächlich religiöse Motive ernstlich als parteibildende Kraft für sich ansähe. Wir können da immer wieder nur auf den Unterstaatssekretär Professor Dr. v. Mayr in München hinweisen, der selbst gläubiger Katholik ist, dessen hochsinniger staatsmännischer Bildung jede ultramontane Demagogie aber praktisch und theoretisch ein Greuel scheint."

Warum stellt man denn nicht die größte politische Kapazität auf, die Deutschland zurzeit besitzt, Herrn Dr. Wilhelm Kronsbein in Berlin. —

Automobil-Gesetzentwurf.

Wegen Auflösung des Reichstags kam der ihm am 1. März 1906 vorgelegte Entwurf eines Gesetzes über die Haftpflicht für den bei dem Betriebe von Kraftfahrzeugen entstehenden Schaden nicht zur Verabschiedung. Inzwischen hat der Reichstag unter dem 12. Februar d. J. in zwei Resolutionen den Wunsch nach wirksameren Maßregeln zur Verhütung von Unfällen und einer Verschärfung sowohl

der Haftung für den Schaden, als der Strafen für Ueberschreitungen der polizeilichen Vorschriften durch die Führer von Kraftfahrzeugen zum Ausdruck gebracht.

Der bereits in dem Bundesrate festgestellte Entwurf eines Gesetzes über den Verkehr mit Kraftfahrzeugen soll dem gerecht werden. Als Kraftfahrzeuge im Sinne dieses Gesetzes gelten Wagen oder Fahrräder, welche durch Maschinenkraft bewegt werden, ohne an Bahngleise gebunden zu sein. Wird durch ein im Betriebe befindliches Kraftfahrzeug ein Mensch getötet, der Körper oder die Gesundheit eines Menschen verletzt oder eine Sache beschädigt, so ist dessen Halter (§ 1) bezw. Führer (§ 12) verpflichtet, dem Verletzten den daraus entstehenden Schaden zu ersetzen. Doch ist die Ersatzpflicht ausgeschlossen, wenn der Schaden weder durch ein Verschulden des Halters oder Führers, noch durch Betriebsfehler oder Betriebsstörungen verursacht ist. Auch tritt solche (§ 2) nicht ein, wenn zur Zeit des Unfalls das Fahrzeug zur Beförderung des Verletzten diente oder der Verletzte bei dem Betriebe des Fahrzeugs tätig war bezw. der Unfall durch ein Fahrzeug verursacht wird, das auf ebener Bahn eine bestimmte Geschwindigkeit nicht überschreiten kann und mit einer amtlichen Marke hierüber versehen ist. Als Entschädigung sind im Todesfalle (§ 4) die Aufwendungen eines versuchten Heilungsverfahrens, die Beerdigungskosten und die Abfindung der in dem Getöteten ihres Ernährers Beraubten zu gewähren, während der Verletzte (§ 5) die gleichen Ansprüche erhält, wie §§ 843—845 B. G.-B. sie zugestehen. Doch soll (§ 6) der Höchstbetrag für Tötung bezw. Verletzung eines Menschen ein Kapital von 50 000 Mark oder eine Jahresrente von 3000 M. bezw. bei einer gleichzeitigen Verletzung mehrerer Personen 150 000 M. Kapital oder 9000 M. Rente, bezw. für Sachbeschädigung 5000 M. nicht übersteigen. Die Frist für Verjährung des Anspruchs ist (§ 8) auf zwei Jahre und des Verwirkens der dem Verletzten zustehenden Rechte (§ 9) auf einen Monat seit dem Tage erlangter Kenntnis von dem Schaden und der Person des Ersatzpflichtigen festgesetzt.

Zur Führung eines Kraftfahrzeuges ist (§ 14) behördliche Genehmigung erforderlich, welche erst auf Grund geführten Befähigungsnachweises durch Aushändigung des Führerscheines erteilt wird und für das Reichsgebiet gilt. Durch Abnahme des Führerscheines wird solche (§ 15) widerrufen, sobald die Ueberzeugung verschafft ist, daß deren Inhaber nicht zuverlässig sei. —

Ein unbequemer Wissender.

Wir haben schon gemeldet, daß die Staatsanwaltschaft in Straßburg i. E. sich der Professoren angenommen hat, die ein paar Blätter wegen der kritischen Bemerkungen zur Doktorpromotion des Hohenzollernprinzen verklagt haben. Das war, wie die Dinge bei uns liegen, nicht weiter auffällig. Um so interessanter ist aber die Versicherung der „Reichsl. Korrespondenz", daß die Klage vor allem darauf abzielen solle, festzustellen, ob und welcher Professor die von den verklagten Zeitungen mitgeteilte Aeußerung über den Ausfall der prinzlichen Prüfung gemacht hat. Es handelt sich dabei um die bekannte Aeußerung: „Er hat Pech gehabt, aber er ist ein Prinz". Die „Straßburger Bürgerzeitung", eins der verklagten Blätter, bemerkt dazu:

„Danach würde es der Anklagebehörde nicht darauf ankommen, zu prüfen, ob die angeklagten Zeitungen die Wahrheit schrieben oder nicht — denn das weiß sie bereits, die Wahrheit des Geschriebenen steht fest — sondern hauptsächlich darauf kommt es ihr an, herauszukriegen, welcher Professor sich in der staatsgefährlichen, monarchiewidrigen Weise äußerte, um dem Professor dann den disziplinaren Prozeß zu machen. Um zum Ziele zu gelangen, wird die Klage gegen die betr. Zeitungen von Amts wegen erhoben. Das ist nichts mehr und nichts weniger als das Zeugniszwangsverfahren in seiner verurteilenswürdigsten unschönsten Form."

Am Baume der preußisch-deutschen Justiz treiben doch immer noch Schößlinge, die selbst den Abgestumpftesten Ueberraschung bereiten können.

Zum Koalitionsverbot der bayerischen Metallindustriellen.

In Offenbach a. M. war durch den sozialen Ausschuß der verbündeten Vereine der technischen und kaufmännischen Angestellten, Sitz Frankfurt, eine Eingabe an das Stadtverordnetenkollegium gemacht worden, dahingehend:

... daß Unternehmer, die ihre Angestellten oder Arbeiter zum Verzicht auf die gesetzlich verbürgte Koalitionsfreiheit nötigen, künftig von Lieferungen und Arbeiten für die Stadt ausgeschlossen werden."

In der letzten Sitzung des Offenbacher Stadtparlaments kam die Eingabe zur Debatte. Der Ausschuß für Melde- und Arbeiterwesen hatte beantragt, ihr stattzugeben. Nach langer Diskussion, in der die bürgerlichen Stadtverordneten den Antrag als zu weitgehend abzulehnen ersuchten, wurde folgendem zugestimmt:

„Die Stadtverordnetenversammlung mißbilligt es aufs schärfste, wenn Unternehmer ihre Angestellten oder Arbeiter zum Verzicht des gesetzlich garantierten Koalitionsrecht nötigen."

Die Stadt hat sich also zu einer klaren Stellungnahme nicht aufzuschwingen vermocht! Hoffentlich aber werden sich die kommunalen Körperschaften gegebenenfalls auch so den Konsequenzen ihr scharfen Mißbilligung nicht entziehen!

Militärjustiz.

Am 1. März hielt der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Böhle eine Rede, in welcher er das Straßburger Artilleriedepot einer starken Kritik unterzog. Besonders bezichtigte er den Artilleriefeldwebel König des Diebstahls und bezeichnete ihn als Gauner, Dieb und Ehebrecher. Der Kriegsminister ließ den Abgeordneten auffordern, nähere Beweise für seine Beschuldigungen zu bringen. König wurde nach der Rede des Abg. Böhle krank und mußte sich im Lazarett einer Operation unterziehen. Wegen der ihm zur Last gelegten Beschuldigungen hatte er sich nun gestern vor dem Kriegsgericht zu verantworten. König, der schon 24 Jahre in Militärdiensten steht, bestritt entschieden die ihm zur Last gelegten Veruntreuungen. Das Kriegsgericht verurteilte schließlich König wegen Erstattung einer falschen Dienstmeldung zu einem Tag Mittelarrest. —

Der schmerzlose Fußtritt.

Vor dem Düsseldorfer Kriegsgericht hatte sich der Vizefeldwebel Schwefel vom Infanterieregiment Nr. 53 (Köln) wegen vorsätzlicher körperlicher Mißhandlung zu verantworten. Am 16. Juli soll der Musketier Wilh. Hüpper beim Exerzieren sehr lässig gewesen sein, weshalb ihn der Angeklagte mit voller Kraft in das Gesäß trat. Das Urteil lautete auf Freisprechung. Es wurde angenommen, der Angeklagte habe nicht die Absicht gehabt, dem Soldaten wehe zu tun, auch sei die „gute Führung und die berechtigte große Aufregung" des Feldwebels zu berücksichtigen.

Schweiz.

Fortschritte in der Sonntagsruhe.

Basel, 17. August. (Eig. Ber.)

Seit Jahren wird von verschiedenen Seiten die Revision unseres kantonalen Ruhetagsgesetzes im Sinne seiner weiteren Ausdehnung verlangt, und so hat nun die Regierung eine Vorlage an den Großen Rat ausgearbeitet, die manche Verbesserungen bietet. Sie ist das Ergebnis umfassender Vorarbeiten durch eine siebzehngliedrige Kommission von Vertretern aller in Betracht kommenden Interessentenkreise, also auch der Arbeiter und der Einvernahme von 44 Sachverständigen, wobon 25 Geschäftsinhaber und 19 Angestellte und Arbeiter waren. Als öffentliche Ruhetage gelten außer den 52 Sonntagen noch die hohen Festtage und es werden nun zu den schon gegenwärtig geltenden Arbeitsverboten noch hinzugefügt die Verbote der Beschäftigung von Angestellten und der Lohnzahlung sowie des Austragens und Zuführens von Waren, des Einzuges von Geschäftsguthaben und des Offenhaltens von Verkaufslokalen. Auch die landwirtschaftlichen Arbeiten, sofern sie nicht durch das tägliche Bedürfnis erfordert werden oder nicht von den Naturereignissen und der Witterung abhängig sind, werden verboten. Die Friseurgeschäfte dürfen an den Ruhetagen nicht geöffnet werden, dürfen dafür aber an den Vorabenden bis nachts 11 Uhr offen bleiben, was zu weitgehend ist. Für Bäcker, Metzger, Konditoren, Gärtner, Brauer, Milchhändler usw. werden zahlreiche Ausnahmen für den Vormittag und den Abend zugelassen. Die Wirtschaften mit Ausnahme der Hotels und der Bahnhofrestaurants müssen an den Ruhetagen von 9 bis 10½ Uhr vormittags geschlossen bleiben.

Den Arbeitern und Angestellten mit regelmäßiger Arbeit an den Ruhetagen ist jede zweite Woche ein Ruhetag und für die Sonntagsarbeit ein Tag, eventuell auch zwei Tage in der Woche freizugeben. Dauert die regelmäßige Arbeit an den Ruhetagen zuweilen nicht länger als zwei Stunden, so kann als Ersatz dafür Barentschädigung geleistet werden.

Die Vorlage enthält auch als eine besondere Neuerung den Schutz des Dienstpersonals. Der § 7 bestimmt hierüber: „Den häuslichen und landwirtschaftlichen Dienstboten sind jede Woche an einem Ruhetag oder einem Werktag zwischen 7 Uhr morgens und 9 Uhr abends wenigstens sechs Stunden, wovon mindestens vier Stunden ununterbrochen, freizugeben." Und ergänzend besagt der § 8, daß für die Anrechnung der Ruhezeit der Arbeitstag des Angestellten oder Dienstboten zu höchstens elf Stunden bemessen werden darf. Damit wäre der indirekte Anfang zur Regelung der Arbeitszeit im haus- und landwirtschaftlichen Dienstverhältnis gegeben. In der Begründung der Vorlage bemerkt die Regierung zu dieser vorgeschlagenen Neuerung, daß sie schon deswegen auch im Interesse des Dienstgebers liegen dürfte, als unter den mannigfaltigen Ursachen des Dienstbotenmangels auch das Fehlen regelmäßig wiederkehrender und sichergestellter Freizeiten in manchen Fällen zweifellos eine Rolle spielt.

In der Schlußabstimmung der vorbereitenden Kommission stimmten zehn für und nur drei gegen die Vorlage. Hoffentlich unterläßt es auch der Große Rat Verschlechterungen vorzunehmen, da im Gegenteil weitere Verbesserungen wünschenswert wären und stimmt der Vorlage zu, um einen neuen Fortschritt auf sozialem Gebiete zum Nutzen des ganzen Volkes zu ermöglichen. —

Finnland.

Der Landtag.

Helsingfors, 18. August. (Eig. Ber.)

Der neugewählte finnische Landtag hat seine Arbeit aufgenommen. Eine schwüle Atmosphäre lagert über dem Lande und das künftige Geschick der finnischen Volksvertretung ist ziemlich unsicher. Nichts Gutes verhieß die in Petersburg abgefaßte Thronrede, die das mangelnde „Solidaritätsgefühl" der finnischen Bevölkerung hervorhob, sowie der Ton der russischen reaktionären Presse, welche sich noch immer in wutschnaubenden Ausfällen über die dreiste Antwort des Landtagspräsidenten ergeht. Fest und bestimmt wies diese Rede auf den Eingriff der zarischen Regierung in die finnische Rechtsordnung hin, der durch die Aufhebung des direkten Vortrages und der dem russischen Ministerkabinett zugewiesenen unabhängigen Behandlung finnländischer Fragen die ganze Autonomie Finnlands erschüttert. Auf diese hochwichtige Frage wird der Landtag noch zurückkommen und seine Stellung scharf und klar präzisieren müssen.

In dem Bestreben, die bestehende Rechtsordnung Finnlands zu wahren, sind die bürgerlichen Parteien mit der Sozialdemokratie ziemlich einmütig, aber ihre Wege gehen völlig auseinander, sobald man auf die den russischen Angriffen gegenüber einzuschlagende Taktik zu sprechen kommt. Da ist nicht mehr die Rede von mutigem Ausharren und Verteidigen seines Rechts, sondern von „friedlicher Schlichtung" strittiger Fragen, von „geschickter Diplomatie" in der Theorie und von feigem Zurückweichen in der Praxis. Und so wird das klassenbewußte Proletariat Finnlands im offenen Kampfe gegen die russische Reaktion wohl allein stehen.

Die Klassenscheidung im finnischen Landtag wird in dieser Session noch schärfer zutage treten als im vorigen Jahre. Der Landtag muß jetzt an die Lösung vieler sozialökonomischer und politischer Fragen gehen, welche schon lange auf eine gesetzliche Regelung harren. Obgleich die Eroberung des allgemeinen Wahlrechts eine tüchtige Bresche für die Demokratie geschlagen hat, gibt es im „fortschrittlichen" Finnland noch eine Masse feudalen Schuttes, mit dem jetzt aufgeräumt werden muß. Da ist zum Beispiel die Abschaffung des bestehenden plutokratischen Kommunalwahlrechts, das manchem Kapitalisten bis 25 Stimmen verleiht und somit die Verwaltung der Kommunen einer wirtschaftlich mächtigen Clique ausliefert. Nur in einzelnen kleinen Städten (wie zum Beispiel in Kotka) konnte bei dem jetzigen Wahlsystem die Sozialdemokratie die Stadtverwaltung erobern. — Da ist weiter die Regelung der Pachtverhältnisse auf dem flachen Lande oder die sogenannte „Torpari"frage. Die „Torpari" sind Fronbauern, welche die Pacht für das von ihnen bebaute Stück Landes dem Grundbesitzer im wöchentlichen Tagedienste abstatten müssen, wobei die Bedingungen sehr hart und drückend sind. Die Zahl solcher „Torpari" beträgt in Finnland über 70 Tausend, die bestehenden Pachtverhältnisse sind ganz unhaltbar geworden und erheischen dringend eine Reform. — Auch die Gewerbeordnung muß in dieser Session durchbrochen und sowohl den modernen wirtschaftlichen Verhältnissen als auch den Forderungen der Arbeiterschaft angepaßt werden.

In allen diesen Fragen werden die Interessen der bürgerlichen Klassen und des Proletariats scharf gegen einander stoßen. Es ist keine Hoffnung vorhanden, daß die Sozialdemokratie ihre eigenen Reformprojekte verwirklichen kann, denn in diesem Falle werden die bürgerlichen Parteien ihren Parteihader vergessen und gegen die Sozialdemokratie geschlossen auftreten. Doch die Macht der Sozialdemokratie ist hier sowohl im Landtage, wie auch im Lande selbst von so großem Einfluß, daß sie für's erste die Annahme reaktionärer Gesetze verhindern und die bürgerlichen Parteien zur Erfüllung ihrer im Wahlkampfe abgegebenen Versprechen zwingen kann. Wie überall, so ist auch in Finnland die Sozialdemokratie die treibende Kraft jeglichen Fortschritts. —

Rußland.

Eine Anleihe in Frankreich.

In Pariser Finanzkreisen wird behauptet, daß die Emission der neuen russischen Anleihe bereits im Oktober erfolgen werde. Die Anleihe werde zirka 1000 Millionen Frank betragen zum Zinsfuße von 4½ Proz.

Türkei.

Konstantinopel, 21. August. Der Ausstand der Kohlenträger dauert an. Ein kaiserliches Irade hat die Schenkung von Besitztümern an Prinzen sowie an Personen, die mit dem Palast in Verbindung stehen, wieder rückgängig gemacht. Die Schenkungen sind im Kultusministerium zurückgegeben worden. Der frühere Marineminister hat 200 000 M. zurückerstattet, die er sich während seiner Amtszeit angeeignet hatte.

Saloniki, 21. August. Aus Kleinasien eintreffende Berichte besagen, daß dort das neue Regime auf Schwierigkeiten stoße. Man trachtet das Volk durch Koranverse zu überzeugen, daß die Einführung der Konstitution kein antidynastisches Werk sei.

(Frkf. Ztg.)

Einem Telegramm der „Kölnischen Zeitung" aus Konstantinopel zufolge hat der Ministerrat beschlossen, einen englischen Beirat für die Flotte und einen französischen für die Finanzen anzustellen. Ebenso hat der Ministerrat beschlossen, den Grenzstreit mit Persien zu beenden, alle Truppen von dem persischen Gebiet zurückzurufen und Beamte zu einer gütlichen Regelung zu entsenden.

Ein Ahnungsloser.

Genosse Eisner schreibt in der Nr. 193 der „Fränkischen Tagespost" über die Organisation der Bildung zur Erwiderung auf unsere Verwahrung gegen seine Angriffe auf die Parteischule. Voran geht eine Einleitung im Joc-Stil, in welcher der Verfasser in der Maske des Schelms einige Bosheitspfeile gegen den „Vorwärts" versendet. Diese Einleitung ist, wie sich von selbst versteht, das Beste an dem ganzen Artikel. Da sie aber zur Sache selbst nichts besagt, so sind wir der Mühe überhoben, uns mit Joc. auseinanderzusetzen.

Im zweiten Absatz wirds Ernst. Eisner zeigt seine Künste der Polemik. Im Handumdrehen hat er aus der Behauptung des „Vorwärts", ihm (E.) sei die Richtung der Lehrer an der Parteischule zu „orthodox", eine Kompromittierung der Schule gemacht. In dieser unserer Behauptung liegt nach Eisner die Meinung, daß die Schule „eine Drillanstalt für orthodoxe Lehrmeinungen" sein solle, daß „die Lehrer nicht nach Befähigung und Charakter, sondern wie im preußischen Staat Regierung und Verwaltung — nach der korrekten Gesinnung zusammengesetzt" werden müßten, daß die Parteischule „ein dogmatisches Institut für künstliche Erzeugung von geistigen Krüppeln" sein sollte. Aber von solcher Parteiverderbnis hat Eisner nichts bemerkt und er glaubt nicht daran. Denn sonst hätte er längst gegen „eine solche Korruption und solch Parteistrebertum" blankgezogen.

Allerhand Achtung vor solcher Verwandelungskunst! Schade daß ihre schillernden Produkte gleich Seifenblasen zerplatzen, sobald man sie nur leise mit dem Meßstab der Logik berührt. Der „Vorwärts" sagt: „Die Richtung der Lehrer an der Parteischule ist dem Genossen Kurt Eisner zu „orthodox", und Kurt Eisner macht daraus: „Der „Vorwärts" meint, daß die Parteischule eine Drillanstalt für orthodoxe Lehrmeinungen sei." Eine Kleinigkeit, solch ein logischer Purzelbaum! — Ein Institut wird dadurch noch nicht zur Drillanstalt für orthodoxe Lehrmeinungen, daß Lehrer daran unterrichten, die auf dem Boden des Marxismus stehen und von revisionistischer Seite gern „orthodoxe Marxisten" genannt werden. Ein Lehrkörper, dessen einzelne Glieder auf dem Boden derselben Weltanschauung stehen, ist durchaus imstande, das Selbstdenken und Urteilen der Schüler anzuregen und zu schulen, sofern die Lehrer eben ihre Aufgabe verstehen.

Eingehendere Behandlung verdient die Verwahrung Eisners dagegen, daß wir ihm unsachliche Motive unterschieben, Abneigung gegen die Richtung der Lehrer als den Beweggrund seines Angriffes bezeichnen, anstatt die Sorge um die richtige Organisation der Bildungsarbeit. Hier präsentiert sich Eisner als der Ahnungslose. Er hat nicht gewußt, daß die meisten Lehrer nicht in die Provinz gehen können, weil sie nicht nur Lehrer an der Parteischule sind, sondern auch noch durch andere Berufstätigkeit an Berlin gefesselt sind, ja er weiß nicht einmal, wer gegenwärtig die Lehrer sind und ob sie sämtlich reine Marxisten sind! Sonderbar! Genosse Eisner, der sich lebhaft für die Bildungsarbeit und speziell für die Parteischule interessiert, weiß nicht, wer an ihr unterrichtet! Er befaßt sich mit ihr öffentlich und nicht öffentlich, macht scharf wider sie von der Tribüne und am Biertisch und weiß, da er den Vorschlag macht, die Lehrer in die Provinzen zu zerstreuen, nicht einmal, ob sie überhaupt in der Lage sind, Berlin zu verlassen! Soviel Gründlichkeit hatten wir selbst dem Genossen Eisner nicht zugetraut. Und eben weil wir als sicher und selbstverständlich annahmen, daß Genosse Eisner mit den Verhältnissen der Parteischule vertraut sei und daher ganz genau wisse, daß außer der Genossin Rosa Luxemburg keiner der Lehrer in der Lage ist, Berlin zu verlassen, seiner anderen Berufspflichten wegen, eben deshalb empfanden wir seinen Vorschlag als unehrlich, eben deshalb mußten wir zu der Ansicht kommen, daß er in Wahrheit nicht die Lehrer in den Provinzen in Wirksamkeit treten lassen, sondern ihnen im Gegenteil die Lehrtätigkeit unterbinden wolle. Und eben deshalb mußten wir zu der Ansicht kommen, daß nichts als die Richtung der Lehrer ihn zu solchen Plänen bringe. Aber wir haben dem Genossen Eisner damit unrecht getan. Er hat von nichts gewußt — er weiß nicht einmal, wer die Lehrer gegenwärtig sind und ob sie sämtlich „reine Marxisten" sind!

Offenbar hat er auch nie in den „Sozialistischen Monatsheften" die Aeußerung des ihm sonst nicht ganz fernstehenden Genossen J. Bloch gelesen, daß eine Trennung der Parteischule von der marxistischen Kirche notwendig werden könne.

Er ist wirklich ein ganz Ahnungsloser!

Lassen wir's dabei und gehen wir nun zu den sachlichen Bedenken über, die Eisner geltend zu machen hat. Er will nicht „Elitezüchtung", er will „Massenbildung". Die schnelle Heranziehung von Parteifunktionären, Redakteuren durch die Schule ist nicht möglich. Eisner sagt:

„Zu solcher wissenschaftlichen Schnellreife sind höchstens preußische Prinzen disponiert, und bei uns mußte die Nachahmung dieses Verfahrens um so schlimmer wirken, als man Parteigenossen aus der Arbeit riß, ohne daß ihre Hoffnung auf eine neue Laufbahn erfüllt werden konnte. Die Erfahrung hat meinen Bedenken sehr bald Recht gegeben. Man ist von der Gründungsidee bereits im wesentlichen zurückgekommen, und bescheidet sich heute in der Hauptsache damit, für bereits beamtete Funktionäre Fortbildungskurse zu gewähren. Damit sind, wie ich zugestehe, die größten Gefahren des Unternehmens beseitigt. Und wenn der Ertrag die großen Kosten — im letzten Jahre fast 60 000 Mark — rechtfertigte, würde ich gegen das so in seiner ersten Absicht umgestaltete Unternehmen nicht mehr viel einzuwenden haben. Aber mir scheint, daß dieser Ertrag eben zweifelhaft ist; ich glaube vielmehr, daß unsere Bildungsbestrebungen einen anderen Weg gehen müssen, um wirklich die Aufwendungen zu lohnen.

Wir sollten darauf verzichten, durch Halbjahrkurse in Berlin eine auserwählte Schar von Parteiführern heranzuziehen, sondern uns unmittelbar an die geistig begehrliche Masse der Partei wenden. Und da diese Masse nicht ein halbes Jahr feiern und nach Berlin gehen kann, so muß eben die Berliner Parteischule zur Masse kommen. Aber ich glaube auch nicht, daß ein halbes Jahr Unterricht selbst für Parteifunktionäre den Vorteil haben kann, der die Kosten und Mühen aufwiegt. Der Ertrag des halben Jahres geht bald wieder in der Arbeitsüberlastung des Berufs verloren. Die Weiterbildung der Funktionäre kann nicht durch einen einmaligen Bildungswinter in Berlin gesichert werden; das kann nur durch Selbsterziehung ermöglicht werden und dadurch, daß Partei und Gewerkschaften ihren Angestellten Zeit genug gewähren, um Muße für Fortsetzung tieferer Studien zu gewinnen. Würde man nach meinem Vorschlag die Bildungsschule dezentralisieren und bezirksweise feste Lehrkräfte anstellen, so würden auch die Funktionäre überall, ohne erhebliche Kosten, durch diese Bildungsorganisation an ihrem Ort und in ihrem Arbeitsgebiet ständig die notwendigen Anregungen und Anleitungen erhalten können. Bei der Organisation des Bildungs-

Wesens im Gau Nordbahern wenigstens ist in Aussicht genommen, daß der Lehrer — an Sonntagvormittagen — auch besondere fortlaufende Lehrkurse für die Funktionäre der Partei und Gewerkschaften abhält."

Die Parteischule ist so, wie sie ins Leben trat, geschaffen worden auf die Anträge verschiedener Parteimitgliedschaften hin, die im Jenaer Parteitagsprotokoll nachzulesen sind. Man klagte damals über den Mangel von Nachwuchs für die Parteiredaktionen und andere Posten. Da sich aber hinterher gezeigt hat, daß die Nachfrage doch nicht so groß ist, wie diese Klagen vermuten ließen, so ergab sich von selbst, daß man den Unterricht der Schule jüngeren Parteifunktionären zugänglich machte. Wissenschaftliche Schnellreife zu geben, ist natürlich nie das Ziel der Schule gewesen. Gründer wie Lehrer sind nie darüber im Zweifel gewesen, daß sie den Schülern neben einem kleinen Grundstock nötigsten Wissens im wesentlichen nur die Kenntnis des Weges vermitteln können, den sie zur weiteren Fortbildung am besten beschreiten. Was soll aber die Gegenüberstellung von Massenbildung und Elitezüchtung. Wie wenig die Parteischule die Ausbreitung der Massenbildung hindert, das können die Genossen aus dem soeben erschienenen Bericht des Bildungsausschusses ersehen. Die Tabelle „Uebersicht über die wissenschaftlichen Wanderkurse 1907/08" weist nach, daß die systematische Aufklärungsarbeit der beiden festangestellten Wanderredner in dem Zeitraum September bis Mai an 232 Abenden 29 Hauptorten (und über 100 Nebenorten) zugute gekommen ist. In 15 Orten fanden Unterrichts-, in 14 Orten Vortragskurse statt. An den Unterrichtskursen haben 636 Genossen und 12 Genossinnen, an den Vortragskursen 3241 Genossen und 127 Genossinnen teilgenommen. Daneben laufen noch gelegentliche Kurse, an denen 1477 Zuhörer teilnahmen, und zu diesen Zahlen kommen noch die, welche bei den vom Zentralbildungsausschuß unabhängig veranstalteten Kursen einzelner großer Orte zu verzeichnen waren. Die Massenbildung hat nicht darunter gelitten, daß die Parteischule existiert — die Partei ist in der Lage, die Ausgaben für beide Aufgaben zu tragen.

Inwiefern unterscheidet sich aber die der Parteischule von der der Wanderkurse? Sie bietet ihren Zöglingen mehr und befreit sie während des Studiums von anderer Arbeit und Nahrungssorgen. Wenn es die Partei vermöchte, so würde sie sicherlich allen Bildungshungrigen und Befähigten solche Bedingungen bieten. Aber dazu reichen die Mittel nicht, und so beschränkt sie sich darauf, alljährlich eine Anzahl von Genossen, die als Funktionäre die Partei nach außen zu vertreten haben oder zur Uebernahme solcher Posten geeignet erscheinen, an die Parteischule zu berufen. Sie sucht ihnen eine besonders gute Ausrüstung zu geben. Die Zahl ist beschränkt und muß es sein. Für alle Schulen fordern wir, daß die Zahl der Schüler, die auf einen Lehrer entfallen, möglichst gering ist, damit der Lehrer den Einzelnen beobachten und fördern kann. Das muß natürlich auch für die Parteischule gelten.

Eisner schwärmt für die Dezentralisation. In jeder Provinz oder in jedem Agitationsbezirk denkt er sich eine besoldete Lehrkraft, die nun Massenbildung treibt. Wir fürchten, daß sich nicht viele Universalgenies in unseren Reihen finden werden, die alle alles lehren können. Als Ergänzung der übrigen Bildungsarbeit lassen wir uns die Tätigkeit solcher Lehrer ganz gern gefallen, daß sie aber die Arbeit der Parteischule zu ersetzen vermöchten, ist ganz ausgeschlossen.

Die Eisnersche Gegenüberstellung: „Hie Elitezüchtung, — hie Massenbildung" ist verfehlt. Die Bildungsarbeit der Partei vernachlässigt die lernbegierigen Massen nicht, aber damit steht nicht im Widerspruch, daß sie, soweit es angeht, die Arbeit in den Massen durch einen Kursus für Fortgeschrittene — das sollen die Parteischüler sein — ergänzt. Aber vielleicht hat Genosse Eisner von der Arbeit des Bildungsausschusses für die Bildung der Massen auch nichts gewußt?

Denn er ist ja ein ganz Ahnungsloser!

Gewerkschaftliches.

Der Zusammenschluß der nationalpolnischen Gewerkschaften.

Posener Blättermeldungen zufolge soll der Zusammenschluß des Posener polnischen Berufsverbandes mit dem in Bochum existierenden in Kürze erfolgen. Die Einigungsverhandlungen, welche zwischen den beiden Organisationen im Juli geführt wurden, sollen so weit gediehen sein, daß die Verschmelzung in Bälde vor sich gehen solle.

Ob die allerdings schon seit Jahren geplante Verschmelzung tatsächlich unmittelbar bevorsteht, muß erst abgewartet werden. Bis jetzt war man in den beteiligten Kreisen der Meinung, daß wohl noch mindestens ein oder zwei Jahre vergehen würden, ehe der Zusammenschluß perfekt würde, zumal als die Einigungsverhandlungen eine Zeitlang geruht hatten. Der westfälische Verband, welcher zirka 35 000 Mitglieder zählt, lehnte, auf seine eigene Stärke pochend, bisher stets das Ansinnen des Posener, nur 4500 Mitglieder zählenden polnischen Verbandes ab. Im Laufe der letzten Jahre kam es sogar zwischen beiden Verbänden wiederholt zu heftigen Fehden. Die Führer des Posener Verbandes, welche von den Bochumern meist recht unsanft behandelt wurden, wissen aber genau, daß ihre Organisation, die seit 1902 besteht und von den freien Gewerkschaften hart umdrängt wird, ohne die finanzielle Hilfe des westfälischen Verbandes nicht lebenskräftig werden kann, deshalb versuchen sie auch immer wieder, eine Verschmelzung herbeizuführen.

Der Keil, welcher durch diese nationalpolnische Propaganda in die Gewerkschaftsbewegung geschlagen werden soll, würde nach Perfektwerden des Zusammenschlusses allerdings an Wuchtigkeit gewinnen, bekäme doch nun der Posener Verband aus den westfälischen Kassen Mittel zu erfolgreicher Agitation, zur Inszenierung von Streiks, zur Gewährung größerer Unterstützungen usw., die denselben bei den polnischen Arbeitern, welche zurzeit in überwiegender Zahl in den freien Gewerkschaften organisiert sind, populär machen sollen. Darauf läuft auch der Zweck des Verschmelzungsgedankens hinaus. Während der westfälische Verband bei den Lohnkämpfen, u. a. auch bei dem letzten Bergarbeiterstreik, Seite an Seite mit dem alten (freien) Verbande kämpfte, versuchte der Posener Verband die Mitgliedergewinnung dadurch fördern zu können, daß er sich bei Lohnkämpfen entweder neutral verhielt oder, wie beim letzten Posener Maurerstreik, als Streikbrecherlieferant fungierte. Dieses hat ihn denn auch seitdem so unpopulär gemacht, daß er in der Stadt Posen, wo sein Sitz und Schwerpunkt ruht, auch nicht einen einzigen Maurer als Mitglied zählte, obwohl er sich programmäßig auf die Gewinnung von Bauarbeitern stützt und obwohl die Posener polnische Presse diejenigen Arbeiter, welche den freien Verbänden angehören, als Feinde der polnischen Sache hinstellt. Durch die Verschmelzung mit dem stärkeren Bruder in Westfalen sucht er sich nun die finanzielle Gleichstellung zu verschaffen; seine moralische Autorität galt bis jetzt selbst bei seinen Landsleuten auch nicht einen Deut.

Berlin und Umgegend.

Achtung, Brauereiarbeiter! Im „Vorwärts" vom 12. August dieses Jahres wurden die Kollegen auf das Gebahren der Löwenbrauerei in Hohen-Schönhausen, gegenüber den im Arbeitsnachweise eingetragenen Brauereiarbeitern aufmerksam gemacht. Die genannte Firma bezieht die Aushilfskräfte vom Arbeitsnachweis, die Arbeitskräfte für „feste" Stellungen von auswärts. Dieses Verfahren kann seitens der Organisation nicht scharf genug verurteilt werden. Auf Grund dieser Veröffentlichung sind uns nun eine Reihe von Mitteilungen zugegangen, aus denen hervorgeht, daß auch eine Anzahl anderer dem Verein der Brauereien angehörenden Brauereien mit der Absicht umgehen, in nächster Zeit Arbeitnehmer unter Umgehung des Arbeitsnachweises einzustellen. Die in Frage kommenden Personen seien von einigen Betrieben bereits benachrichtigt, bis zu einem gewissen Termin auf Prozentsatz eingestellt zu werden. Wir fordern deshalb die Kollegen dringend auf, jede Prozentsatzeinstellung sofort in unserem Bureau zu melden, damit diejenigen Brauereien, die Prozentsatzeinstellungen vornehmen, gemäß unseres Versammlungsbeschlusses im „Vorwärts" veröffentlicht werden können.

Zentralverband deutscher Brauereiarbeiter. — Ortsverwaltungen Berlin I und II.

Im Musikschallplattenwerk „Kalliope" in Leipzig bestehen Differenzen. — Der Chef erklärte, daß er genug Schallplattenpresser aus Berlin (!) bekäme. Es ist nun Pflicht eines jeden Pressers, den Zuzug nach Leipzig fernzuhalten.

Fabrikarbeiterverband.

Leidtragende.

Man schreibt uns:

In Nr. 193 des „Vorwärts" glaubt sich der Werkzeugmacher und jetzige Leiter der gelben Metallarbeiter Herr Ernst Schmidt über die Veröffentlichung des „Vorwärts" vom 13. d. M. entrüsten zu sollen. Mag sein, daß der Wahlverein des fünften Kreises, wie verschiedene der Genannten, nicht mehr zu den Leidtragenden gehören. Andere können von sich leider nicht dasselbe behaupten, so zum Beispiel verschiedene Mitglieder des Wahlvereins Reinickendorf-Ost; auch dieser selbst kann sich nicht zu diesen Glücklichen zählen. Ernst Schmidt war kurze Zeit Schriftführer des Wahlvereins und benutzte das Vertrauen, um verschiedene Mitglieder und mit dem Wahlverein in Beziehung stehende Geschäftsleute anzupumpen. So zum Beispiel die Restaurateure Brückner (8 Mark), Graßmann (4 Mark), Meinhardt (4 Mark), Schönberg (10 Mark). Der Wahlverein hat noch eine Forderung von 10 Mark (10 Tanzbänder zu 50 Pf. und 50 Parteibons zu 10 Pf.), auch ein Dreher Herzberg, Berlin, Lütticher Straße 4, soll noch kürzlich den Verlust von 44 Billetts zu 40 Pf. = 17,60 Mark beklagt haben. Verschiedene andere haben ihr Geld erst nach mehrmaligen Zahlungsaufforderungen erhalten können. Wir glauben nicht, daß diese Liste Anspruch auf Vollständigkeit hat, wohl aber, daß sie genügen wird, um die Entrüstung des Ex-Genossen Ernst Schmidt ins richtige Licht zu stellen. Uebrigens scheint es dem sich jetzt in der Unternehmergnade sonnenden Herrn recht wohl zu gehen, so daß die Frage angebracht erscheint, wann, Herr Schmidt, gedenken Sie Ihren Verpflichtungen nachzukommen?

Deutsches Reich.

Der Dachdeckerstreik in Essen ist gestern morgen durch Tarifabschluß seinem Ende zugeführt worden. Am Montag wird die Arbeit wieder aufgenommen. Für Dortmund bleibt der Tarif bis 1910 bestehen. — Verschlechterungen in die Abmachungen des Dortmunder Tarifes hineinzubringen, war die Absicht der Unternehmer. Dies ist jedoch vereitelt worden. Für Essen sind gegenüber dem bestehenden Tarife Verbesserungen erreicht. Teerarbeiten werden mit 3 Pf. pro Stunde mehr bezahlt. Ebenfalls sind größere Vergünstigungen für auswärtige Arbeiten an verheiratete Leute vorgesehen. Der Stundenlohn wird ab 1. Januar 1909 ab von 55 auf 56 Pf. erhöht.

Ausland.

Der Gemeindearbeiterstreik in Malmö.

In der schwedischen Handels- und Arbeiterstadt Malmö ist vor acht Tagen ein allgemeiner Streik der Gemeindearbeiter ausgebrochen, der sich auf das Gaswerk, das Elektrizitätswerk, das Schlachthaus, die städtischen Hafenanlagen, die Straßenreinigung und das Abfuhrwesen sowie auf die Gartenanlagen erstreckt. Die Arbeiter der Wasserwerke, des Krankenhauses und der Armenhauspflege nahmen nicht daran teil. Der Streik hat seinen Ursprung in dem großen Kampf der schwedischen Hafenarbeiter, der ja selbst durch Verhandlungen beigelegt ist. Einige städtische Arbeiter hatten sich geweigert, von einem durch den Transportarbeiterverband boykottiertem Schiff Bauholz zu verladen und wurden deswegen ohne weiteres entlassen. Ihre Organisation, der Grob- und Fabrikarbeiterverband, ersuchte um Verhandlungen über ihre Wiedereinstellung, wurde aber von der städtischen Verwaltung rundweg abgewiesen, obwohl in dem am 26. Mai 1908 abgeschlossenen Tarifvertrage ausdrücklich bestimmt ist, daß solche wie andere Streitigkeiten aus dem Arbeitsverhältnis durch Verhandlungen eventuell durch Schiedsspruch beigelegt werden sollen. Das Verhalten der Stadt ist also ein Tarifbruch, ebenso wie allerdings auch die Arbeitsverweigerung und schließlich die allgemeine Arbeitsniederlegung, die übrigens statutenwidrig, ohne Zustimmung des Verbandsvorstandes der Grob- und Fabrikarbeiter durchgeführt wurde, gegen den Tarifvertrag verstößt. Die städtische Verwaltung hat aber auch die von der schwedischen Regierung angebotene Vermittelung abgelehnt und macht nun zur Bedingung der Wiedereinstellung der Streikenden, daß der Tarifvertrag für ungültig erklärt und ein neues Uebereinkommen getroffen werde. Jener Tarifvertrag, der unter Mitwirkung von Regierungsvertretern zustande gekommen ist, brachte den Minimalstundenlohn der ungelernten Gemeindearbeiter auf 40 Oere, was den Privatunternehmern, die noch niedrigere Löhne zahlen, sehr unangenehm war. Darum will die infolge des hundertgradigen Gemeindewahlunrechts von den Großbürgern abhängige Stadtverwaltung nun auch nichts von einem Eingreifen der Regierung wissen. Damit, daß die Regierung zur „Aufrechterhaltung der Ordnung und Sicherheit" Infanterie und Kavallerie, sogar Truppen vom kronprinzlichen Husarenregiment in Stockholm nach Malmö gesandt hat, ist man durchaus einverstanden.

Gleich zu Beginn des Streiks bildeten die Stadtgrößen einen „Wohlfahrtsausschuß". Man erließ einen Aufruf zur Herbeischaffung von Streikbrechern und bald darauf konnten auch die Bürgerlichen berichten, daß sich „Arbeitswillige aus allen Gesellschaftsklassen" gemeldet hätten. Ein Bankdirektor, ein Postdirektor, ein Oberst, mehrere Offiziere, Großkaufleute, Kontoristen, Handwerksmeister und dergleichen Leute ließen sich einzeichnen in die Liste der freiwilligen Klassenkämpfer der Bourgeoisie, und einige überwanden ihren Abscheu vor der schmutzigen Arbeit soweit, daß sie mit den städtischen Latrinenwagen kutschierten. Sie hatten dafür die Freude, daß ihnen von zarten Damenhänden Blumenbuketts gespendet wurden, offenbar zur Milderung der den vornehmen Nasen ungewohnten Latrinengerüche.

Nach den neuesten Nachrichten bürgerlicher Blätter sollen sich über 600 Arbeitswillige gemeldet haben, von denen aber die meisten wohl nur auf dem Papier stehen. Die Zahl der Streikenden ist ungefähr 1000. Die Arbeiterpresse, die Leitung des Grob- und Fabrikarbeiterverbandes wie die der Landesorganisation der Gewerkschaften mißbilligen die Art, wie der Streik veranstaltet worden ist, verurteilen aber auch scharf das Verhalten der Stadtverwaltung, das ja den Bestimmungen wie dem Geiste des Tarifvertrages Hohn spricht.

Versammlungen.

Der Zweigverein Berlin des Zentralverbandes der Maurer hielt am 20. August im großen Saale des Gewerkschaftshauses eine Generalversammlung aller seiner Zahlstellen und Sektionen ab. Zunächst berichtete der Vorsitzende Thöns über die Bauten-kontrolle, die am 28. Juli dieses Jahres stattfand. Sie erstreckte sich auf 1370 Bauten und Arbeitsstätten, auf denen 990 Poliere, 9159 Maurer und 1133 Lehrlinge tätig waren. Akkordbauten wurden 73 mit 979 Maurern vorgefunden. Ueber die tägliche Arbeitszeit wurde festgestellt, daß sie für 11 Maurer 8 Stunden, für 86 8½, für 8020 9 und für 48 Maurer 10 Stunden betrug. Der Stundenlohn war für 278 Maurer — unter ihnen 240 bei Kanalisationsarbeit tätige — 65 Pf., für 45 70 Pf., für 7063 75 Pf. und für 425 80 Pf. Dazu kommt noch eine Anzahl Bauten mit 225 Maurern, wo Klassenlöhne bestehen, die bis zu 1 Mark betragen. Nicht weniger als 29 Bauten wurden vorgefunden, die wegen Mangel an Geld still lagen. Im übrigen hielten es 27 Maurer nicht für angebracht, Auskunft über die Höhe ihrer Löhne zu geben, und weitere 7 verweigerten außerdem Angaben über ihre tägliche Arbeitszeit. — Der Kassenbericht vom 2. Quartal, den der Kassierer Wartenberg vorlegte, ergab, daß die Einnahmen der Zahlstellen und Sektionen des Zweigvereins, die alten Kassenbestände mitgerechnet, 156 482,55 M. betrugen, die Ausgaben 10 620,89 M., so daß ihre Bestände am Quartalsschluß 145 861,66 M. ausmachten. Die Zweigvereinskasse hatte samt dem alten Bestande von 20 436,25 M. 141 404,95 M. Einnahmen und ihre Ausgaben beliefen sich auf 92 846,20 M., so daß der Kassenbestand auf 48 558,75 M. stieg. Unter den Ausgaben sind 24 523,20 M., die an die Hauptkasse abgeführt, und 24 545 M., die für Krankenunterstützung ausgegeben wurden. — Die Mitgliederzahl des Zweigvereins war am Quartalsschluß 10 682. — Die Generalversammlung erteilte dem Kassierer einstimmig Decharge. Es wurde sodann die Wahl der Achtzehnerkommissionsmitglieder vorgenommen, und zwar durch Stimmzettel. Gewählt wurden O. Mareck, H. Silberschmidt, W. Korsing und G. Schwarz, sowie als Stellvertreter Zschoch, E. Meier, A. Wittog, A. Witschel und K. Stegemann. — Die Versammlung erledigte schließlich noch einige innere Angelegenheiten.

Aus der Frauenbewegung.

„Ohne gegenseitige Vergütung".

„Gesucht zu sofort ein besseres Mädchen (katholisch) zur Hilfe im Haushalt. Eventuell ohne gegenseitige Vergütung. Familienanschluß. Mädchen wird gehalten. Frau Direktor Homeyer, Zuckerfabrik, Salzdahlum."

So lautet ein Inserat im Zentralorgan „Germania".

Die Frau Zucker-Direktor ist einfach süß!

Eventuell „ohne gegenseitige Vergütung" sucht sie eine Hilfe für ihren Haushalt. Soll damit etwa gemeint sein, daß das bessere junge Mädchen unter Umständen noch für ihre „Hilfe im Haushalt" der Frau Direktor eine Vergütung leisten müßte?

In Familienblättern und Hausfrauenzeitschriften kann man derartige Offerten öfter lesen. Das zeigt, wie hoch in den besseren Kreisen die häusliche Arbeitskraft bewertet wird. Es handelt sich hier nämlich in der Regel um „höhere Töchter", die am kärglichen Familientisch zuviel sind, oder um solche, deren Eltern früh starben. Diese unglücklichen Mädchen sind in der traurigsten Lage, die man sich denken kann. Ueberall im Wege, überall herumgestoßen, allein und verlassen, mit einer „höheren Schulbildung", die nicht halb und nicht ganz ist, in den meisten Fällen wenigstens nicht ausreicht, um den Kampf im Erwerbsleben auszufechten, nehmen sich gewitzte Damen ihrer an. Die „Wohltäterin" engagiert ein solches verlassenes Wesen als Universalhausgeist, der dann die „Wohltat" mit tausendfältigen Diensten belohnt. In den Offerten werden die zu bewältigenden „Hilfeleistungen" gewöhnlich ganz naiv aufgezählt. Neben dem Unterrichten der Kinder, Vorlesen, Servieren, Musizieren, Hüte garnieren, Häkeln, Sticken, Stricken, oft auch Schneidern, ab und zu noch gröbere Arbeiten, das sind einige der Obliegenheiten, die die „Mädchen mit Familienanschluß" zu erledigen haben. Der „Familienanschluß" besteht im Verkehr am Tisch und mit den Kindern, im Vorlesen und Musizieren. Abgelegte Kleider von den Damen des Hauses, ab und zu das Abonnementbillett zu einem Stück, das die Herrschaft nicht interessiert, darin kommt die „Güte" der Herrschaft zum Ausdruck. Es ist ein bitteres Brot, das so ein Mädchen ißt, und es bleibt das fünfte Rad oft fürs ganze Leben.

Versammlungen — Veranstaltungen.

Tegel. Am Montag, den 24. August, abends 8½ Uhr, findet bei Trebesch (früher Trapp) eine öffentliche Frauenversammlung des Kreises Nieder-Barnim statt, in welcher Genosse John-Berlin über die Aufgaben des deutschen Parteitages und der Frauenkonferenz referieren wird. — In Anbetracht der für die Frauen wichtigen Verhandlungen der Konferenz sowie des Parteitages ist es notwendig, eine Delegiertin zu entsenden.

Außerdem steht auf der Tagesordnung: Bericht der Vertrauensperson von Tegel und Umgegend.

Es wird den Genossinnen aller Orte zur Pflicht gemacht, in dieser Versammlung zu erscheinen, sowie rege für dieselbe zu agitieren. Die Kreisvertrauensperson Nieder-Barnims.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Zurückgeblasen.

Straßburg, 21. August. (W. H.) Die amtliche „Straßburger Korrespondenz" meldet, die Nachrichten einiger Zeitungen, die Staatsanwaltschaft habe gegen die „Freie Presse" und die „Straßburger Bürgerzeitung" wegen der bekannten Artikel über die Promotion des Prinzen August Wilhelm öffentliche Klage erhoben, ist unrichtig. Es sind vielmehr auf Grund eines Strafantrags mehrerer Professoren der Universität lediglich Vernehmungen erfolgt. Uebrigens hat Prinz August Wilhelm, wie man hört, mitteilen lassen, daß er sich durch die von einigen Blättern anläßlich seiner Promotion verbreiteten unrichtigen Nachrichten nicht betroffen fühle. Es sei ihm daher auch unsympathisch, wenn nach seinem Scheiden aus Straßburg, welches er während seines Aufenthalts in den Studienjahren so lieb gewonnen hätte, der Strafrichter in dieser Angelegenheit angerufen würde.

Ein gefahrvoller Brand.

Eilenburg, 21. August. (W. H.) In der hiesigen Zellulosefabrik brach in den Räumen, wo das Nitro-Celluloid hergestellt wurde, Feuer aus. 20 Arbeiter der Fabrik sind infolge Einatmens der giftigen Dämpfe bei den Löscharbeiten erkrankt. Ein Arbeiter ist bereits gestorben, mehrere andere schweben in Lebensgefahr. Das Feuer konnte auf seinen Herd beschränkt werden.

Zurückgenommene Aussperrung.

Brünn, 21. August. (W. T. B.) Die in der Arbeitgeberorganisation des Vereins der Wollindustriellen Mährens vereinigten Fabriken haben die wegen des Ausstandes in der Brünner Kammgarnspinnerei angedrohte Aussperrung sämtlicher Arbeiter zurückgezogen. Damit ist die Ausstandsbewegung in der Brünner Textilindustrie beendet.

Ein wildes Land.

Brüssel, 21. August. (W. H.) Wie es heißt, dürfte in den nächsten Tagen der Eisenbahnminister das Verbot des Verkaufs des sozialdemokratischen Blattes „Peuple" auf den Bahnhöfen aufheben.

Verantw. Redakteur: Hans Weber, Berlin. Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdr. u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 2 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

10. Verbandstag der Schneider und Schneiderinnen Deutschlands.

Frankfurt a. M., 20. August.

Die Generaldiskussion über die zum Statut gestellten Anträge wird fortgesetzt. Es sind noch 45 Redner eingezeichnet.

Die sehr ausgedehnte Debatte dreht sich in der Hauptsache nur um die Beitragsfrage. Einig sind sich die meisten Redner darin, daß die Unterstützungssätze auf keinen Fall erhöht werden dürfen. Frau Luckow-Berlin bittet, Rücksicht auf die weiblichen Mitglieder zu nehmen und Staffelbeiträge einzuführen. Bei Arbeitslosigkeit solle den Mitgliedern die Bezahlung der Beiträge erlassen werden. Nachdem noch eine Anzahl Delegierte Anträge ihrer Filiale befürwortet haben, wird die Diskussion durch Schlußantrag geschlossen. Der Verbandstag spricht sich dann mit 52 gegen 37 Stimmen für die Beibehaltung des Einheitsbeitrages aus.

Ueber die Einführung der

Arbeitslosenunterstützung,

die den Verband schon ein Jahrzehnt beschäftigt, referiert Käming-Berlin. Redner begründet nach einem historischen Rückblick die vom Vorstand eingebrachte Vorlage, zu der verschiedene Berechnungstabellen vorliegen. Eine genaue statistische Grundlage über den Umfang der Arbeitslosigkeit im Berufe zu gewinnen, sei sehr schwer. An der vom Vorstand im Jahre 1900 aufgenommenen Statistik hätten sich nur 15 Prozent der Mitglieder beteiligt. Das jetzige Unterstützungswesen krankte daran, daß verheiratete, arbeitslose Mitglieder, die nicht auf die Reise gehen können, leer ausgehen. Der Grundgedanke bei der Vorstandsvorlage sei, das ganze Unterstützungswesen auf eine einheitliche Basis zu stellen. In der vorgeschlagenen Erwerbslosenunterstützung sei die bisherige Kranken- und Reiseunterstützung enthalten, und würde eine nennenswerte Erhöhung der seitherigen Unterstützungsätze eintreten. Das ganze Unterstützungssystem würde eine sehr annehmbare Erweiterung und Verbesserung für die Mitglieder erfahren und bedeute eine viel größere Gerechtigkeit. Der springende Punkt bei der Durchführung der Vorlage sei freilich die Finanzierung des Projekts, die Frage, wie die Mittel aufgebracht werden sollen. Der Vorstand schlage vor, bei Einführung der Arbeitslosenunterstützung die Beiträge auf 60 Pf. für männliche und 30 Pf. für weibliche Mitglieder zu erhöhen. Dann sei der Vorstand in der Lage, in absehbarer Zeit (vorgeschlagen wird für die Einführung der 1. Januar 1910) wöchentliche Unterstützungssätze von 6 bis 10 Mark für männlich und 3 bis 5 Mark für weibliche Mitglieder, je nach Dauer der Mitgliedschaft zu gewähren. An der gegenwärtigen Krise dürfe man die Vorlage nicht scheitern lassen. Die Unterstützungseinrichtungen des Verbandes müßten so ausgebaut werden, daß sie denen einer modernen Gewerkschaft entsprechen.

Ein Antrag, in Anbetracht der Stellungnahme der Mehrzahl der Kollegen zur Beitragsfrage, von einer Diskussion abzusehen, wird abgelehnt.

Präsek-Wien berichtet dann zunächst über die Erfahrungen der österreichischen Kollegen über die Arbeitslosenunterstützung. Der österreichische Schneiderverband habe diese im Jahre 1901 eingeführt, und zwar zunächst fakultativ. Im Anfang hätte der Verband mit der Einführung in bezug auf Gewinnung von Mitgliedern schöne Erfolge gehabt, aber man habe bald eingesehen, daß mit der fakultativen Einführung der Organisation nicht gedient sei. Im Jahre 1904 habe deshalb der Vorstand vorgeschlagen, die Arbeitslosenunterstützung obligatorisch einzuführen und ein Verbandstag habe dem zugestimmt. Der Anspruch auf Unterstützung beginne erst nach Ablauf von sieben Tagen und würden Kollegen, die aussetzen müssen, erst von der dritten Woche ab Unterstützung erhalten. Die Ausgaben für die Arbeitslosenunterstützung seien von Jahr zu Jahr gestiegen. Im Jahre 1902 seien 1380 Kronen, 1903 3000 Kronen, 1905 20 000 Kronen, 1906 26 500 Kronen und 1907 schon 30 000 Kronen dafür ausgegeben worden. Zu diesen fortwährend steigenden Zahlen stehe aber die Gewinnung von neuen Mitgliedern in keinem Verhältnis. Mit der Erhebung der Unterstützungen werde vielfach Mißbrauch getrieben und könne leider eine genügende Kontrolle nicht durchgeführt werden. Bei einer Kontrolle in der Wohnung der Arbeitslosen habe sich herausgestellt, daß eine große Reihe Kollegen zuhause gearbeitet habe. Es sei dem österreichischen Verband wohl jetzt nicht mehr möglich, die Arbeitslosenunterstützung zu beseitigen, aber sie würde immer mehr eingeschränkt.

Kohn-Budapest kann von besseren Erfahrungen mit der Arbeitslosenunterstützung in Ungarn berichten, als wie der Vorredner.

Von den englischen Delegierten wird erklärt, daß ihr Verband sich ebenfalls mit der Einführung der Arbeitslosenunterstützung beschäftigt und ihren Vorstand beauftragt habe, eine Vorlage auszuarbeiten.

Fulfs-Köln spricht für die Einführung der Arbeitslosenunterstützung.

Kunze-Berlin ist der Ueberzeugung, daß der Verband die Arbeitslosenunterstützung heute noch nicht einführen kann. Die Kontrolle der Arbeitslosen in großen Städten sei unmöglich.

Tauscheck-München ist Gegner jeder Erweiterung der Unterstützungseinrichtungen, man müsse zuerst die Kasse stärken, um Lohnkämpfe durchführen zu können. Mit 60 Pfennig Wochenbeitrag würde man bei der Arbeitslosenunterstützung nicht auskommen.

Dann wird ein Schlußantrag angenommen und nach dem Schlußwort des Referenten der Vorstandsantrag auf Einführung der Erwerbslosenunterstützung mit 54 gegen 37 Stimmen abgelehnt.

Gegen eine Stimme angenommen wird folgender Antrag:

„Das gesamte Material und die Vorlage des Vorstandes, die Einführung der Arbeitslosenunterstützung betreffend, wird den Mitgliedern zur Beratung und Urabstimmung unterbreitet. Den Mitgliedschaften wird zur Pflicht gemacht, in der Zeit vom 1. Januar bis 1. April 1909 zu dieser Frage Stellung zu nehmen, damit die Urabstimmung am 1. April 1909 ihren Abschluß finden kann. Das Resultat derselben ist dem Vorstande mitzuteilen.“

Ueber die

Agitation in der Wäscheindustrie

referiert Trinks-Berlin. Er bespricht ausführlich die Verhältnisse in der Wäscheindustrie, die hauptsächlich in Berlin, Bielefeld und im Erzgebirge dominiert. In diesen Bezirken sind 76 800 weibliche und 3150 männliche Personen beschäftigt. Der Charakter der Wäscheindustrie ist Heimarbeit. Sind doch von den weiblichen Arbeitern 48 000 und von den männlichen 1150 in der Heimarbeit tätig. Von den beschäftigten Personen sind nur ungefähr 3800 organisiert und ist hier ein sehr großes Agitationsfeld noch vorhanden. Der Referent unterbreitet dem Verbandstag folgende Resolution:

„Der zehnte ordentliche Verbandstag der Schneider, Schneiderinnen und Wäschearbeiter macht es allen Filialverwaltungen, in deren Orten oder Bezirken Wäsche-, Schürzen-, Trikotagen-, Korsett- usw. Industrie, sowie Dampfwäschereien, chemische Reinigungs-, Wasch- und Plättanstalten vorhanden sind, zur Pflicht, die Agitation unter dieser Arbeiterschaft, soweit dieselbe laut Verbandsstatut für unsere Organisation in Frage kommt, nachdrücklich zu betreiben. Als Vorbedingung zur Betreibung einer planmäßigen Agitation unter diesen Arbeitern und Arbeiterinnen ist die Feststellung der Zahl, sowie der Adressen der in den Fabriken und der Heimindustrie beschäftigten Personen erforderlich. Des weiteren ist die branchenweise Feststellung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu erledigen. In der Wäschebranche zum Beispiel für Zuschneider, Zuschneiderinnen, Stemplerinnen, Vorrichterinnen, Stepper, Stepperinnen, Hand- und Maschinenknopflochnäherinnen, Waschmeister, Wäscher, Wäscherinnen, Stärkerinnen, Hand- und Maschinenplätterinnen usw. Sämtliche in Betracht kommenden Filialverwaltungen sind verpflichtet, unverzüglich eine Anzahl Kollegen und — soweit die Möglichkeit vorhanden — Kolleginnen mit diesen Arbeiten zu betrauen und das so gewonnene Material dem Hauptvorstand zuzustellen.“

Die Verhandlungen werden dann vertagt.

Aus der Partei.

Zum Parteitag.

Der Wahlkreisverein Schweinfurt delegierte den Genossen Säckler, die Kreiskonferenz Immenstadt den Genossen Johannes Timm, der Wahlkreisverein Straubing den Landtagsabgeordneten Genossen E. Auer.

Falsche Kombinationen der bürgerlichen Presse. Um einer Legendenbildung vorzubeugen, werden wir um die Aufnahme folgender Richtigstellung ersucht:

In der Abendausgabe der „Volks-Zeitung“ vom 20. August wird berichtet, daß Genosse Dr. Arons von allen seinen Aemtern in der Partei zurückgetreten sei. Ich nehme an, daß diese Folgerung hergeleitet wird aus dem Halbjahresbericht des ersten Kreises, der am 18. August von mir erstattet wurde. Ich habe darin indes lediglich mitgeteilt, daß Genosse Dr. Arons seinen Posten als Beisitzer im Vorstande des Wahlvereins für den ersten Kreis niedergelegt hat. Dies geschah im April dieses Jahres auf ärztliches Anraten; aus dem gleichen Grunde erfolgte auch der Verzicht auf eine Landtagskandidatur. Als Stadtverordneter hat Genosse Arons Urlaub bis zum Oktober genommen. Er denkt aber gar nicht daran, sein Stadtverordnetenmandat niederzulegen, auch ist von einem Verzicht auf die Reichstagskandidatur im ersten Kreise gar keine Rede. Der Gesundheitszustand des Genossen Arons hat sich in so erfreulicher Weise gebessert, daß er zum Herbst seine Parteitätigkeit voll wieder aufnehmen wird.

Berlin, den 20. August 1908.

H. Wolderskh,
erster Vorsitzender des sozialdemokratischen Wahlvereins für den ersten Berliner Reichstags-Wahlkreis.

Parteiliteratur.

Soeben erschien im Verlage der Buchhandlung Vorwärts, Berlin, Heft 17 der Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek: „Bau- und Lebenstätigkeit des menschlichen Körpers“ von Dr. Christeller. Mit zahlreichen Illustrationen.

Das Heft — eine Einführung in die menschliche Anatomie und Physiologie — bildet eigentlich die Grundlage für die Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek. Nur wer einigermaßen Bescheid weiß über den Bau und die Zusammensetzung des Körpers, die Lage und Lebenstätigkeit der gesunden Organe, wird mit dem richtigen Verständnis ausgerüstet sein für den kranken Menschen und die Krankheitsverhütung. Die Arbeit ist mit vielen Illustrationen ausgestattet. Preis 20 Pf. In besserer Ausstattung 50 Pf.

Die polnisch-sozialistische Bewegung in Rheinland-Westfalen.

Aus dem Ruhrgebiet wird uns geschrieben. Die polnisch-sozialistische Bewegung im Industriebezirk hat seit dem März dieses Jahres bedeutende Fortschritte gemacht. Im März noch existierte im ganzen Industriebezirk nur ein einziger polnisch-sozialistischer Verein, der seinen Sitz in Herne hatte. Jetzt sind es bereits dere vier, nachdem in Borbeck, Obernhausen, Recklinghausen-Süd neue Vereine entstanden sind. Weitere drei sollen in aller Kürze in Castorp, Wanne und Gelsenkirchen gegründet werden. Die Mitgliederzahl hat sich seit März bereits verdreifacht. Der Herner Verein zählte vor fünf Monaten kaum 60 Mitglieder. Jetzt haben die vier Vereine 250 Mitglieder, die regelmäßig ihre Beiträge bezahlen. Außerdem gibt es noch Einzelmitglieder in Ortschaften, wo bisher noch keine Organisation gegründet werden konnte. An der Spitze der Organisation steht das rheinisch-westfälische Agitationskomitee der P. P. S. Auch die Abonnentenzahl der „Gazeta Robotnicza“ nimmt ständig zu. Seit März sind allein in Herne-Bauckau-Forsthausen gegen 200 neue Abonnenten gewonnen worden.

Wenn man die schwierigen Verhältnisse berücksichtigt, mit denen die junge Organisation zu kämpfen hat, so kann man mit den Erfolgen der geleisteten Arbeit vollständig zufrieden sein. Leider haben die polnischen Genossen für die Agitation sehr wenig Geldmittel und auch ungenügende Kräfte. Sie haben außerdem schwer mit den Nationalpolen zu ringen, die ihnen an Mitteln weit überlegen sind. Dazu kommt noch der unglückliche § 12 des neuen Vereinsgesetzes, der die polnischen öffentlichen Volksversammlungen hier so gut wie unmöglich gemacht hat. Jeder in der Agitation stehende Genosse wird begreifen, daß es schwer hält, ohne öffentliche Versammlungen Arbeitervereine zu gründen. Trotz alledem geht es erfreulich vorwärts. Wünschenswert ist es auf jeden Fall, daß die polnisch-sozialistische Bewegung hier immer mehr Boden gewinnt, um die Arbeiter vor dem Zentrum zu bewahren. Die nationalpolnischen Gruppen des Ruhrgebiets stellen bei jeder Wahl in erster Linie dem Zentrum ihre Schäflein zur Verfügung.

Bildungsbestrebungen.

Der Arbeiterbildungsverein „Vorwärts“ in München gibt in seinem Bericht über das abgelaufene Unterrichtsjahr ein anschauliches Bild über seine Tätigkeit. An erster Stelle stand Volkswirtschaft. Der Zyklus Einführung in die Nationalökonomie (Lehrer Schriftsteller Harpuder) umfaßte 10 Abende. Diese sowie daran anschließende wirtschaftliche Diskussionsabende waren regelmäßig von zirka 100 Hörern besucht. An den 4 Abenden über Lassalle und den 12 Abenden über Politische und Kulturgeschichte des 19. Jahrhunderts

Kleines Feuilleton.

Theaterjustiz vor hundert Jahren. Nicht ohne Staunen, so schreibt die „Oesterreichische Rundschau“, blättert man in dem dünnen Bändchen, das die Gesetze und Instruktionen enthält, die vor hundert Jahren für die Mitglieder des Wiener Hoftheaters erlassen wurden. In diesen drakonischen Normen steckt noch ein Ueberbleibsel jener Zeit, als man dem Schauspieler ein ehrliches Begräbnis verweigerte und den mit einer levis macula behafteten Künstler für gesellschaftsunfähig hielt. Der Hoftheaterdirektion war es noch gestattet, im Disziplinarwege die persönliche Freiheit eines Mitgliedes durch Haft bis zu einem Monate einzuschränken. Zum erstenmal wurde diese Strafe im Jahre 1808 an Madame Voß vollzogen, in der Theatergeschichte schon deshalb wohlbekannt, weil sie die erste Darstellerin der Maria Stuart auf der Bühne zu Weimar war, wo sie unter Goethes Direktion in Soubrettenrollen, aber auch mit vielem Glück im Trauerspiel wirkte. Sie kam 1808 in Begleitung ihres künftigen Gatten Friedrich August Werdy von Frankfurt nach Wien, wo sie sehr gefiel, während Werdys Gastspiel zu keinem Engagement führte. Werdy sollte nun allein nach Frankfurt zurück. Schon rüstete er zur Abreise, da erklärte die Voß, ohne ihn nicht bleiben zu können, und bat um ihren Abschied, der ihr jedoch nicht gewährt wurde. Da alle Versuche, ihre Verbindlichkeiten zu lösen, ohne Erfolg blieben, schien kein anderer Ausweg offen als — die Flucht. Am 10. August entfernte sie sich mit ihrem Kinde in Begleitung der Magd aus ihrer Wohnung und entfloh ohne jede Reiselegitimation mit ihrem Geliebten. Ihr Weg führte nach Frankfurt. Linz sollte nicht berührt werden wegen der Uebertretung der Paßvorschriften. Die Reise ging also über Ebersberg. Ehe die Flüchtlinge dahin kamen, ließ Werdy das Dienstmädchen, das einen vorschriftsmäßigen Paß erhalten hatte, mit dem Kinde aussteigen und zu Fuß den Ort passieren. Den Reisepaß des Mädchens steckte er zu sich, um ihn für seine Freundin auf dem Polizeibureau zu präsentieren. Hier erhielt er schon nach wenigen Minuten die Papiere zurück und nachdem Kind und Dienstmädchen außerhalb des Ortes wieder in den Wagen aufgenommen worden, setzten die Vier die Reise nach Wels fort. Während der Fahrt besichtigte Werdy die Reisedokumente und fand zu seinem Schrecken, daß sie in Ebersberg kein behördliches Visum erhalten hatten. In Wels angekommen, wendete er sich an den Postmeister um Rat, wurde jedoch von diesem an den Kreishauptmann gewiesen, der im selben Hause wohnte und von seinem Fenster aus das Gespräch angehört hatte. Als Werdy bald darauf bei dem Leiter der Kreisbehörde erschien, um die beiden Pässe prüfen zu lassen, fragte ihn der Beamte, wie es sich denn mit der zweiten Frauensperson verhalte, worauf der Gefragte bemerkte, sie sei ihm nicht bekannt, er habe sie auf ihre Bitte nur ein paar Stunden mitfahren lassen. Diese Ausflucht nutzte aber nichts, denn beide Frauenspersonen wurden nun verhört und die Wahrheit kam gar bald zutage. Das seltsame Benehmen Werdys erregte in dem Beamten den Verdacht, er habe es mit einem Spion zu tun, der samt Begleitung in sichere Verwahrung zu nehmen sei. Nach vierstündiger Gefangenschaft wurden die „Delinquenten“ unter sicherer Eskorte nach Linz befördert, wo sie ebenfalls ins Gefängnis kamen, aus dem sie erst nach eindringlichem Verhör mit gebundener Marschroute nach Wien entlassen wurden. Kaum angekommen, wurde Madame Voß von der Theaterdirektion zu achttägigem Profossenarrest verurteilt, den sie sofort antrat. Inzwischen leitete auch die Polizeibehörde die Amtshandlung wegen Uebertretung der Paßvorschriften ein und es drohte ihr sonach zum zweitenmal Arrest. Die Gefahr wurde jedoch durch den Präsidenten der Hofstelle abgewendet, der erklärte, daß eine zweimalige Bestrafung in derselben Angelegenheit nicht zulässig sei. Die Polizei war also in diesem Fall galanter als der Direktor des Hoftheaters.

Der Kinematograph und die Schule. Nachdem eine Anzahl Pädagogen den Wunsch ausgesprochen hatten, der Kinematograph, als vorzügliches Anschauungsmittel, solle in den Schulen eingeführt werden, erhoben sich neuerdings ärztliche Stimmen, welche aus hygienischen Gründen vor einer derartigen Neuerung warnen. Unbestreitbar ist der Kinematograph ein Apparat, welcher vorzüglich geeignet ist, Vorgänge der Technik und Industrie zur Anschauung zu bringen, besser wie dies das gesprochene Wort oder die Vorführung der einzelnen Stadien der Vorgänge in unbewegten Bildern vermögen, aber der Apparat schädigt zugleich auch das Auge. Dr. Paul Schenk in Berlin erinnert daran, daß wir jetzt schon unter einer Ueberfülle von Lichtreizen leiden und daß der moderne Mensch dadurch systematisch seine Augen ruiniere. Beim Kinematograph ist die Lichtfülle bedenklich, die im verdunkelten Raum auf die Projektion des Bildes auf die weiße Leinwand verwendet wird. Noch schlimmer für das Auge ist das in kurzen Zwischenräumen erfolgende Zittern und Schwanken des Lichtes, das von den Bildern auf die Leinwand in unser Auge fällt; dieses Flimmern beraubt den Kinematograph des Anspruchs, ein hygienisches Bildungsmittel zu sein. Es ist um so stärker, je schneller sich der photographische Vorgang abspielt. Vermindern läßt es sich durch Herabsetzung der Gesamthelligkeit, in noch stärkerem Maße durch gleichzeitige Teilung des Lichtreizes in periodisch wiederkehrende Lichtreize von kürzerer Dauer. Aber immer bleibt bei dem Beobachter das lästige Gefühl, daß sich der Vorgang nicht ununterbrochen, sondern mit störenden Absätzen vollzieht, wobei der Eindruck noch durch den unnatürlich schnellen Wechsel der Szenerie verstärkt wird. Ermüdung und Ueberanstrengung der Augen ist daher eine notwendige Folge beständiger Schwankungen in der Intensität der Lichtreize. Dr. Schenk betrachtet das Flimmern des Kinematographen als ein gesteigertes Flackern einer Lichtquelle, das für das Auge schädlich ist, und er protestiert daher aus hygienischen Gründen gegen die Einführung des Kinematographen in der Schule.

Humor und Satire.

— Der Privatier. Bote: „Ich muß den Brief unbedingt persönlich zustellen — kann ich Ihren Herrn nicht irgendwo treffen?“ Haushälterin: „Das schon! Grad um diese Zeit steht er immer am Ludwigsplatz und schaut dem Pflastern zu!“

— Auch eine moderne Sammlung. „Was hast Du denn da für eine merkwürdige Bildergalerie — sind das nicht lauter Knochen?“ — „Allerdings, das sind die Röntgenbilder von meinen sämtlichen alpinen Knochenbrüchen.“

— Im Eifer. Gemeindevorstand (bei Gelegenheit eines sehr reichlichen Festessens, einen Toast ausbringend): „Hochverehrte Mitesser . . .!“ („Fliegende Blätter.“)

Notizen.

— Eine neue Eisensorte, die nur äußerst geringe Spuren von Schwefel, Mangan, Kupfer und Nickel enthält, hat bei der Darstellung reinen Eisens H. Kreusler gewonnen. Dieses reine Eisen sieht, wie die „Naturw. Rdsch.“ schreibt, im blanken Zustand dem Platin sehr ähnlich, es ist sehr polierfähig und läßt beim Anätzen große Kristalle hervortreten; die Farbe der geätzten Fläche ist grauweiß. Das Metall ist sehr streckbar und zähe, es läßt sich leicht zu dünnen Blechen auswalzen und zu Drähten ziehen. Durch Salzsäure wird das geschmolzene Eisen auch beim Kochen nicht merklich angegriffen.

— Isolation und Umbildung der Arten. Die Einwirkung der Isolation auf die Umbildung der Arten hat Hagmann der „Umschau“ zufolge an den Landsäugetieren der Insel Mexiana untersucht. Es ist anzunehmen, daß die größeren Arten immer in geringerer Zahl existieren als die kleineren. Wird nun ein Landgebiet durch äußere Einflüsse isoliert, so wird irgendwelche Eigentümlichkeit, die bei einer Anzahl von Individuen einer größeren Art auftritt, durch die beschränkte Möglichkeit von Kreuzungen sich eher erhalten als bei kleineren Arten, die auf demselben Raume bedeutend mehr Individuen hervorbringen können. Dementsprechend fand Hagmann auf der Insel Mexiana die größten Umbildungen bei den Hirschen, dann bei den Jaguaren, Tapiren, Brüllaffen, Rasenbären, Paeas und Gürteltieren.

— Geschirr aus Kohle. In einer Ausstellung amerikanischer Erzeugnisse ist gegenwärtig in Paris ein merkwürdiges neues Geschirr zu sehen, das aus Steinkohle hergestellt ist. Teller, Karaffen, Waschbecken, Blumenvasen usw., alles das steht in glänzendem Schwarz vor den Augen der überraschten Besucher. Die verwandte Kohle ist von besonderer Härte, ein in Pennsylvanien gefundener Anthrazit. Eine besondere Werkstatt zur Herstellung dieser Gefäße ist von einem ehemaligen Bergmann gegründet, der jetzt etwa hundert Arbeiter beschäftigt. Die Gegenstände werden zunächst aus dem Groben gemeißelt und dann auf der Drehbank fertiggestellt, um zum Schluß poliert zu werden. Das Geschirr ist äußerst wohlfeil und wirft doch gute Gewinne ab; nur mag die Aussicht, von schwarzen Tellern zu speisen, nicht für jedermann etwas Verlockendes haben.

(Lehrer Dr. W. Hausenstein) nahmen zirka 80, an den Abenden über Geschichte der politischen Parteien in Deutschland (Kampffmeyer und Dr. Hausenstein) zirka 50 Personen teil. Die folgenden 8 Zyklen über Sozialgesetzgebung: Das Problem der Arbeiterversicherung (Joh. Timm) in 6 Abenden, Invaliden- und Altersversicherung (E. Dachsel) in 5 Abenden und Kranken- und Unfallversicherung (G. Mauerer) in 10 Abenden, deren Wichtigkeit einen stärkeren Besuch voraussetzen sollten, waren durchschnittlich nur von zirka 40 Personen besucht. An den Vortragsabenden über Grundzüge des Völkerrechts von Rechtspraktikant Sänger fanden sich 40, und zu den 6 Vorträgen über den Kampf gegen das Verbrechen oder Grundzüge der Kriminalpsychologie von Rechtspraktikant A. Kaufmann fanden sich 50 Hörer ein. Ein technischer Zyklus über die Lokomotive erzielte nur 15 Teilnehmer. Außerordentlich stark besucht waren hingegen die das ganze Wintersemester 1907/08 in Anspruch nehmenden drei Kurse für Deutsche Sprache. In einem Zyklus über Moderne Dichter und Denker trug Schriftsteller H. Harpuder über Max Stirner, Nietzsche, Ibsen, Hauptmann und O. N. Hartleben vor. An 2 Abenden sprach Kurt Eisner über Napoleon Bonaparte und Professor Dr. Staudinger über die Theorie des Genossenschaftswesens. Die Sonnabendabende füllten in zwangloser Reihenfolge literarische Veranstaltungen aus. Die dem Verein angegliederte Jugendorganisation, die, lediglich unter Aufsicht des Vorstandes, ihre Geschäfte selbst erledigt, entwickelt sich in erfreulichster Weise. Die Durchführung des gesamten Progammes erforderte einen Kostenaufwand von 8000 M., die von den Organisationen aufgebracht wurden. Für das kommende Jahr ist dieselbe Summe bereitgestellt. Der soeben veröffentlichte Lehrplan 1908—09 enthält: Die Erde und die sie umgestaltenden Naturkräfte 6 Abende, Botanik 8 Abende, Wirtschaftsgeschichte 12 Abende, daran anschließende Diskussionsabende 6, Gewerkschaftsgeschichte 6 Abende, Reichstagswahlstatistik 5 Abende, Bürgerliches Gesetzbuch 8 Abende, Klassiker des Sozialismus 8 Abende, Nervenheilkunde und Alkoholismus 6 Abende, Der gewerbliche Arbeitsvertrag 6 Abende, Geschichtsauffassungen 2 Abende, Kunstgeschichte 8 Abende, Bayerische Geschichte 3 Abende, 10 Führungen durch die alte Pinakothek und drei Kurse in deutscher Sprache. Außerdem finden noch eine Reihe interessanter Einzelvorträge statt.

Aus den Organisationen.

Der sozialdemokratische Verein Bayreuth richtete eine besondere Sparabteilung ein, die den Mitgliedern Gelegenheit geben soll, die für die Erwerbung des Bürgerrechts, d. h. des Gemeindewahlrechts, erforderlichen Gebühren anzusammeln. Der bisherige Bürgerrechtsverein wurde mit dem sozialdemokratischen Verein verschmolzen.

Im Wahlkreis Meißen-Riesa-Großenhain (7. sächs.) hat die Organisation in den letzten Jahren eine große Entwicklung genommen. Bei der Gründung des Kreisvereins im Jahre 1902 zählte er in 11 Ortsgruppen 1670 Mitglieder, am 1. Juli 1908 in 16 Ortsgruppen 3701 Mitglieder. Allein im Geschäftsjahr 1906/07 wurden 1000 neue Mitglieder gewonnen, während im vergangenen Jahre wohl infolge der herrschenden Krise nur 99 Mitglieder hinzugekommen sind. In den letzten Jahren ist auch der Abonnentenstand der Parteipresse tüchtig gestiegen, so daß die Meißner seit dem 1. April d. J. über ein eigenes Zeitungsunternehmen verfügen und einen besonderen Lokalredakteur anstellen konnten, den Genossen R. Schmidt.

Im Wahlkreis Löbau-Ebersbach (2. sächsischer) ist im letzten Berichtsjahre die Mitgliederzahl von 890 auf 790 zurückgegangen, in der Hauptsache, weil die im Kreise vorherrschende Textilindustrie von der Krise schwer betroffen ist. In 21 Orten sind 40 sozialdemokratische Gemeinderatsmitglieder vorhanden. Die Auflage der „Volkszeitung" betrug 8218 Exemplare, ein verhältnismäßig guter Stand.

Unsere Toten. In Essen starb der Genosse Wilhelm Schmidt. Seit Mitte der neunziger Jahre hat er in Essen auf politischem und gewerkschaftlichem Gebiete eifrig gearbeitet. In beiden Zweigen der Arbeiterbewegung hat er wichtige Vertrauensposten bekleidet. Keine Maßregelung, keine Arbeitslosigkeit hat ihn je gehindert, für seine Ueberzeugung einzutreten.

Aus Industrie und Handel.

Die Gewinnerträge der Elektrizitäts- und Gasgesellschaften sind im Geschäftsjahre 1907/08 fast allgemein noch höher gewesen als im Jahre 1906/07. 19 Aktiengesellschaften mit einem Kapital von 45,72 Millionen Mark, die im Juli ihre Abschlüsse pro 31. März 1908 veröffentlichten, brachten 2,00 Millionen Mark als Dividende zur Ausschüttung gegen 1,86 im vorigen Geschäftsjahr, im Durchschnitt also 4,4 gegen 4,1 Prozent. Unter diesen Gesellschaften befinden sich nur ganz wenige, deren Dividende niedriger was als im Vorjahr; die Sangershäuser und Zörbiger Elektrizitäts- und Gaswerke mit 820 000 Mark Aktienkapital gingen mit der Dividende herab. Kräftig zu steigern vermochte dagegen die Continentale Gesellschaft für elektrische Unternehmungen in Nürnberg ihre Dividende; sie verteilte 1,24 Millionen Mark gegen 1,12 im Vorjahre. Die nächstgrößte Gesellschaft, die Kölner Gas- und Elektrizitätswerke, schüttete die gleich hohe Dividende wie 1906/07, nämlich 6 Prozent des Aktienkapitals, aus. Die Elektrizitätswerk- und Straßenbahn-Aktiengesellschaft in Stralsund, deren Grundkapital 1 Million Mark beträgt, verteilte 4 Prozent gegen 3¼. Zu nennen wären dann noch einige kleinere Gesellschaften in Forbach, Bremen, Herrenberg, deren Kapital höher als 1906/07 verzinst wurde. Einige Werke, die bereits im Vorjahr mit Verlust arbeiteten, konnten auch im letzten Geschäftsjahr nicht günstiger abschließen; die Verluste sind sogar zum Teil sehr erheblich. Das Saarbrücker Elektrizitätswerk in St. Johann, das überhaupt nur ein Aktienkapital von 450 000 Mark besitzt, schloß das Jahr 1907/08 mit einem Verlust von 401 612 Mark ab. Nicht weit dahinter zurück bleibt der Verlust der Baltischen Aktiengesellschaft für Licht-, Kraft- und Wasserwerke in Kiel, die bei einem Kapital von 608 000 Mark 301 523 Mark Verlust hatte.

Solinger Bank.

Nach der „Kölnischen Zeitung" hat die Prüfung der Bücher der Solinger Bank durch die Treuhandgesellschaft schon jetzt ergeben, daß auch der verstorbene Bankdirektor v. Remesse Buchfälschungen vorgenommen hat, die den Verdacht der Unterschlagung nahelegen. Der wegen Unterschlagung verhaftete Direktor Becker hat einen Antrag auf Haftentlassung gegen Kautionsstellung in jeder vom Gericht gewünschten Höhe gestellt. Der Antrag wurde indessen vom Solinger Amtsgericht abgelehnt, worüber indessen Becker Beschwerde beim Landgericht Elberfeld erhob.

Soziale Verschiebungen in Bayern.

Daß auch Bayern, das noch vor wenigen Jahrzehnten als überwiegend agrarisches Land angesprochen werden konnte, sich immer mehr zum Industriestaat mit überwiegender Industriebevölkerung entwickelt, beweisen die Mitteilungen, die das Königl. Bayerische Statistische Bureau soeben über das Hauptergebnis der Berufszählung des vorigen Jahres veröffentlicht. Aus diesen Ergebnissen teilen wir folgende Zusammenstellungen mit: Von den 6,6 Millionen der bayerischen Bevölkerung gehörten 85 Proz., 5,6 Millionen, der Land- und Forstwirtschaft, Gewerbe und Industrie, Handel und Verkehr an. 343 000 Personen gehörten den sogenannten freien Berufen an, 424 000 waren berufslose Selbständige, die mit ihren Angehörigen und Dienstboten 571 000 Köpfe bildeten.

Von den oben erwähnten 5,6 Millionen der zur Landwirtschaft, Industrie und Handel gehörigen Bevölkerung gehören ihrer sozialen Stellung nach an:

der	Erwerbstätige nebst Dienenden und Angehörigen	Proz.	darunter Erwerbstätige für sich	Proz.
Selbständigen. . .	2 173 470	38,7	758 783	24,7
Angestellten . . .	237 920	4,2	99 068	8,2
Arbeiter	3 211 438	57,1	2 218 481	72,1

Am größten ist die Selbständigkeitsziffer von den genannten Berufszweigen in der Landwirtschaft (47,7 Proz. aller zur Landwirtschaft gehörigen Personen), die Angestelltenziffer in Handel und Verkehr (12 Proz.), die Arbeiterziffer in Gewerbe und Industrie (65,1 Proz.), nämlich

Schicht der	Prozentanteil der 3 sozialen Klassen in Landwirtschaft	Industrie	Handel
Selbständigen . . .	47,7	28,8	35,9
Angestellten	0,4	6,1	12,0
Arbeiter	51,9	65,1	52,1

Welche Entwickelung in diesen beruflichen und sozialen Verhältnissen vorgeht, ergibt ein Vergleich mit den Ergebnissen der früheren Berufszählungen von 1895 und 1882.

	Prozent der Gesamtbevölkerung des Jahres 1907	1895	1882
Erwerbstätige	50,0	45,1	46,5
Dienende	1,7	2,4	1,8
Angehörige	41,8	47,0	46,4
Berufslose Selbständige . . .	6,4	5,5	5,2

Es betrug bei den Berufsangehörigen (Erwerbstätige mit Dienenden und Angehörigen)

in	Zunahme 1895—1907 absolut	Proz.	Prozent der Gesamtbevölkerung 1907	1895	1882
Land- und Forstwirtschaft	+ 11 462	+ 0,4	40,3	45,8	50,9
darunter Landwirtschaft	+ 1 397	+ 0,05	39,2	44,7	50,1
Gewerbe und Industrie	+ 404 908	+ 22,6	33,3	31,0	28,3
Handel und Verkehr .	+ 200 672	+ 35,5	11,6	9,8	8,3
Dienstewechselnder Art	+ 14 874	+ 32,8	0,9	0,8	0,7
Staats- usw. Dienst, freie Berufe . . .	+ 48 585	+ 16,5	5,2	5,1	4,7
Berufslose Selbständige	+ 133 396	+ 31,9	8,7	7,5	7,1
Summe. .	818 892	+ 14,2	100	100	100

Hand in Hand mit dieser beruflichen Entwickelung geht eine Verschiebung in den sozialen Klassen. Die Klasse der Angestellten und Arbeiter hat sich weiter vermehrt, die der Selbständigen ist an Zahl zurückgegangen:

	Zu- bezw. Abnahme seit 1895 Erwerbstätige nebst Dienenden und Angehörigen	Erwerbstätige für sich
Selbständige	— 359 226	— 5 779
Angestellte	+ 119 655	+ 48 736
Arbeiter	+ 856 608	+ 608 351

Am schärfsten tritt diese Verschiebung also in Gewerbe und Industrie hervor.

Es betrug die Zu- (+) bezw. Abnahme (—) [seit 1895] der Erwerbstätigen mit Dienenden und Angehörigen in der Klasse der

	Selbständigen	Angestellten	Arbeiter
Landwirtschaft . .	— 267 481 [1])	+ 2 509	+ 276 434 [2])
Industrie	— 103 255	+ 74 922	+ 433 236
Handel	+ 11 510	+ 42 224	+ 146 938
Summe	— 359 226	+ 119 655	+ 856 608

Die Zu- bezw. Abnahme der Erwerbstätigen für sich in der Klasse der

	Selbständigen	Angestellten	Arbeiter
Landwirtschaft . .	+ 1 945 [3])	+ 1 709	+ 338 054 [4])
Industrie	— 20 286	+ 29 909	+ 191 037
Handel	+ 12 562	+ 17 118	+ 79 260
Summe	— 5 779	+ 48 736	+ 608 351

[1]) nämlich + 6523 Männer, — 274 004 Frauen. — [2]) nämlich — 26 685 Männer, + 303 119 Frauen. — [3]) darunter + 546 Männer, + 1399 Frauen. — [4]) darunter — 10 931 Männer, + 348 985 Frauen.

Von 100 der Bevölkerung des vorgenannten Berufszweiges gehören zur Klasse der

	Selbständigen 1907	1895	Angestellten 1907	1895	Arbeiter 1907	1895
Landwirtschaft	47,6	57,9	0,4	0,3	52,0	41,8
Industrie	28,9	41,0	6,1	3,3	65,0	55,7
Handel	35,9	46,6	12,0	8,8	52,1	44,6
zusammen . . .	38,7	50,6	4,2	2,4	57,1	47,0

Von 100 Erwerbstätigen des vorgenannten Berufszweiges sind:

	Selbständige 1907	1895	Angestellte 1907	1895	Arbeiter 1907	1895
Landwirtschaft	25,6	32,0	0,3	0,2	74,1	67,8
Industrie	21,7	29,5	5,2	2,9	73,1	67,6
Handel	28,5	35,9	11,3	9,4	60,2	54,5
zusammen . . .	24,7	31,5	3,2	2,1	72,1	66,4

Der Industrialisierungs- und damit Proletarisierungsprozeß vollzieht sich also auch in Bayern in recht beschleunigtem Tempo.

Soziales.

Gibt es in Preußen für Landarbeiter kein Recht?

Ein älterer Landarbeiter hatte sich am 15. Juni auf dem 178 Hektar großen Gut Kraussenhof des Landkreises Königsberg geweigert, eine ihm vom Gutsinspektor angewiesene Arbeit auszuführen. Darauf wurde er aus der Gutsschirrkammer hinausgeworfen, erhielt ein paar Ohrfeigen und wurde nach Hause gejagt. Weil er sich zur Wehr gesetzt hatte und den Inspektor Wangnick dabei beleidigt und bedroht haben sollte, holte ihn der Inspektor in Gemeinschaft mit dem Kämmerer aus seiner Wohnung heraus. Der Arbeiter wurde die Treppe heruntergeschlagen. Als er sich festhalten wollte, wurde mit einem Stock auf ihn eingeschlagen und er von den beiden in das Amtsgefängnis gebracht. In der Gefängniszelle verabreichte ihm der Inspektor, wie er selbst bekundete, noch einige Ohrfeigen „für seine Unbotmäßigkeit". Der Mann mußte den Tag über eingesperrt in der Zelle zubringen.

Das der Tatbestand, der am Mittwoch vor dem Schöffengericht in Königsberg bekundet wurde.

War gegen den Inspektor und den Kämmerer wegen Körperverletzung und Freiheitsberaubung das Verfahren eingeleitet? Keineswegs. Die Staatsanwaltschaft hatte die Erhebung der Anklage mit der Begründung abgelehnt, der Inspektor und der Kämmerer hätten sich offenbar zu der Austeilung der Ohrfeigen und dem gewaltsamen Einsperren in das Amtsgefängnis berechtigt gehalten, das Bewußtsein der Rechtswidrigkeit des Handelns habe ihnen gefehlt. Dieser ablehnende Bescheid wurde von der Oberstaatsanwaltschaft bestätigt. Aber damit nicht genug. Nunmehr wurde der Arbeiter unter Anklage gestellt, weil er sich der Beleidigung, Körperverletzung und Bedrohung gegen den Inspektor schuldig gemacht habe. Unter Eid bekundeten der Inspektor und der Kämmerer selbst, daß sie den Arbeiter gestoßen, geohrfeigt, mit dem Stock geschlagen und aus der Wohnung ins Gefängnis gesteckt haben. Der Inspektor erklärte, er habe sich für berechtigt gehalten, den alten Arbeiter wegen der Arbeitsverweigerung aus dem Schuppen zu werfen und zu ohrfeigen. Der Inspektor bekundete weiter, vor dem Schuppen habe der alte Arbeiter ihn beschimpft und mit Steinen nach ihm geworfen — eine Bekundung, die keiner der übrigen sechs Zeugen, einschließlich des beteiligten Kämmerers und des hinzugekommenen Gutsrendanten, bestätigen konnte. Aus der Wohnung ins Gefängnis will der Inspektor den Arbeiter geschleppt haben, weil dieser ihn mit Totschlag bedroht habe. Auch diese Bekundung vermochte keiner der übrigen Zeugen zu bestätigen. Im Gegenteil: drei Zeugen bekundeten eidlich, daß sie lediglich Gewalttaten gegen den Arbeiter, die vom Inspektor und vom Kämmerer verübt wurden, gesehen haben. Der Kämmerer bekundete, daß er gemeinschaftlich mit dem Inspektor den alten Arbeiter mit dem Stock bearbeitet hatte. Trotzdem beantragte der Staatsanwalt Verurteilung des Angeklagten. Der Verteidiger Rechtsanwalt Hugo Haase legte dar, eine Verurteilung des Arbeiters würde wie ein Hohn auf die Rechtssicherheit und Rechtsgleichheit der Arbeiter in Preußen empfunden werden müssen. Selbst wenn etwa der Arbeiter geschlagen oder geworfen habe, so habe er sich in Notwehr befunden und müsse wegen der begleitenden Umstände freigesprochen werden. Das Gericht folgte aber der Bekundung des wegen mangelnden Bewußtseins der Rechtswidrigkeit seines Tuns ohne Anklage gelassenen Inspektors und verurteilte den Arbeiter zu einer Woche Gefängnis und drei Mark Geldstrafe. Bei der Begründung betonte der Vorsitzende, daß das Gericht die Tat des Angeklagten wegen der begleitenden Umstände — sehr milde beurteilt habe.

Und da gibt es noch Leute, die sich darüber wundern, daß die Erkenntnis von der Herrschaft der Klassenjustiz in immer weitere Kreise dringt und daß Landarbeiter den Gefilden Ostelbiens entfliehen, weil nach ihrer Ansicht vollkommene Rechtlosigkeit für sie dort herrscht.

Gegen das Urteil ist selbstverständlich Berufung eingelegt.

Unter der Maske der Alkoholbekämpfung.

Den Gegnern der Sozialdemokratie ist kein Mittel zu schlecht, wenn es gilt, der Arbeiterbewegung etwas anzuhängen. Vom Verband ostdeutscher Industrieller werden jetzt selbst Erhebungen über den Alkoholismus in Arbeiterkreisen zu tendenziösen Verdächtigungen sozialdemokratischer Arbeiter benutzt. Dieser Verband hat auf behördliche Anregung hin festzustellen versucht, welchen Erfolg seine seit Jahren gegen den Alkoholismus der Fabrikarbeiter gerichteten Bestrebungen gehabt haben. Zu diesem Zwecke hat er vor einiger Zeit die nachstehende Rundfrage an die Verbandsmitglieder ergehen lassen:

„1. Welche Maßnahmen haben Sie in Ihrem Betriebe zur Bekämfung des Alkoholismus getroffen?

2. Welche Erfolge haben Sie mit Ihren Maßnahmen erzielt?

3. Welche Beobachtungen haben Sie außerhalb Ihres Betriebes hinsichtlich des Alkoholgenusses Ihrer Arbeiter gemacht; insbesondere haben sich Arbeiter von Ihnen der Mäßigkeitsbewegung angeschlossen?

4. Haben Sie außer den vom Verband ostdeutscher Industrieller aufgestellten Leitsätzen noch Vorschläge zur Bekämpfung des Alkoholismus der Arbeiterschaft zu machen?"

Die eingelaufenen Antworten, die in Nr. 16 des Verbandsorgans ostdeutscher Industrieller veröffentlicht werden, sollen den Behörden, u. a. dem Kaiserlichen Statistischen Amt in Berlin, das darum gebeten hat, übermittelt werden. — Die antwortenden Industriellen sind nicht genannt, sondern mit laufenden Nummern bezeichnet. Eine Nachkontrolle der Wahrheit der Angaben ist also ausgeschlossen. Und das scheint im Interesse der Unternehmer auch sehr notwendig zu sein, denn hören wir nur, was für Wunderdinge von den alkoholfeindlichen Unternehmern entdeckt worden sind. Es wird geantwortet:

Auf Frage 1: Es ist Gelegenheit zum Wärmen von Kaffee, Tee oder anderen Getränken geboten, die im warmem Speiseraum eingenommen werden können. Betrunkene Arbeiter werden entfernt. Es kommen jedoch Agitatoren auf die offenen Holzfelder, welche Flugschriften verteilen und die Leute — vielfach Akkordarbeiter — in nahegelegene Wirtschaften einladen, um sie dort noch ungestörter behufs Beitritts zu den Organisationen zu bearbeiten.

Auf Frage 2: Direkte Maßnahmen konnten nicht getroffen werden. Vorhaltungen sind ohne Erfolg. Entlassungen bei wiederholter Trunkenheit werden als Maßregelung aufgefaßt und politisch in den Versammlungen ausgebeutet.

Zur Frage 3: Nein, uns ist nichts davon bekannt. Früher übte die katholische Kirche einen großen Einfluß auf die Trunkenbolde aus, indem sie die Leute zwang, dem Schnaps abzuschwören; heute hat diese Einwirkung sehr nachgelassen, wohl hauptsächlich infolge sozialdemokratischer Einflüsse.

Nur von wenigen meiner Arbeiter ist mir bekannt, daß sie außerhalb des Betriebes dem Alkoholismus huldigen. Der weitaus größte Teil meiner Arbeiter gehört teilweise den christlichen Arbeitervereinigungen und Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereinen an. Von beiden Vereinen ist mir bekannt, daß sie die Mäßigkeitsbewegung unterstützen.

Seit etwa 8 Jahren kommt es häufiger vor, daß Monteure, welche früher als durchaus nüchtern anzusehen waren, wenn sie hinausgeschickt wurden, schon bei der Arbeitsstelle betrunken anlangten. Ich kann diesen Umstand nur den Agitatoren zuschreiben, welche alle Mittel und Wege anwenden, um die Leute an sich zu fesseln, schließlich auch den Alkohol.

Außerhalb des Betriebes wird — seitdem die Löhne so erheblich in die Höhe gegangen sind — sehr viel getrunken, und die Familien haben unter dem Genuß von Alkohol sehr zu leiden. Vielfach sind an diesem übertriebenen Alkoholgenuß die hiesigen Frauen schuld, die für ordnungsmäßige Wirtschaft nicht sorgen und infolgedessen dem Mann den Aufenthalt in den Kneipen angenehmer machen als in der Häuslichkeit. In der Hauptsache aber wird von halbwüchsigen Burschen, welche noch vor der Militärzeit stehen, getrunken, während sich unter den älteren Leuten nur immer bestimmte Schnapstrinker befinden, die man leicht aus dem Betriebe ausschließen kann. Dagegen ist das Trinken unter den 18- bis 22jährigen Burschen in erschreckender Weise vorgeschritten. Es ist unglaublich, welche Verrohung gerade unter den jungen Leuten eingerissen ist.

Zur Frage 4: Es muß den Arbeitern Gelegenheit gegeben werden, sich in ihrer eigenen Wirtschaft zu betätigen. Die allmählich herabgesetzten Arbeitszeiten geben dem Arbeiter Veranlassung, seine freigewordene Zeit in Kneipen zu verleben. Schlechte Wohnungsverhältnisse, große Familie usw. treiben ihn aus seiner engen Mietswohnung. Eigenes Haus mit Gartenland hilft hier am meisten. Dies läßt sich zwar leider nicht überall durchführen, muß aber trotzdem allmählich angestrebt werden. Es geht langsam, aber es geht, wenn man nur will.

Von 30 Industriellen, die auf Frage 3 geantwortet haben, teilen 8 mit, daß sie sich — nicht erfolglos — bemühen, ihre Arbeiter Mäßigkeitsvereinen, wie „Blaues Kreuz" und „Guttemplerorden", zuzuführen.

Um die ganze Perfidie einiger dieser Auskünfte zu ermessen, muß man wissen, daß gerade die sozialdemokratischen Organisationen in Ostpreußen seit Jahren einen zähen und erfolgreichen Kampf gegen den Alkoholismus führen.

Versammlungen.

Ueber die wirtschaftliche Lage in der Stock- und Schirmindustrie sprach in einer kombinierten Versammlung der in der Stock- und Schirmindustrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen Genosse J. Hildebrandt. Der Redner behandelte jede der beiden Branchen gesondert. In der Stockindustrie herrscht in diesem Jahre eine große Arbeitslosigkeit, aber nicht nur in Berlin, sondern auch in der Provinz in allen in Betracht kommenden Orten. Arbeitseinschränkungen haben allerorts in bedeutendem Maße stattgefunden. Ebenso mißlich ist die Lage in Hamburg, wo der Unternehmerschutzverband alle Ränke benutzt, um den Arbeitern die in der guten Zeit errungenen Vorteile wieder zu entreißen. Auch sonst herrschen Mißstände, die die Stockarbeiter hart treffen. Für Werkzeug und Material werden den Leuten manchenorts Summen abgezogen, die in keinem Verhältnis zu deren Einkommen stehen. In Berlin war es in den letzten Monaten mit der Arbeitsgelegenheit außerordentlich schlecht bestellt, viele Mitglieder mußten sich nach einem anderen Erwerb umsehen. Redner behandelt eingehend die Heimarbeiterfrage, die für die in der Fabrik beschäftigten Kollegen schwere Schäden birgt. Während diese kürzer arbeiten und eine große Anzahl schon monatelang bummelt, werden jene immer mit Arbeit versorgt. Redner verbreitet sich über die Ursache der Krise, die den anarchistischen Wirtschaftszuständen entspringt und stets die Arbeiter mit voller Wucht treffe. Nachdem er noch den Arbeitsnachweis besprochen hatte, ging er auf den zweiten Teil seines Vortrages über, der die Schirmarbeiter betraf. Hier sind die Verhältnisse noch schlimmer. Die Schirmmacher sind überwiegend Heimarbeiter. Sie müssen jeden Tag abliefern und stundenlang auf die Aushändigung neuer Arbeit warten. Weder Zeit noch Fahrgeld erhalten sie ersetzt. Oft bringt ihnen abends um 7 Uhr der Hausdiener noch einen Pack Arbeit, dann wird die Nacht durchgearbeitet. Bei dieser Arbeitszeit kommen sie wohl in der guten Konjunktur, wenn die ganze Familie hilft, auf 40 M. und darüber, 18—20 M. die Woche ist aber der Durchschnittsverdienst. Das Schirmgewerbe ist übrigens außerordentlich vom Wetter beeinflußt, so daß Löhne von 10 M. die Woche keine Seltenheit sind. Die Unternehmer sind aber auch „Wohltäter". Sie richten mit Vorliebe einzelnen Arbeitern Ladengeschäfte ein. So machen sie diese Arbeiter von sich abhängig, und diesen wird regelmäßig der Betrag für gelieferte Waren in Raten abgezogen. So müssen diese armen Schlucker oft bei einem Wochenverdienst von 20 M. 10 M. als Rate abgeben. Die schwerreiche Firma Remak u. Silber in Berlin beschäftigt junge Mädchen an gefährlichen Maschinen. Diese Arbeiterinnen im Alter von 15—16 Jahren erhalten 7 M. Wochenlohn. Als ein solches Mädchen an einer derartigen Maschine, die noch ohne Schutzvorrichtung war, verunglückte, sagte der Werkführer, ein Gemütsmensch, das Mädchen „solle den Unfall gar nicht anmelden. Uebrigens arbeite es gar nicht bei Remak u. Silber, sondern bei ihm selbst." So wird versucht, Arbeiter um ihre ihnen zustehenden Rechte zu bringen.

Mit den Schirmnäherinnen steht es auch sehr schlecht. Auch ihre Arbeit ist nur Saisonarbeit. Das Garn müssen sie selbst liefern. Die Nähmaschine, die stets auf Abzahlung genommen ist, kann nur 2—3 Jahre benutzt werden. Die Feuerung zum Trocknen und Dämpfen der Schirme geht auch vom Verdienst ab. Außerdem braucht man für diese Arbeit gewöhnlich einen besonderen Raum. In einem Geschäft verdient eine bessere Arbeiterin auf Muster ganze 7 M. die Woche. Der Unternehmer aber erhält auf diese Muster große Aufträge und steckt den Profit ein. Redner schließt mit einem wuchtigen Appell an die Anwesenden, nicht nur sich gewerkschaftlich zu organisieren, sondern auch mit allen gebotenen Mitteln auf die Gesetzgebung einzuwirken.

Die nachfolgende Diskussion brachte noch viele Ergänzungen zu dem Referat und förderte trübe Bilder aus der Stock- und Schirmbranche zutage. — Ein Antrag, den Ueberschuß vom Sommerfest an die ausgesteuerten Kollegen zu verteilen und vom Fonds einen Zuschuß zu leisten, damit am Sonnabend je 6 M. ausgezahlt werden können, wird angenommen. Desgleichen eine Resolution, die sich gegen die Beschäftigung junger Mädchen an gefährlichen Maschinen wendet.

Die Zahlstelle Berlin des Zentralverbandes der Schuhmacher hielt am 19. August bei Boeker in der Weberstraße eine gutbesuchte Generalversammlung ab, die sich hauptsächlich mit dem Geschäfts- und Kassenbericht für das zweite Quartal beschäftigte. Der Kassenbericht lag den Mitgliedern vervielfältigt vor. Die Abrechnung der Zentralkasse schließt mit der Bilanzsumme von 12 466,50 M. An die Hauptkasse wurden 4301,53 M. abgeführt; für Arbeitslosenunterstützung wurden aus der Zentralkasse 1670,15 M., für Krankenunterstützung 3207 M. ausgegeben, für Unterstützung Gemaßregelter 187 M. Die Bilanzsumme der Lokalkasse beträgt 11 447,31 M. Für Streiks im In- und Auslande sowie am Ort wurden aus dieser Kasse 821,60 M. ausgegeben. Die Kapitalanlage der lokalen Zuschußkasse stieg von 5364,89 M. auf 5427,76 M. An Zuschuß zur Arbeitslosenunterstützung wurden 387,40 M., zur Streikunterstützung 174,10 M., zur Gemaßregeltenunterstützung 39,30 M. gezahlt. — Mitglieder hatte die Zahlstelle am Quartalsschluß 2874.

Der Geschäftsbericht, den der Zahlstellenbeamte Hildebrandt gab, zeugte von einer sehr umfangreichen Tätigkeit. Es wurden im verflossenen Quartal nicht weniger als 125 Versammlungen, Sitzungen und Konferenzen abgehalten. In mehreren Betrieben kam es zu Streitigkeiten mit den Unternehmern, die die Krise zur Verschlechterung der Lohn- und Arbeitsbedingungen auszunutzen suchten. In den meisten Fällen gelang es, die Verschlechterung abzuwehren, teils auch kleine Verbesserungen zu erzielen. Der Redner wies darauf hin, daß bei der großen Arbeitslosigkeit festes Zusammenhalten in der Organisation doppelt notwendig ist. — Dalli, Vertreter der Schoßbranche, berichtete ebenfalls über eine eifrige Organisations- und Agitationstätigkeit. 43 Werkstattkonferenzen und 7 andere Versammlungen und Sitzungen wurden in dieser Branche, deren Tarifvertrag im nächsten Jahre abläuft, abgehalten.

Der Generalversammlung lag ein Antrag zur Aufhebung des 5 Pfg.-Extrabeitrages vor, der die vom Verbandstag beschlossene Erhöhung der Verbandsbeiträge um 5 Pf. ausgleichen sollte. Der Antrag wurde jedoch gegen wenige Stimmen abgelehnt, nachdem sich allgemein die Ueberzeugung geltend gemacht hatte, daß ein starker Lokalfonds namentlich mit Rücksicht auf den Ablauf des Schoßarbeitertarifes notwendig ist.

Der zweite Punkt der Tagesordnung, Bericht vom Gewerkschaftskongreß, wurde zur nächsten Versammlung vertagt. Ausgeschlossen wurde der Zwicker Strassel, weil er betrügerischerweise Arbeitslosenunterstützung bezog, ohne arbeitslos zu sein und sich auch sonst unsolidarisch benommen hat.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Lindenstraße Nr. 3, zweiter Hof, dritter Eingang, vier Treppen, Fahrstuhl wochentäglich abends von 7½ bis 9½ Uhr statt. Geöffnet 7 Uhr Sonnabends beginnt die Sprechstunde um 6 Uhr. Jeder Anfrage ist ein Buchstabe und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Auskunft wird nicht erteilt. Bis zur Beantwortung im Briefkasten können 14 Tage vergehen. Eilige Fragen trage man in der Sprechstunde vor.

H. M. 86. Es gibt keine bayerische, preußische, deutsche usw. Kirche, sondern eine protestantische, katholische usw. Kirchengemeinde. Sie teilen dem Gericht mit: Ich will aus der protestantischen Kirchengemeinde, der ich angehöre, ausscheiden und beantrage die Aufnahme meiner Austrittserklärung. Gleichviel ob Sie dann eine Ladung bekommen oder nicht, erscheinen Sie zwischen dem 29. und 42. Tage nach Ankunft Ihres Gesuchs auf dem Amtsgericht und geben dort Ihre Austrittserklärung zu Protokoll. — **Frede.** Leider bleibt nichts übrig, als noch einmal bei der Steuerdeputation einzukommen. — **12.** Gewiß ist das möglich. — **G. G.** Die Entscheidung des Reichsgerichts kann ruhig abgewartet werden, ohne daß Ihr Sohn einen Anwalt bestellt. — **W. K. 100.** In der Wohnung zu musizieren, ist nicht verboten. Nur darf die Musik nicht in ruhestörenden Lärm ausarten. — **M. T. 62.** 1. Ja. 2 und 3. Nein. 4. Zwecks Ehescheidung ist zunächst Sühnetermin bei dem Amtsgericht zu beantragen, in dessen Bezirk der Ehemann wohnt. Alsdann ist durch einen Rechtsanwalt die Klage beim Landgericht anzustellen. — **Hh.** Nein. — **M. H. 30.** 1. und 2. Sie sind im Irrtum. Eine Ehe kann keineswegs nach einjähriger faktischer Trennung geschieden werden. Den Scheidungsgrund der böslichen Verlassung nimmt das Gesetz erst dann als vorhanden an, wenn ein Ehegatte den andern verläßt, wenn hierauf eine Klage auf Herstellung des ehelichen Lebens angestellt, eine Verurteilung erfolgt und der verlassende Teil trotz Bereitwilligkeit der Aufnahme durch den anderen innerhalb eines Jahres das eheliche Leben nicht wieder herstellt. Eine einfache Aufforderung zur Rückkehr genügt keineswegs. 3. Nein. — **P. K.** 1. Ja. 2. Nein. — **G. K. 36.** Eine ausgeklagte Forderung verjährt erst in 30 Jahren und zwar fängt von der Vornahme einer Pfändung ab die Verjährungsfrist immer von neuem zu laufen an. In Ihrem Falle würde also frühestens im Jahre 1936 Verjährung eintreten.

Witterungsübersicht vom 21. August 1908, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C.	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C.
Swinemünde	763	OSO	2	heiter	17	Haparanda	762	Still		wolkenl	8
Hamburg	760	SO	3	wolkig	15	Petersburg	755	NW	3	bedeckt	9
Berlin	762	NO	2	wolkenl	17	Scilly	751	SSW	5	Regen	15
Frankf. a. M.	761	SW	1	wolkig	17	Aberdeen	762	N	1	bedeckt	11
München	762	S	1	wolkig	16	Paris	760	SSW	2	bedeckt	18
Wien	764	NO	1	wolkenl	15						

Wetterprognose für Sonnabend, den 22. August 1908.

Etwas kühler, zeitweise heiter aber veränderlich mit leichten Regenfällen und mäßigen westlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Sonnabend, den 22. August.
Anfang 7½ Uhr.

Königl. Opernhaus. Madame Butterfly.
Königl. Schauspielhaus. Wallensteins Lager. Die Piccolomini.
Neues königl. Opernthea ter. Meistersinger. Anfang 6½ Uhr.
Deutsches. Ein Sommernachtstraum.
Kammerspiele. Frühlings Erwachen. Anfang 8 Uhr.
Anfang 8 Uhr.
Lessing. Der Raub der Sabinerinnen.
Neues. Baccarat.
Neues Schauspielhaus. Die Dollarprinzessin.
Kleines. 2×2=5.
Komische Oper. Der Zerrissene.
Residenz. Der Floh im Ohr.
Hebbel. Cyprienne.
Lustspielhaus. Die blaue Maus.
Trianon. Fräulein Josette — meine Frau.
Westen. Ein Walzertraum.
Schiller O. (Wallner-Theater.) Die Jüdin.
Schiller Charlottenburg. Das Stiftungsfest.
Friedrich-Wilhelmstädt. Schauspielhaus. Die Diebin.
Luisen. Suse.
Thalia. Mitternachtsmädchen.
Bernhard Rose. Das Geheimnis von New York.
Metropol. Das muß man seh'n.
Apollo. Vera Violetta. Spezialitäten.
Gebrüder Herrnfeld. Das kommt davon. Vorher: Es lebe das Nachtleben.
Passage. Spezialitäten.
Berliner Prater. Die Welt ein Paradies. Anfang 7 Uhr.
Carl Haverland. Spezialitäten.
Gustav Behrens. Die Guldenprinzessin. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Walhalla. Spezialitäten.
Urania. Taubenstraße 48/49. Abends 8 Uhr: Von der Zugspitze zum Watzmann.
Sternwarte. Invalidenstr. 57/62.

Hebbel-Theater
Königgrätzer Str. 57/58. Anf. 8 Uhr.
Cyprienne.
Lustspiel in 3 Aufz. v. Sardou u. Rafas.

Neues Theater.
Abends 8 Uhr:
Baccarat.
Sonntag: Der Dieb.
Montag: Baccarat.

Kleines Theater.
Sonnabend, den 22. August cr., Anfang 8 Uhr:
2 mal 2 = 5.
Sonntag: 2 mal 2 = 5.
Montag: 2 mal 2 = 5.
Dienstag: 2 mal 2 = 5.

Urania.
Wissenschaftliches Theater.
Taubenstraße 48/49.
Abends 8 Uhr:
Von der Zugspitze zum Watzmann.

Zoologischer Garten
Täglich nachm. 5 Uhr:
Gr. Militär-Doppel-Konzert
Eintritt 1 M.
von abends 6 Uhr ab 50 Pf., Kinder unter 10 Jahren — — die Hälfte. — —

Passage-Panoptikum.
Ohne Extra-Entree.
Der Riese aller Riesen Pisjakoff
Eintritt 50 Pf. Kinder, Soldaten 25 Pf.

Passage-Theater.
Abends 8 Uhr:
BELLINI
der König aller Gedankenleser
mit seinen noch nie gesehenen, ans Unglaubliche grenzenden Gedankenübertragungen
Das großartige August-Programm! Grete Gallus, Fritz Steidl usw. usw.

Walhalla-Variete-Theater
Weinbergsweg 19/20, Rosenth. Tor.
Heute im Garten: Gala-Sommerfest. Eine Knallnacht a. d. Weinbergsweg. Näheres die Anschlagsäulen.
Anf. 6 Uhr. Kassenöffnung 4 Uhr. Bei ungünst. Witterung f. d. Fest im Theater, Tunnel u. Spiegelsaal statt.

Schiller-Theater.
(Wallner-Theater.) Morwitz-Oper.
Sonnabend, abends 8 Uhr: Populäre Vorstellung b. halb. Preisen: **Die Jüdin.**
Sonntag, nachm. 3 Uhr: bei halben Preisen: **Die Afrikanerin.**
Sonntag, abends 8 Uhr: Gastspiel **Heinrich Bötel: Der Troubadour.**
Schiller-Theater Charlottenburg.
Sonnabend, abends 8 Uhr: Zum erstenmal: **Das Stiftungsfest.**
Sonntag, nachm. 3 Uhr, **Stein unter Steinen.**
Sonntag, abends 8 Uhr: **Das Stiftungsfest.**

Castan's Panoptikum 165 Friedrichstr. 165
Ohne Extra-Entree! × × × × Stündliche Vorstellung!
Goldini, Illusionist.
Neu! Orig. Wiener-Damen-Schrammelkapelle.
Vereinsbilletts: halbe Preise.

Lustspielhaus.
Abends 8 Uhr:
Die blaue Maus.

Winter-Garten
Eröffnungs-Programm.
The Zancigs — Joseph Josephi, Sänger — Ephraim Thompson, dressierte Elephanten — Okabe, Japaner-Truppe — Die 5 Mowatts, Keulen-Jongleure — Die 12 Tiller Girls, Engl. Gesangs- u. Tanztruppe — Cornalia und Eddie, Amerikanische Excentrics — Der Zukunftspreis, Wettrennen m. lebenden Pferden. Karl Hertz, Zauberkünstler. Boyer de Lafory, französ. Sängerin. **Der Biograph.**

Diez' Spezialitäten-Theater
Landsberger Allee 76/79, direkt Ringbahn-Station. Bequemste Fahrgelegenheit nach allen Stadtrichtungen.
Ob schön! Ob Regen!
Täglich:
Das neue und beste Programm Berlins.
Anf. 8 Uhr, Entree Wochent. 20, Sonntags 30 Pf.
Täglich: Volksbelustigungen aller Art.

Metropol-Theater
Zum 338. Male:
Das muß man seh'n.
Revue in 12 Bildern m. Ges. und Tanz.
Anfang 8 Uhr. Rauchen gestattet.

Apollo Theater
Ab 8 Uhr: Die Attraktions-Novitäten.
9¼ **Vera Violetta.** 9¼
Vaudeville-Operette von Ed. Eysler.
10¼: **Graf Zeppelin** auf seiner großen Fahrt.
Ab 7½ Uhr: Konzert im Theatergart.

Parodie-Theater
Dresdener Straße 97.
Heute:
Cavalleria-Rusticana und die urkomische Burleske **„Berlin steht Kopp".**
Anfang Sonnt. 8, Wochent. 8½ Uhr.

Fröhels Allerlei-Theater.
Schönhauser Allee 148.
Täglich:
Mit vollen Segeln.
Lebensbild in 3 Akten.
Dazu
erstklassige Spezialitäten.

Theater des Westens.
Allabendlich 8 Uhr:
Ein Walzertraum.
Operette von Oskar Strauß.

Residenz-Theater.
— Direktion: Richard Alexander. —
Abends 8 Uhr:
Der Floh im Ohr.
Schwank in 3 Akten von G. Feydeau. Deutsch von Wolff-Jacoby.
Morgen und folgende Tage: Der Floh im Ohr.

Luisen-Theater.
Abends 8 Uhr:
Suse.
Täglich: Suse.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Das Schloß am Meer.

Friedrich-Wilhelmstädtisches
8 Uhr. **Schauspielhaus.** 8 Uhr.
Sommerspielzeit. Leitung v. G. Pilz.
Sonnabend, den 22. August 1908:
Die Diebin. (Leah Kleschna.) Sensationsschauspiel in 4 Akten von C. M. S. Mc. Lellan.
Sonntag: Ein Rabenvater.

Bernhard Rose Theater
Gr. Frankfurter Str. 132.
Das Geheimnis v. New York
Anf. 8 Uhr. Sommerpreise.
Auf der Gartenbühne:
Theatervorstellung. Spezialitäten.
Anfang 4½ Uhr.

Gebrüder Herrnfeld-Theater.
Anfang 8 Uhr. Vorverk. 11-2 Uhr.
57 Kommandantenstr. 57
Das kommt davon!
mit dem Vorspiel:
Es lebe das Nachtleben.
Komödie in 3 Akten von Anton und Donat Herrnfeld.

Berliner Prater-Theater
Kastanien-Allee 7—9.
Berlin wie es weint und lacht.
Volksstück mit Ges. in 3 Akten und erstklassige Spezialitäten.
Anf. Sonnt. 4 Uhr, Wochent. 4½ Uhr.
Im Saale: Täglich gr. Ball.

W. Noacks Theater
Direktion: Rob. Dill. Brunnenstr. 16.
Große Extra-Vorstellung.
Der Wilderer.
Volksstück in 5 Akten von Geyräcker.
Anf. d. Konzerts 7, d. Vorstellung 8 Uhr.
Während und nach der Vorst.: Tanz.
Morg. u. folgende Tage: Angekingt.

Reichshallen-Theater
Täglich:

Stettiner Sänger.
Anf. Wochentags 8 Uhr, Sonntags 7 Uhr.
Reichshallen-Garten und Restaurant: Militär-Konzert.

Schweizer Garten.
Am Königstor — Am Friedrichshain.
Täglich: Theater-Vorstellung, Spezialitäten und Ball.
Jeden Abend 10 Uhr: **Berliner Leben.** Volksstück mit Gesang in 3 Bildern.
Jeden Mittwoch: **Kinderfreudenfest.** Volksbelustigungen. Kinematograph. Entree 30 Pf.
An Wochentagen ist Saal u. Garten an Vereine zu Festlichkeiten zu vergeben.

Brunnen-Theater
Badstraße 58. Direkt.: Willi Voigt.
Täglich:
Der jüngste Leutnant.
Erstklassige Spezialitäten.
The Heros. Kurt Ellys. Paul Caradini, Mr. King und Miß Cooke. Röglers 8 wilde Königssöhne.
Eröffnung 2 Uhr. Anfang 4½ Uhr.
Vorverkauf von 10 Uhr ab.
Mittwoch, 26. August: 40jähriges Bühnenjubiläum von Karl Möller.

Gustav Behrens-Theater, Goltzstr. 9.
Wiedereröffnung heute, Sonnabend, den 22. August:
Neu! Neu! Neu!
Die Guldenprinzessin.
Operette.
Wiederauftreten von Gustav Behrens und 10 erstklassige Spezialitäten.
Dudfes Kinematograph.
Anfang 8 Uhr. Sonntags 6 Uhr

Das tägliche Ziel vieler 1000 Schaulustiger bildet die
Hagenbeck-Schau
Berlin, König-, Ecke Neue Friedrichstraße. 213/8*
Täglich abends 8 Uhr: Große Vorstellung.
Jeden Sonntag, Mittwoch u. Sonnabend 2 große Vorstellungen, nachm. 4 u. abends 8 Uhr.
Jeden Sonntag von 11 Uhr vorm. bis 12½ Uhr Besichtigung u. Fütterung der Raubtiere.
Jeden Wochentag ab 10 Uhr vorm. bis 12½ Uhr mittags hochinteressante Raubtierdressur-Proben.
Besichtig. u. Fütterung d. Raubtiere geg. ein Entree v. 50 Pf. f. Erwachs. u. 25 Pf. f. Kinder.

Sozialdemokr. Wahlverein für den 6. Berl. Reichstagswahlkreis
7. und 8. Abteilung (Moabit).

Sonntag, den 23. August 1908 in „Prachtsäle Nordwest" (Inh. Brüning), Wiclefstr. 24:

Konzert u. Theateraufführungen.

Nach der Vorstellung: **BALL.** Herren, die daran teilnehmen, zahl. 50 Pf. nach.

Anf. 7 Uhr. ◆ Billett 30 Pf. ◆ Kinder frei.

Kassenverkauf findet nicht statt. — 229/1*

Um zahlreichen Besuch bittet **Das Komitee.**

Zentralverband der Lederarbeiter.

Filiale I Berlin.

Sonntag, vormittags 10 Uhr:

Mitglieder-Versammlung

im Lokal des Herrn Schmidt, Prinzen-Allee 33.

Tages-Ordnung:

1. Stellungnahme zum Tarifvertrag. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung ist zahlreiches und pünktliches Erscheinen notwendig. 144/12

Der Vorstand.

Von der Michaelbrücke an der Michaelkirchstraße heute Sonnabend, 10 Uhr vorm.: Extrafahrt mit Musik nach Woltersdorfer Schleuse. 9½ Uhr abends Mondscheinfahrt mit Musik nach Müggelwerder mit Rundfahrt auf dem Müggelsee. Daselbst: Großer Ball.

Montag 10 Uhr vorm. nach Neue Mühle. 2 Uhr nachm. nach Woltersdorfer Schleuse. 11375

Dienstag 10 Uhr vorm. und 2 Uhr nachm. nach Ziegenhals.

Jede Fahrt hin und zurück kostet nur 50 Pf. Reederei **G. Zachow.**

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Hof I. Amt III. 1239. — Verwaltungsstelle Berlin. Charitéstraße 3. — Haupt-Bureau: Hof III. Amt III. 1987.

Sonntag, den 23. August 1908, vormittags 10 Uhr:

Allgemeine Versammlung

der

Rohrleger und Helfer Berlins und Umgegend

im Gewerkschaftshaus, Engelufer 15, Saal 4.

Tages-Ordnung:

1. **Der gegenwärtige Stand unserer Tarifbewegung.**

Referent: Kollege **Handke.** 2. Diskussion. 121/13

Kollegen! Der Tag, an dem der gegenwärtige Tarif abläuft, rückt immer näher; darum soll in dieser Versammlung die Entscheidung getroffen werden, wie wir unser ferneres Verhalten einrichten. Es ist aber notwendig, daß ein jeder Kollege über die Antwort der Arbeitgeber unterrichtet ist. Deshalb ist es Pflicht eines jeden von Euch, in dieser Versammlung zu erscheinen. In Eurem eigenen Interesse agitiert für einen guten Versammlungsbesuch! Keiner darf fehlen! Ein jeder muß zur Stelle sein!

Die Versammlung wird pünktlich eröffnet.

Mit kollegialem Gruß

Deutscher Metallarbeiter-Verband, Ortsverwaltung Berlin.
Verband der Kupferschmiede, Filiale Berlin.
Verband der Schmiede, Zahlstelle Berlin.

Die Vertrauensmänner der Rohrleger und Helfer von den drei Organisationen werden ersucht, am Sonntag, vormittags 8½ Uhr, Saal 7 des Gewerkschaftshauses zu sein.

Sozialdemokratisch. Wahlverein **Rixdorf.**

Todes-Anzeige.

Am Donnerstag, den 20. August, verstarb unser Parteigenosse, der Bauarbeiter

Fritz Leonhardt.

(14. Bezirk.)

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Sonntag, den 23. d. M., nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Rixdorfer Kirchhofes, Mariendorfer Weg, aus statt.

Rege Beteiligung erwartet

236/9 **Der Vorstand.**

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands.

Zweigverein Berlin.

Sektion der Gips- und Zementbranche.

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser treues Mitglied, der Rabitzspanner

Fritz Leonhardt

am 20. August nach langer Krankheit verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Sonntag, den 23. August, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Rixdorfer Friedhofes, Mariendorfer Weg, aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht

139/7 **Der Vorstand.**

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.

Todes-Anzeige.

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schlosser

Richard Sandau

am 21. d. Mts. gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Sonntag, den 23. August, nachmittags 5 Uhr, vom Trauerhause, Lütticherstr. 66 aus statt.

Rege Beteiligung erwartet

121/4 **Die Ortsverwaltung.**

Danksagung.

Allen Freunden und Kollegen für die Teilnahme an der Beerdigung meiner lieben Frau 40512

Auguste Czarnecki,
geb. Bütow

besonders dem Verband der freien Gast- und Schankwirte, sagen wir hiermit unseren herzlichsten Dank.

Franz Czarnecki nebst Kindern.

Neue Welt

Hasenheide 108—114.

Gr. Bayerisches Kellerfest

Baron Muckls

Original-Bauernkapelle.

Heute im Riesensaale!

Großer Ball.

Entree 25 Pf.

Sanssouci, Kottbuser Straße 6.

Direktion Wilhelm Reimer.

Sonntag, Montag und Donnerstag:

Große Elite-Soiree

und

Tanzkränzchen.

Beg. Sonnt. 5, wochent. 8 U.

Morgen:

Berliner Sänger. Tanz.

Volksgarten-Theater

— am Bahnhof Gesundbrunnen. —

Sonnabend, den 22. August 1908:

Sommerfest

der

vereinigten Nord-Klubs.

Sommernachts-Ball.

Ostbahn-Park

Am Küstrinerplatz, Rüdersdorferstr. 71

Hermann Imbs.

Täglich:

Großes Konzert,

Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.

Max Kliems

Sommer-Theater.

— Hasenheide 13—15. —

Artistische Leitung: Bernhard Lange

Täglich: **Großes Konzert, Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.**

Mittwoch: Kinderfest.

Donnerstag: Elite-Tag.

Bitte ausschneiden!

Vorzugsbillett!

Vitascope-Theater,

110 Invalidenstraße 110

zirka 700 Personen fassend, gültig für 1—4 Personen

statt 75 Pf. nur 50 Pf.
„ 50 „ „ 30 „
„ 30 „ „ 20 „

Sonnabend, Sonntag ungültig.

Hygienische Bedarfsartikel,

Gummiwaren, 1000e Anerk. V. Prof. u. Aerzt. empf., bill. Apoth. S. Schweitzers Fab. hyg. Präp., Berlin O., Holzmarktstr. 69-70. Preisl. gratis.

Sozialdemokratischer Wahlverein Rixdorf.

Mittwoch, den 26. August, abends 8½ Uhr:

Mitglieder-Versammlung

in Hoppe's Festsälen, Hermannstraße 49.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Schriftstellers Genossen **Heinrich Schulz** über: **Weiterbildung in Theorie und Praxis.** 2. Diskussion. 3. Wahl eines Bildungsausschusses. 4. Verschiedenes. 236/8

Genossinnen und Genossen! Agitiert rege für diese Versammlung.

Zahlreichen Besuch erwartet **Der Vorstand.**

Sonntag, den 23. August: **Große Dampfer-Extrafahrt** mit Musik nach **Sportshaus Ziegenhals** zum Pilzsuchen. 11355

Herrlich am Krossinsee gelegen.

Abfahrt vormittags 9 Uhr, nachmitt. 2¾ „ } ab Schillingsbrücke. Hin und zurück 0,75.

Sonnabend, 22.: **Mondscheinfahrt** mit Musik. Abf. abends 9¼ U.

Reederei Kahnt u. Hertzer, Stralauerbrücke. Hin und zurück 0,50.

M. Mörschel.

Voigts Krampenbury **Berliner Alpen.**

Sonntag, den 23. August 1908:

Große Extra-Dampferfahrt.

Abfahrt **8.30** Station Stern-Gesellschaft, Brandenburger Ufer (Ecke Jannowitzbrücke). Fahrt: hin 50 Pf., retour 50 Pf. Abf. **8.30.**

Tanz. Großes Schlachtefest. Feuerwerk. R. Voigt.

Gänse! Gänse!

Mit dem heutigen Tage beginne wieder, wie alljährlich, mit dem Verkauf sämtlicher

Gänse-Artikel.

Empfehle täglich frisch in großer Auswahl

Oderbrucher Fettgänse

Gänseklein, Gänsekeulen, frisch u. gepökelt, **Gänsefleisch** mit Keulen, **Gänse-Knochenfleisch, Gänselebern** a Pfd. 1,20 M., **Gänseliesen** a Pfd. 1,20 M., **Gänsehaut, Gänse-Pökelfleisch** u. **Gänse-Rümpfe.** 150/12

Frisches Gänseschmalz, garantiert rein, a Pfund **1,20 M.**

Pr. Spickgans (Rollbrust), Räucherkeule, beste Gänsegrieben und Gänseleberwurst usw.

Hermann Leißner, Berlin C., Klosterstr. 95, Eckhaus Kaiser-Wilhelmstr. 11.

Rohrkörbe aus ganzen Rohrstangen gearbeitet, billige für jeden Wirtschaftsbetrieb, 3mal länger haltbar als Weidenkörbe; dabei leicht und ansehnlich. Kaufe direkt von der Rohrkorbfabrik

Julius Treibar, Grimma 134.

Festsäle

für kommende Saison unter günstigen Bedingungen zu vergeben, auch ohne Kaffeetafel.

City-Hotel

Dresdener Straße 52/53.

Dr. Schünemann

Spezial-Arzt für 36462*

Haut- und Harnleiden, Frauenkrankheiten.

Friedrichstr. 203, Ecke Schützenstr.

10—2, 5—7, Sonnt. 10—12 Uhr.

Eine Mark

wöchentliche Teilzahlung liefere elegante fertige 15088

Herren-Garderoben

Ersatz für Maß.

Anfertigung nach Maass.

Tadellose Ausführung.

Julius Fabian,

Schneidermeister,

Gr. Frankfurterstr. 37, u.

Eingang Strausberger Platz.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Berlin.

Branche der Vergolder.

Montag, den 24. August, abends präzise 8 Uhr, in den Arminhallen, Kommandantenstr. 58/59:

Branchen-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Kollegen **Richard Leopold.** 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. 89/5

Vollzähliges Erscheinen erwartet **Die Branchenleitung.**

Branche der Musikinstrumenten-Arbeiter.

Montag, den 24. August, abends 8½ Uhr, im Gewerkschaftshause, Engelufer 15, Saal I:

Branchen-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Landtagsabgeordneten **Ströbel** über das Thema: **„Jugendorganisation".** 2. Branchenangelegenheiten. 3. Verschiedenes.

Mitgliedsbuch legitimiert.

Um zahlreiches Erscheinen wird ersucht.

Die Vertrauensleute werden ersucht, die Kollegen auf die Versammlungskontrollzettel in den Mitgliedsbüchern aufmerksam zu machen.

Die Branchenleitung.

Möbelpolierer.

Donnerstag, den 27. August, abends 8 Uhr, in den „Andreas-Festsälen", Andreasstraße 21:

Branchen-Versammlung der Möbel- und Stuhlpolierer sowie Magazinarbeiter und Beizer.

Tages-Ordnung:

„Sozialpolitische Gesetzgebung":

a) Krankenversicherung; b) Unfallversicherung; c) Invalidenversicherung.

Referent: Genosse **Eugen Brückner.**

Diskussion. — **Stellungnahme zur Resolution über die Arbeitsvermittelung.**

In Anbetracht der Wichtigkeit der Tages-Ordnung ist es geradezu eine Pflicht unserer Berufskollegen, pünktlich und zahlreich zu erscheinen. **Die Branchenleitung.**

Zentralverband deutscher Brauereiarbeiter

Zweigverein Berlin. — Sektion I u. II.

Geschäftsstelle Berlin O. 54, Mulackstr. 10, I. — Fernsprecher Amt III, 4518.

Sonntag, den 23. August 1908, nachmittags 1½ Uhr, im **Gewerkschaftshause,** Engelufer 15 (großer Saal):

Gemeinsame Versammlung

Tages-Ordnung:

Berichterstattung vom Gewerkschaftskongreß und vom Verbandstage. — Diskussion. 43/13

In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung ist das rechtzeitige Erscheinen aller Mitglieder erforderlich. **Die Ortsverwaltungen.**

Vereine!! Achtung!! Gewerkschaften!!

Neue Armin-Hallen

Kommandantenstr. 58/59. — Fernspr. IV. 10155.

Säle von 50—1000 Personen fassend.

Gute Beleuchtung! 6 Vereinszimmer. 11009

Sonnabende und Sonntage dieses und nächstes Jahr noch frei.

Prachtsäle Nord-West

Wiclefstr. 24. Fernspr. II 7520. **Wiclefstr. 24.**

Empfehle meine großen und kleinen Säle mit schönen Bühnen zur Abhaltung von Privat- und Vereinsfestlichkeiten, Versammlungen und Ausstellungen. Habe noch mehrere **Sonnabende** und **Sonntage** zu vergeben.

37542* Hochachtungsvoll **Wilhelm Brüning.**

Nathan Wand

129 Skalitzer Str. 129.

Die schönsten 37492*

Herren-Sommer-Paletots und Anzüge in neu sowie spezell

Monats-Garderobe

von Kavalieren getragene Sachen, fast neu, für jede Figur passend, speziell Bauchanzüge sind in großer Auswahl stets zu staunend billigen Preisen zu haben.

Nathan Wand

129 Skalitzer Str. 129.

Hochbahnstation Kottbuser Tor.

Bitte auf Hausnummer zu achten.

Der ganze Rest „Anzügen,

von der Konkursmasse

„Blitz"

herstammend, kommt bis zu [185/13*

50% unter Preis

zum Verkauf,

staunenerregend billig.

9 Rosenthaler Straße 9.
85 Chausseestraße 85.
137 Gr. Frankfurterstr. 137
24 Kottbuser Damm 24.
Schöneberg
10 Hauptstraße 10.

Verantwortlicher Redakteur: Hans Weber, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Partei-Angelegenheiten.

Tegel. Sonntag früh 8 Uhr findet eine Handzettelverteilung von den bekannten Bezirkslokalen aus statt. Der 7. Bezirk von Hermes, Schlieper- und Schöneberger Straßen-Ecke. — Montag abends 8½ Uhr bei Trapp (Inh. Trebesch) öffentliche Versammlung. Die Genossinnen und Genossen ersucht der Vorstand um Agitation für regen Besuch.

Stralau. Dienstag, den 25. d. M., abends 8½ Uhr: Mitgliederversammlung in der „Perle“, Alt-Stralau 21. Tagesordnung: Bericht von der Kreis-Generalversammlung und der Verbands-Generalversammlung von Groß-Berlin. Abrechnung von der Landtagswahl und vom Volksfest. Stellungnahme zur Abhaltung eines Bildungskursus in diesem Winter. Verschiedenes. Die Genossinnen werden ersucht, zu dieser Versammlung vollzählig zu erscheinen.

Es sei nochmals auf den am Sonntag, den 23. d. M., stattfindenden Ausflug hingewiesen. Treffpunkt früh 6 Uhr bei Gundlach, Markgrafendamm 8. Abfahrt vom Schlesischen Bahnhof 7.01. Zahlreiche Beteiligung erwartet Der Vorstand.

Johannisthal. Dienstag, den 25. d. Mts., abends 8 Uhr: Mitgliederversammlung des Wahlvereins bei Franz Erdmann, Friedrichstraße 6. Tagesordnung: 1. Vortrag: „Die Arbeiterschaft im Staat und ihre Gleichberechtigung“. Referent Eugen Brückner. 2. Bericht von der Kreisgeneralversammlung. 3. Bericht von der Generalversammlung Groß-Berlin. 4. Vereinsangelegenheiten. Um zahlreiches Erscheinen und Mitbringen der Frauen ersucht Der Vorstand.

Zossen. Am Mittwoch, den 26. August, abends 8½ Uhr, findet im P. Kurznerschen Lokal die ordentliche Wahlvereinsversammlung statt. Tagesordnung: 1. Vereinsmitteilungen. 2. Bericht von der Kreis-Generalversammlung. 3. Bericht von der Verbands-Generalversammlung. 4. Die Frauenfrage. 5. Verschiedenes. Zahlreiches Erscheinen erwartet Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Die Ausübung der „Schulpolizei“

gehört zu den wenigen Polizeibefugnissen, die in Berlin der Gemeindeverwaltung überlassen worden sind. Sie besteht in der Verfolgung der unentschuldigten Schulversäumnisse, die in den Gemeindeschulen vorkommen. Die „Städtische Polizeiverwaltung“ (wie stolz das klingt!) hat jetzt ihren Jahresbericht über das Verwaltungsjahr 1907/08 erstattet. Bezüglich der „Schulpolizei“ entnehmen wir ihm, daß in dem genannten Jahr die Zahl der für Schulversäumnisse festgesetzten Strafen wieder gestiegen ist.

Sie belief sich auf 10 133 Strafen, durch die den Eltern Geldstrafen im Gesamtbetrage von 31 734 M. eventuell 18 427 Tage Haft auferlegt wurden. Im vorhergehenden Jahre waren 9907 Strafen festgesetzt worden, die aber insgesamt auf 34 313 Mark Geldstrafe eventuell 19 428 Tage Haft lauteten. Werden hierzu die Straffälle gerechnet, die aus den Vorjahren unerledigt mit hinübergenommen wurden, so waren zu erledigen: im Jahre 1907/08 überhaupt 12 659 Fälle mit 42 479 Mark Geldstrafe oder 24 272 Tagen Haft, im Jahre 1906/07 gleichfalls 12 659 Fälle, aber mit 45 814,50 Mark Geldstrafe oder 25 736 Tagen Haft. In 1907/08 wurden nur 10 230 Fälle erledigt, in 1906/07 waren nur 10 133 Fälle erledigt worden (zufällig genau soviel, wie dann in 1907/08 wieder neu hinzukamen). Nur etwa zwei Drittel dieser Fälle wurden durch baldige Zahlung der Geldstrafe oder Verbüßung der Haft erledigt, in den übrigen Fällen mußte entweder die Verfügung zurückgenommen oder das Verfahren eingestellt werden oder es wurde gerichtliche Entscheidung beantragt, die teils zur Verurteilung, teils zur Freisprechung führte. Vom vorletzten zum letzten Jahr haben die Fälle der Zahlung oder der Verbüßung sich gemehrt, die Fälle der Zurücknahme oder der Einstellung sich gemindert, die Fälle der Verurteilung oder der Freisprechung sich gemehrt. In 1907/08 (bezw. in 1906/07) wurden Geldstrafen gezahlt in 8071 (7874) Fällen, Haft verbüßt in 581 (505) Fällen, die Verfügung zurückgenommen in 446 (647) Fällen, das Verfahren eingestellt in 435 (840) Fällen, auf Freisprechung erkannt in 297 (264) Fällen, Verurteilung ausgesprochen in 400 (303) Fällen. Bezahlt wurden vorwiegend die geringeren Strafen, verbüßt hauptsächlich die höheren. In 1907/08 (bezw. in 1906/07) kamen im Durchschnitt auf jeden Fall bezahlter Geldstrafe 2,85 M. (3,25 M.), wofür 1,7 Tage (1,8 Tage) zu verbüßen gewesen wären, dagegen auf jeden Fall verbüßter Haft 2,3 Tage (2,4 Tage), statt deren 4,24 M. (4,55 M.) zu bezahlen gewesen wären. Schwer läßt sich entscheiden, wie oft die Ursache der Schulversäumnisse im Unverstand der Eltern, wie oft sie in einer Notlage der Familie zu suchen ist.

Daß übrigens die Schulkommissionen nicht immer ganz zuverlässig arbeiten, das beweist die wieder nicht geringe Zahl derjenigen Fälle, in denen die Gerichte auf Freisprechung erkennen mußten. Richterliche Entscheidung wird ja bei Schulversäumnisstrafen überhaupt nur selten beantragt, aber etwa drei Siebentel der Urteile lauten auf Freisprechung. Der tollste Fall unbegründeter Festsetzung einer Schulversäumnisstrafe ist vor Jahresfrist im „Vorwärts“ mitgeteilt worden. Gegen einen Mann, dessen jüngster Sohn schon seit ziemlich zwanzig Jahren aus der Schule heraus war, wurde eine Schulversäumnisstrafe festgesetzt. Sein Sohn sollte, so behauptete die Strafverfügung, Schüler der 208. Gemeindeschule (Gesundbrunnen) sein und den Unterricht geschwänzt haben. Die Sache kam vor Gericht, und der Mann wurde in Abwesenheit verurteilt, anscheinend auf Grund einer beschworenen Aussage des Rektors Kähler von der 208. Schule. Der Verurteilte wurde eines Tages durch die Polizei aus seiner Wohnung herausgeholt und mußte ungeachtet seines Protestes zwei Tage absitzen. Wie das alles möglich war, das ist nie ganz aufgeklärt worden. Aus dem Rathause ist keine Antwort auf unsere Mitteilungen an die Oeffentlichkeit gelangt. Noch ehe wir den Fall veröffentlichten, teilten wir dem Leiter der städtischen „Schulpolizei“ in persönlicher Unterredung den Sachverhalt mit und legten ihm die mit seinem Namen unterzeichnete irrtümliche Strafverfügung vor. Trotzdem bedurfte es erst der wiederholten Mahnung durch den „Vorwärts“, bis man sich im Rathause entschloß, selber ein Wiederaufnahmeverfahren herbeizuführen, das dann mit Freisprechung endete.

Arbeiterjubiläen, die von Arbeitern bezahlt werden. Eigenartig mutet es uns an, heutzutage, in der Zeit der schärfsten Klassenkämpfe, in der die wirtschaftlichen Kämpfe zwischen Kapital und Arbeit mit nie gekannter Heftigkeit geführt werden, von Jubiläumsfeiern zu hören, die aus Anlaß einer vieljährigen Tätigkeit in einem Unternehmen begangen werden. Derartige Feiern sollen den Eindruck erwecken, als ob die vielgerühmte Harmonie zwischen Kapital und Arbeit bestehe. Die rauhe Wirklichkeit zeigt natürlich ein anderes Bild. Immerhin legt sich mancher Arbeitgeber aus Anlaß eines derartigen Jubiläums das Opfer eines Geschenkes oder einer Festlichkeit auf, ein Opfer, das allerdings nur einen verschwindenden Teil dessen bedeutet, was im Laufe der Jahre an Mehrwert aus dem Arbeiter herausgeholt worden ist. Einzig in seiner Art dürfte es aber sein, daß sowohl die Kosten für ein Jubiläumsgeschenk wie für die Festlichkeit von den Arbeitern selbst aufgebracht werden. In dieser Weise fordert eine Weltfirma, die J. C. G. A., genannt Englische Gasanstalt, die Jubiläen ihrer Arbeiter und Angestellten. Früher war es üblich, daß jeder Teilnehmer an einer derartigen Festlichkeit mindestens 2 M. zu entrichten hatte. In letzter Zeit scheint bei der Arbeiterschaft der Geschmack für derartige Feiern verloren gegangen zu sein. Verständigerweise verzichteten einzelne Arbeiter auch auf derartige Feiern. Neuerdings werden nun wieder alle Hebel in Bewegung gesetzt, um die Sache in Schwung zu bringen. Im September begeht der Tischlermeister F. sein 25jähriges Dienstjubiläum und es ist der Wunsch der Direktion, diese Feier recht umfangreich zu gestalten, vielleicht um die Arbeiterschaft die miserablen Löhne und die erst kürzlich eingeführte ärztliche Untersuchung vergessen zu machen. Da aber, wie gesagt, bei der Arbeiterschaft das Interesse an derartigen Feiern stark nachgelassen hat, hält man es jedenfalls für bedenklich, einen Betrag von 2 M. zu fordern und begnügt sich mit 0,50 M. Die Hoffnung auf rege Beteiligung scheint aber trotzdem eine geringe zu sein, denn die Direktion hat in weiser Voraussicht erklärt, ein eventuell entstehendes Defizit decken zu wollen. Die Arbeiter der J. C. G. A. werden ihr möglichstes tun, um nach dieser Richtung hin dem Wohltätigkeitssinn der Direktion einen recht großen Spielraum zu gewähren, umsomehr, als Meister F. der Vorsitzende des unter der Obhut der Direktion stehenden Fabrikgesangvereins und ein eifriger Freund der gelben Gewerkschaften ist.

Aus städtischen Betrieben. Ueber rigoroses Vorgehen und parteiische Stellungnahme der Betriebsleiter klagen die Arbeiter des Gaswerks Schmargendorf. So werden Arbeiter entlassen, die anerkannt tüchtig in ihrem Berufe sind, aber das in den Augen eines Betriebsleiters unerhörte Verbrechen begehen, im Arbeiterausschuß oder in der Organisation für die Kollegenschaft einzutreten. Ist es doch kürzlich vorgekommen, daß ein langjähriger Arbeiter, der Obmann des Arbeiterausschusses, entlassen wurde, weil er sich eines geringfügigen Verstoßes gegen die Bestimmungen der Betriebskrankenkasse schuldig gemacht hatte. Die Arbeiter erblickten in dieser Maßregel nicht eine Strafe für diesen Verstoß, sondern dafür, daß sich dieser Arbeiter der Interessen seiner Kollegen im Arbeiterausschuß angenommen hatte. Ein anderer Arbeiter, Familienvater, wurde entlassen, als er sich nach einer infolge eines Betriebsunfalles entstandenen Krankheit zur Arbeit meldete. Diese unsoziale Maßnahme rief die hellste Entrüstung der Arbeiterschaft wach. Dem Fasse den Boden schlug aber eine weitere Maßnahme des Dirigenten aus. Diese Maßnahme bestand in der Wiedereinstellung eines Mannes, der nach Ansicht seiner Kollegen tatsächlich zu jeder Arbeit unfähig ist, dessen früheren Angebereien aber verschiedene Arbeiter ihre Entlassung zu verdanken hatten. Diese Einstellung erfolgte, trotzdem der Dirigent in früheren Fällen, wenn es sich darum drehte, ehemalige Arbeiter wieder einzustellen, sich auf eine Verfügung berief, nach welcher Arbeiter nicht wieder eingestellt werden dürften. Im vorgenannten Falle scheint trotz triftiger Gründe die Verfügung außer Kraft gesetzt zu sein. Die Arbeiter des Gaswerkes unterbreiten diese eigenartige Handlungsweise eines städtischen Beamten dem Urteil der Oeffentlichkeit.

Die Stadthauptkasse der städtischen Werke schließt für 1907/08 mit 729 381 M. in Einnahme und Ausgabe ab. An den Einnahmen hat sich wenig verändert. Es stellte sich der Beitrag der Gaswerke auf 236 169 M., der städtischen Wasserwerke auf 47 465 M., der Kanalisationswerke auf 86 372 M., des Vieh- und Schlachthofes auf 23 030 M., der Fleischbeschau auf 7856 M., der Markthallen auf 12 404 M. und des Hafens am Urban auf 165 M. Dazu kommen dann noch die Beiträge der Verwaltungen derjenigen Werke, deren Kassengeschäfte durch die Kassenverwaltungen der städtischen Werke besorgt werden mit insgesamt 315 000 M. Die Werksbuchhaltereien der Stadthauptkasse erforderten an Gehältern, Pensionen usw. sowie sachlichen Verwaltungskosten usw. 52 161 M. Die Werkseinziehungsabteilung verursachte an Besoldungen eine Ausgabe von 286 084 M., an Pensionen usw. 28 046 M., an anderen persönlichen Ausgaben 27 591 M. Die Geschäftsbedürfnisse erforderten rund 19 177 M. und die Verzinsung des Betriebsfonds 315 000 M. Der Einziehungsverkehr hat infolge der Zunahme der Geschäfte einen Mehrverbrauch von Schreibmaterialien und besonders Formularen herbeigeführt.

Herbstwehen.

Die ersten Blätter fallen. Viele haben ihre grüne Farbe mit der gelben vertauscht, einzelne sind sogar braun umrändert und unzählige wirbeln müde auf den Boden nieder. Müde. Ueber der ganzen Natur liegt ein Hauch der Ermüdung. Sie tritt fast unmerklich ins Greisenalter über. Die Wipfel der Bäume beginnen langsam kahl zu werden, und das Laub nimmt eine fahle, gelbe Tönung an. Die satte, grüne Jugendfarbe ist verblaßt. Herbstwehen.

Nur wenige merken es in der Großstadt, nur einzelne achten auch im Trubel des Straßenlebens auf die ersten Vorboten des grämlichen Gesellen. Draußen aber, draußen in Flur und Hain, da prägt sich die allmähliche Veränderung deutlicher aus. Wo ehedem wogende Kornfelder standen, wo roter Mohn und blaue Kornblumen, Rittersporn, Kornrädchen und andere blühende Kinder des Feldes sich zum prächtigen Kranze vereinigten, breiten sich jetzt kahle, dumpfe Stoppeläcker aus. „Wenn der Wind über Haferstoppeln weht, dann meldet sich der Herbst an“, lautet die alte Bauernregel. Bald werden die Herbstwinde darüber hinweg brausen und die kleinen lieben Sänger ihre Schwingen prüfen zum großen Flug nach dem sonnigen Süden.

Aber auch im hastenden, brausenden Weltstadtgetriebe regen sich bei dem, der selbst im bittersten Erwerbskampfe sich noch ein inniges, zartes Naturempfinden bewahrt hat, leise Betrachtungen über das Werden und Vergehen im Reiche unserer Allmutter Natur. In den Parks und Anlagen, in den Vorgärten und auf den Balkons, überall tritt uns der stetige Verfall der grünen, blühenden Pflanzenwelt vor Augen. Zu unseren Füßen raschelt Laub, gelbes, schmutziges Laub. Der Tod hat die ersten Blätter geknickt, ins Herz getroffen. Welk, krank, sterbensmüde liegen sie in der Straßenrinne.

Doch nicht alle endeten durch das unerbittliche Gesetz des Vergehens, das alles Lebende einmal trifft. Die Nachlässigkeit der Menschen fordert viele Opfer, ehe sie reif zum Sterben sind. Draußen im Westen, in der vornehmen Bellevuestraße neigten die Bäume auf dem Bürgersteig schon vor mehreren Wochen sterbensmüde ihr krankes, gelbes Haupt, während ihre glücklicheren Brüder in den Privatgärten, obwohl sie kaum zwei Schritte entfernt sind, sich bis heute einer strotzenden Gesundheit erfreuen. Ursache? Die Herrschaften lassen ihren Gärten eine vorzügliche Pflege durch das Personal angedeihen, die „städtischen“ Bäume zwei Schritte davon kümmern sie nicht.

Ein wenig den Boden lockern und mit Wasser, das ja nichts oder nicht viel kostet, begießen, hätte die armen Bäume vor dem frühen Hinsterben bewahrt. In unserm freundlichen Vorort könnten wir ähnliches bemerken. Da trifft jedoch der Vorwurf die Gemeinde. In der Blumentalstraße stehen uralte Bäume, die in ihrem stattlichen Umfang das Herz eines jeden Naturfreundes erfreuen. Der Zahn der Zeit hat an diesen Riesen seine Spuren in Gestalt größerer Höhlungen hinterlassen. Würden diese Löcher zur rechten Zeit mit einer geeigneten Masse ausgefüllt und verdeckt, so wäre hiermit Wind und Wetter der Zutritt verwehrt und die weitere Fäulnis unterbunden. Vielleicht bewirken diese Zeilen, daß ein freundlicher „Naturarzt“ sich der würdigen Patienten annimmt und ihre „Wunden“ heilt. Werden ihm danken, wenn wir im nächsten Frühling wieder unter dem rauschenden Laubdach uns ergehen und in stummer Andacht dem Raunen längst entschwundener Zeiten lauschen.

Stadtverordnetenwahlen. Für die verstorbenen Stadtverordneten H. Plischke und Schloepke sollen Mitte Oktober Ersatzwahlen im 5. und 12. Gemeindewahlbezirk der zweiten Abteilung stattfinden. Die Alte Linke unter Führung der Stadtverordneten Cassel und Barth wünscht als Nachfolger des Stadtverordneten Plischke, der der Neuen Linke angehörte, den Abgeordneten Dr. Mugdan. Von nicht ganz unentwegt blockfrommen Liberalen hingegen haben sich mehrere hundert Wähler für die Kandidatur des Oberlehrers Professor Dr. Paul Rickert erklärt.

Das Märkische Museum wurde in den ersten zwei Monaten von rund 30 000 Personen besucht und gleichzeitig wurden rund 8500 Kataloge verkauft.

Die Bummelei hört nicht auf!

Die Klagen über unberechtigte Veranlagung zur Kirchensteuer wollen kein Ende nehmen. Immer wieder melden sich bei uns Personen, denen von evangelischen oder katholischen Kirchengemeinden Steuerveranlagungen auf den Hals geschickt wurden, obwohl sie längst in aller Form aus der Kirche ausgeschieden sind und daher nicht mehr zur Zahlung von Kirchensteuern herangezogen werden können. Und auch das kommt immer wieder vor, daß mit diesen unberechtigten Kirchensteuerveranlagungen sogar solche Personen belästigt werden, die überhaupt niemals zu einer Kirchengemeinde der betreffenden Konfession gehörten.

Ganz merkwürdige Erfahrungen hat ein Tischler S. machen müssen, der schon vor jetzt dreißig Jahren aus der evangelischen Kirche ausschied und die ihm später geborenen Kinder nicht taufen ließ. Noch vor zwei Jahren kriegte S. die Aufforderung, Steuern an die evangelische Kirche zu zahlen, der er seit achtundzwanzig Jahren nicht mehr angehörte. Da er sich dagegen wehrte, so kam ihm ein Schutzmann (!) ins Haus. Der forderte von ihm den Nachweis, daß er aus der Kirche ausgeschieden sei. Zum Glück war die damals ausgefertigte Bescheinigung noch vorhanden, so daß der Nachweis geführt werden konnte und der Kirche die Möglichkeit genommen wurde, die zu Unrecht geforderten Steuern nach allen Regeln der Kunst einzutreiben. S. hat einen Sohn, der jetzt vierundzwanzig Jahre alt ist und niemals einer Kirchengemeinde irgendwelcher Konfession angehört hat. Kürzlich ist nun auch dem Sohn eine Kirchensteuerveranlagung überreicht worden, und zwar ist es diesmal zur Abwechselung die katholische Kirche, von der diese Belästigung ausgeht. Er hat der Aufforderung, binnen vier Wochen zu zahlen, nicht Folge geleistet, daher ist ihm jetzt eine Mahnung zugegangen, die ihm eine weitere Frist von nur noch acht Tagen setzt. Da der Sohn nie der katholischen Kirche und auch nie einer anderen angehört hat, so kann er natürlich auch nicht eine Bescheinigung darüber beibringen, daß er aus der katholischen Kirche oder irgend einer anderen ausgeschieden sei. Höchstens könnte er die Bescheinigung über den Austritt seines Vaters vorlegen zum Beweise dafür, daß auch sein Vater nicht der katholischen Kirche angehört hat und bei der Geburt dieses Sohnes überhaupt keiner Kirche mehr angehörte, so daß weder die katholische Kirche noch irgend eine andere versuchen könnte, den ungetauft gebliebenen Sohn als dennoch zu ihr gehörig zu reklamieren. Man sieht, welche Scherereien verursacht werden, weil die Kirchengemeinden es sich ersparen, sich selber hinreichend darum zu kümmern, wer noch als zu ihnen gehörig betrachtet werden darf und wer nicht. Der Sohn wird sich wohl genötigt sehen, den Nachweis seiner kompletten Konfessionslosigkeit zu führen. Er könnte es sonst erleben, daß die katholische Kirche in ihrem Recht zu sein glaubt und gegen ihn, der nie zu ihr gehört hat und nicht mal durch die frühere Konfession des Vaters in Beziehung zu ihr gebracht werden kann, schonungslos mit Zwangsvollstreckung vorgeht.

Ein Geschäftsmann, der Rechnungen wegschickt und Zahlung fordert, muß selber nachweisen können, daß seine Ansprüche begründet sind. Wenn er Rechnungen an Pastoren schickte, die nie etwas mit ihm zu tun gehabt haben, so könnte er böse anlaufen. Wer aber Steuern einfordert, der hat es bequemer. Nicht er braucht nachzuweisen, daß seine Forderung berechtigt ist, sondern derjenige, der mit einer unberechtigten Forderung belästigt wird, muß für den Nachweis sorgen, daß sie tatsächlich unberechtigt ist. Schon mancher, der das nicht begriff und gegen eine unberechtigte Steuerveranlagung nicht rechtzeitig die nötigen Schritte tat, wurde hinterher ohne Gnade gezwungen, zu zahlen. Auch die Kirche hat für ihre Steuern dieses Vorrecht. Aber gerade deshalb muß man ihr auch die Pflicht zuweisen, sich einwandsfrei zu vergewissern, ob die Personen, denen sie Steuerveranlagungen zuschickt, überhaupt kirchensteuerpflichtig sind. Die Kirche selber wird dafür sorgen müssen, daß jede Belästigung und Schädigung solcher, die ihr nicht steuerpflichtig sind, verhütet wird. Wie mag man in den Steuerbureaus der Kirchengemeinden über diesen Punkt denken? Einer, dem gleichfalls zu Unrecht eine Kirchensteuerveranlagung und zwar von der katholischen Kirche auf den Hals geschickt worden war, teilt uns mit, wie es ihm ergangen sei, als er die Bescheinigung über seinen vor elf Jahren erfolgten Austritt vorlegte und das Steuerveranlagungsschreiben mitbrachte. Er versichert, der betreffende Beamte habe ihm das Schreiben aus der Hand genommen, habe es ärgerlich zerknittert und beiseite geworfen und sich dann sofort dem nächsten Beschwerdeführer zugewandt. Auf die erstaunte Frage, was denn nun werde, habe der Beamte geantwortet: „Ist erledigt“. Unser Gewährsmann hat nicht gesehen, daß der Beamte sofort einen schriftlichen Vermerk über diesen Fall zu den Akten genommen hätte. Er fürchtet, daß er über kurz oder lang aufs neue durch eine unberechtigte Steuerveranlagung belästigt werden könnte. Kann ihm jemand sagen, welche Vorkehrungen bei den Kirchengemeinden getroffen werden, um eine Wiederholung solcher Irrtümer zu verhüten?

Schamlosigkeiten. Im Anschluß an den von uns am Donnerstag berichteten Fall, in dem ein besser gekleideter Herr in einem Omnibus in Gegenwart eines 18jährigen Kindes Schamlosigkeiten vornahm und verhaftet wurde, gehen uns eine Reihe von Mitteilungen über ähnliche Vorkommnisse in Straßenbahnwagen und im Freien zu, in denen der Täter leider nicht festgenommen wurde. Die von solch unsauberen Personen belästigten Frauen und Mädchen liefen in begreiflicher Erregung über die widerliche

Schmutzerei fort und bedauern das nachträglich in den Zuschriften an uns. Im Interesse der öffentlichen Reinlichkeit und vor allem des Schutzes der Kinder würde die Festnahme solcher Leute liegen, die ihre krankhaften Neigungen nicht beherrschen können oder wollen.

Von der Lokomotive zerstückelt. Ein entsetzlicher Unglücksfall hat sich in der Nacht zum Freitag auf dem Stettiner Bahnhof zugetragen. Der Schlächtermeister Wilhelm Rommert aus Sommerfeld war wegen einer Ladung Vieh nach Berlin gekommen und in der vergangenen Nacht war er auf dem Gütergleis des Stettiner Bahnhofs dabei, während die Tiere ausgeladen wurden. Er wurde beim Ueberschreiten der Gleise von einer Lokomotive, deren Herankommen er nicht beobachtet hatte, erfaßt und unter die Räder gerissen, die ihm über den Leib hinweggingen. Der Körper wurde dem Unglücklichen vollständig verstümmelt, der Unterleib aufgerissen. Ein von der Rettungswache hinzugerufener Arzt konnte bei dem Verunglückten nur noch den Tod feststellen. Die Leiche wurde nach dem Schauhaus gebracht.

Straßenbahnunfälle. In der Mittwochnummer berichteten wir auf Grund einer Lokalkorrespondenz über einen dreifachen Zusammenstoß, der am Montagabend am Potsdamer Platz Aufsehen erregt haben soll und bei dem es einem Schutzmann gelungen sei, das rasende Pferd aufzuhalten. Von Augenzeugen wird uns mitgeteilt, daß nicht der Schutzmann, sondern ein Maler Bolz, und zwar an der Linkstraße, das Pferd zum Stehen gebracht und dem Kutscher zugeführt hat.

Vermißt. Das Polizeipräsidium teilt mit: Vermißt wird: 1. seit 30. Juni 1908 die Putzmacherin Gertrud Reim, am 6. Januar 1889 in Berlin geboren, Gräfestr. 35 bei Eltern wohnhaft gewesen. Sie ist 1,60 Meter groß, hat schlanke Gestalt, dunkelblonde Haare, graue Augen und blasse Gesichtsfarbe. Bei ihrem Fortgang war sie bekleidet mit schwarzem Strohhut mit schwarzen Federn, schwarzem Kleid, hellblauer Bluse, schwarzem Jackett, Schnürschuhen und schwarzen Strümpfen. 2. Seit 11. Juli 1908 Kaufmann Paul Hansch, am 14. Mai 1887 in Berlin geboren, Dieffenbachstr. 52 wohnhaft gewesen. Er ist 1,68 Meter groß, hat schlanke Gestalt, blonde Haare, blaue Augen, blonden Schnurrbart und blasse Gesichtsfarbe. Bei seinem Fortgang war er bekleidet mit schwarzem steifen Hut, dunkelblauem grünlich gestreiftem Jackettanzug, grauem Normalhemd und Schnürstiefeln. Nachrichten über den Verbleib der Vermißten werden in jedem Polizeirevier und bei der Kriminalpolizei, Alexanderstr. 3/6, 2 Treppen, Zimmer 334, schriftlich oder mündlich zu 4023 IV 17 08 entgegengenommen.

Eisenbahn-Attentat. Als am Donnerstag nachmittag, kurz nach 5 Uhr, der nach Erkner gehende Vorortzug 1602 den Bahnhof Rummelsburg-Ost passierte, wurde von dem Grundstück der dort belegenen Lichtenberger Kläranlage auf ihn geschossen. Die Kugel, anscheinend von einem 7 Millimeter-Revolver geschossen, zertrümmerte die Fensterscheibe eines Wagenabteils dritter Klasse, ohne einen der dort sitzenden 5 Passagiere zu verletzen. Der Kriminalpolizei ist es noch nicht gelungen, eine Spur des Täters zu finden.

Zwischen Himmel und Erde. In lebensgefährlicher Lage befand sich gestern nachmittag die Schuhmachermeisterfrau K. in der Kesselstraße. Sie war bei der „Generalreinigung" gewesen und wollte nun auch die äußeren Fensterscheiben putzen, zu welchem Zwecke sie, wie dies die Frauen und Mädchen, trotz aller Warnungen und Unfälle, nun einmal zu tun pflegen, ohne jede Versicherungsmaßregel auf den Blechsims des Fensterkopfes hinaustrat. Plötzlich glitt sie aus und verlor das Gleichgewicht, so daß sie, da sie sich auch am Fensterkreuz nicht festzuhalten vermochte, vom zweiten Stock in den Hof hinabgestürzt wäre, hätten sich die Kleider nicht glücklicherweise an dem Eisenhaken des Fenstergärtchens verfangen. Laut um Hilfe rufend, hing die junge Frau nun zwischen Himmel und Erde. Eine Nachbarin zog die in Todesangst Schwebende mit Hilfe eines im Hofe beschäftigten Maurers ins Zimmer zurück. Wenn auch an allen Gliedern zitternd, dürfte die unvorsichtige Meisterin mit dem bloßen Schreck davongekommen sein. Es ist doch eine so einfache Vorsichtsmaßregel, sich mit einem Strick oder Riemen festzubinden.

Ein schwerer Automobilunfall ereignete sich gestern morgen gegen 9 Uhr in der Bismarckstraße, Ecke Grolmannstraße, in Charlottenburg. Dort überschritt der 67jährige Kassierer Ernst Stefani aus der Emdener Straße 25 den Fahrdamm in demselben Augenblick, als ein Privatautomobil um die Ecke bog. St. wurde durch den Anprall zu Boden geschleudert. Auf der Unfallstation in der Berliner Straße in Charlottenburg erhielt der Verunglückte, der einen komplizierten Unterschenkelbruch erlitten hatte, einen Notverband und wurde dann nach dem Krankenhause Moabit übergeführt.

Drei Selbstmorde werden gemeldet. Am Donnerstag nachmittag gegen 6 Uhr fanden Bewohner des Hauses Plantagenstraße 21 ein junges Mädchen bewußtlos auf dem Treppenflur liegend. In ihm wurde die in dem Hause wohnende 21jährige unverehelichte Marie Leichert rekognosziert, die kurz vor ihrer Entbindung stand. Die Unglückliche war von ihrem Bräutigam im Stich gelassen worden und hatte aus Verzweiflung darüber Lysol getrunken. Die L. wurde nach der Unfallstation in der Lindower Straße geschafft und von dort nach dem Virchow-Krankenhause übergeführt, wo sie in der Nacht zum Freitag den Wirkungen des Giftes erlag. — Völlig unaufgeklärt sind noch die Motive eines Selbstmordes, der an demselben Tage nachts um 11 Uhr auf dem Anhalter Bahnhof große Aufregung hervorrief. Aus einer der Bedürfnisanstalten ertönte plötzlich ein Schuß und als Beamte die Tür des Klosetts öffneten, fanden sie einen jungen Mann, der aus einer Wunde an der linken Schläfe blutete und bereits tot war. Der von der Unfallstation am Tempelhofer Ufer hinzugerufene Arzt stellte fest, daß der Lebensmüde sich eine Kugel aus einem neben ihm liegenden Revolver beigebracht hatte. — Gestern vormittag wurde in Friedenau der in der Beckerstraße wohnende 32 Jahre alte Bankbeamte Paul Denk von seinem aus Königsberg i. Pr. herbeigeeilten Bruder, dem Stadtbauinspektor Bruno Denk, tot aufgefunden. D. hatte sich mit seinem Revolver eine Kugel in die linke Schläfe geschossen. Nach dem Urteil des aus der Kranachstraße 14 hinzugerufenen Arztes Dr. Baumann ist der Tod sofort nach dem Schuß eingetreten. Der Verstorbene hatte an seinen Bruder einen in herzlichen Worten gehaltenen Abschiedsbrief gerichtet, in dem er ihn bat, sofort zu seiner Beerdigung zu kommen und seiner augenblicklich in Nauendorf bei Rastenburg im Bade weilenden Frau und seinen beiden Kindern die Todeskunde möglichst schonend mitzuteilen. Der Beweggrund zum Selbstmord soll Lebensüberdruß und übergroße Nervosität sein. Die Leiche, die nach der Halle in der Marstraße geschafft wurde, ist von der Staatsanwaltschaft beschlagnahmt worden.

Die Räude ist nach Bekanntmachung des Polizeipräsidenten im Pferdebestande des Pferdehändlers Behm auf dem Grundstück Marienburger Straße 28 ausgebrochen.

Feuerwehrbericht. Ein großer Dachstuhlbrand beschäftigte am Donnerstag abend die 4. Kompagnie auf dem Gesundbrunnen. Dort stand um 8 Uhr der Dachstuhl des Hauses Koloniestr. 38 an der Zechliner Straße in großer Ausdehnung in Flammen. Unter den zahlreichen Mietern entstand eine unbeschreibliche Aufregung, die sich erst legte, als der 16. Zug aus der Pankstraße erschien. Brandinspektor Julius ließ sofort über die Treppen und eine mechanische Leiter mehrere Schlauchleitungen vornehmen und damit kräftig Wasser geben. Dadurch gelang es, eine weitere Ausdehnung zu verhüten. Der Dachstuhl des Hauses war aber nicht mehr zu retten. Den Mietern, die nur zum Teil versichert sind, ist eine Menge Hausrat verbrannt. Gleichzeitig erfolgte ein Alarm nach der Ebertystraße 6, wo ein Geisteskranker von einem Balkon zu springen versuchte. Es gelang der Feuerwehr, den Mann in Sicherheit zu bringen. Er wurde dann der Polizei übergeben. In der Nacht zum Freitag wurde die Feuerwehr um 12¼ Uhr nach der Stendaler Straße 79 alarmiert. Es stellte sich dann heraus, daß gar keine Gefahr vorlag und der Kellner Adolf Hüpfel aus der Havelberger Straße 10 die Feuerwehr zu seinem Vergnügen gerufen hatte. Die Polizei nahm sich seiner wohlwollend an und sorgte für sein Fortkommen. Gleichzeitig hatte der 5. Zug in der Dresdener Straße 38 zu tun, wo ein Stallgebäude in Flammen stand. Durch kräftiges Wassergeben gelang es, den Brand auf das Gebäude zu beschränken. Die Entstehung wird auf Fahrlässigkeit zurückgeführt. Der 8. Zug hatte in der Schönhauser Allee 62 zu tun, wo durch einen Trockenofen in den Eborinwerken Feuer ausgekommen war, das schnell gelöscht werden konnte. Derselbe Zug wurde dann noch nach der Raumerstraße 17 gerufen. Dort hatte sich eine Frau Helene Krüger mittels Gas vergiftet. Sie konnte nicht mehr gerettet werden. Ein Arzt stellte den Tod fest.

Zeugen gesucht. Diejenigen Personen, welche am Sonntag, den 16. d. M., abends zwischen 9 und 10 Uhr, dem Vorgange auf dem überfüllten Vorderperron der Linie 51, Richtung Nordend, beiwohnten, werden dringend gebeten, ihre Adresse an Wilh. Palm, N. 28, Swinemünder Str. 27 III, abzugeben.

Vorort-Nachrichten.

Charlottenburg.

Die Urliste der zum Schöffen- und Geschworenenamt geeigneten Personen für das Jahr 1909 ist aufgestellt und wird in der Zeit vom 22. bis einschließlich 28. August d. J. während der Dienststunden von 8 Uhr vormittags bis 3 Uhr nachmittags — Sonntag von 9 Uhr vormittags bis 12 Uhr mittags — in dem städtischen Statistischen Amte, Berliner Straße 71, rechter Seitenflügel, Erdgeschoß, zu jedermanns Einsicht ausliegen. Gegen die Richtigkeit oder Vollständigkeit der Urliste kann innerhalb dieser Frist schriftlich oder zu Protokoll Einspruch erhoben werden.

Nieder-Schönhausen.

Aus der Gemeindevertretung. Zum Kreistagsabgeordneten wurde in der Donnerstagssitzung Bürgermeister Dr. Abraham gewählt. Für die Berechnung der Dienstzeit der Lehrpersonen der höheren Mädchen- und der Knabenvorschule beantragte die Schuldeputation, dieselben Grundsätze gelten zu lassen, die das Volksschulgesetz für Volksschullehrer vorschreibt. Es soll also den Lehrpersonen die Zeit, welche sie im öffentlichen Schuldienst tätig gewesen sind, voll angerechnet werden. Der Antrag fand Annahme. Beschlossen wurde ferner, das Schulgeld bei Aufnahme von Schülern in einer höheren Schule für den Fall zu erlassen, daß nachgewiesen wird, daß für das laufende Quartal Schulgeld bereits an einer anderen höheren Schule bezahlt ist. Eine Anfrage, wann denn die Große Berliner Straßenbahn-Gesellschaft den Verpflichtungen entsprechen werde, welche sie bei der Zustimmung der Gemeinde zur 90jährigen Konzessionsverlängerung eingegangen sei, beantwortete der Bürgermeister dahin, daß er die Gesellschaft zum schnellen Bau der versprochenen neuen Linien auffordern werde, da diese nach dem Vertrage mit der Gemeinde im November betriebsfertig sein müssen.

Tempelhof.

Die 90jährige Konzessionsverlängerung an die Große Berliner Straßenbahngesellschaft hat am Donnerstag auch die Tempelhofer Gemeindevertretung beschäftigt. Bezüglich dieses Ortes handelt es sich nicht nur um die Große Berliner, sondern auch um die südliche Vorortbahn, deren eigentlicher Begründer der derzeitige Bürgermeister von Tempelhof ist. Er hatte den Antrag um Bewilligung der Bahn gestellt, welche als Konkurrenzbahn gegen die Große Berliner Straßenbahn gedacht war. Das damalige Konsortium, aus welchem Herr Mosehl ausgeschieden war, verkaufte die Bahn an den verstorbenen Kleinbahnunternehmer Bachstein, ganz unabhängig von der Großen Berliner. Nun gehörte aber auch die Westliche Vorortbahn dem Unternehmer Bachstein. Beide Bahnen gelangten, und zwar was die Südliche Vorortbahn anlangt, hinter dem Rücken der Gemeinde Tempelhof, an die Große Berliner, so daß nunmehr zwei Unternehmungen in einer Direktion vereinigt waren. Nun war der Südlichen Vorortbahn die Verpflichtung auferlegt, eine Verbindung mit der Gemeinde Schöneberg herzustellen, und trotzdem alle Beteiligten ihre Zustimmung gegeben, verweigerte dies die Westliche Vorortbahn, für die eine ganz geringe Strecke in Schöneberg in Frage kam, bis sich der Oberpräsident der Sache annahm. Die Angelegenheit hat bis heute noch nicht ihre Erledigung gefunden und würde in diesem Fall die Zusammengehörigkeit der Südlichen Vorortbahn mit der Großen Berliner nachzuweisen sein. Dieser Punkt kann bei der juristischen Findigkeit der Direktion der Großen Berliner Straßenbahn für die Gemeinde Tempelhof noch recht unangenehme Folgen haben. Da aber die Südliche Vorortbahn von Hause aus immer ein selbständiges Unternehmen gewesen ist und als solches auch weiter behandelt wird, so lehnte die Gemeindevertretung den Antrag der Konzessionsverlängerung ab. Außerdem liegt aus dem Grunde, daß ihr noch eine 50jährige Vertragsdauer zugesichert ist, keine Veranlassung resp. Verpflichtung vor, der Großen Berliner als der jetzigen Eigentümerin die Genehmigung auf 90 Jahre zu geben. Die Stadt Berlin hat nunmehr noch eine Vertragsdauer mit der Großen Berliner auf 20 Jahre. Die Gemeindevertretung von Tempelhof kann außerdem die Erklärung abgeben, daß sie die Notwendigkeit der Bauprojekte zur Sicherung des Verkehrs nicht unbedingt anerkennt. Zu bedauern sei nur, daß die Allgemeinheit auf die Vornahme dieser in Frage kommenden Tunnelbauten gedrängt hat, was der Großen Berliner in ihren gestellten Anträgen zugute kommt. Die Gemeindevertretung lehnte also beide Anträge der Großen Berliner auf Erlaß eines Ergänzungsbeschlusses bezw. Konzessionsverlängerung ab und ermächtigte den Gemeindevorstand zu einer diesbezüglichen Eingabe an den Herrn Oberpräsidenten.

Pankow.

Zu unserem Bericht über die außerordentliche Generalversammlung des Wahlvereins am 18. August sendet uns Genosse Röber eine längere Zuschrift, deren Inhalt wir nachfolgend wiedergeben. „Zum Vorstandsbericht erklärt", heißt es in unserem Bericht, „der Vorsitzende Röber, daß er über die Zahl der stattgefundenen Vorstandssitzungen, über die Anzahl der versandten Bücher und andere Verwaltungsangelegenheiten keine Auskunft geben kann, weil er zwei Notizbücher verloren hat." Genosse Röber wünscht festzustellen, daß er „lediglich von der Zahl der Vorstandssitzungen sowie der aus- und eingegangenen Briefe" gesprochen, nicht aber davon gesprochen habe, daß er über „andere Verwaltungsangelegenheiten keine Auskunft" gegeben hätte. „Die Abrechnungen von den Wahlen", heißt es weiter in unserem Bericht, „kann Röber noch nicht vorlegen, da er sechs Wochen krank war und jetzt noch keine Zeit hatte, die Abrechnungen fertig zu stellen". „In bezug auf die Abrechnung von den Landtagswahlen", schreibt Röber, „habe ich gesagt, daß die noch ausstehenden Sammellisten schuld seien an dem Fehlen der Abrechnung." Unser Berichterstatter bemerkt hierzu, das Fehlen von Sammellisten hat Genosse Röber erwähnt und betont, ohne die in unserem Bericht wiedergegebenen Mängel hätte er den Bericht bis auf die ausstehenden Listen fertiggestellt. Ferner heißt es in unserem Bericht:

„Röber wendet sich gegen die Vorwürfe und verlangt, daß man ihm Vertrauen entgegenbringe. Auch auf einem Zahlabend sei der Zwischenruf gemacht, „Röber solle man erst abrechnen". Das sei die Art, wie in Pankow verleumderische Gerüchte in Umlauf gesetzt werden. Die Betreffenden beweisen damit, daß sie zur Freiwald-Clique gehören. (Beifall und Zwischenrufe: Namen nennen!) Die Namen weiß ich nicht, aber es ist schon so: wer kein Vertrauen zu mir hat, gehört zur Freiwald-Clique. Andere haben gegen mich kein Mißtrauen. Dann gibt Redner einen, wie er ihn selbst bezeichnet, oberflächlichen Bericht über die Abrechnung, von dem er mitteilt, eingangs habe er die Berichterstattung vergessen."

Genosse Röber bemerkt hierzu in der Zuschrift an uns:

„Es ist nicht wahr, daß ich verlangt habe, daß man mir Vertrauen entgegenbringt. Ich habe dem Sinne nach gesagt, „ich verlange kein besonderes Vertrauen, aber aus der Tatsache, daß die Abrechnungen teils nicht fertig, teils nicht revidiert sind, könne kein Mißtrauen hergeleitet werden, wie es von Mitgliedern der Freiwald-Clique zu tun versucht wird. Es ist nicht wahr, daß ich gesagt habe, „wer kein Vertrauen zu mir hat, gehört zur Freiwald-Clique"; andere haben gegen mich kein Mißtrauen! Ich habe gesagt, daß diese Art, die erwähnten verleumderischen Gerüchte zu verbreiten, die Art der Freiwald-Clique sei. Es ist ferner nicht wahr, daß ich von einem „Zwischenruf" auf einem „Zahlabend" gesprochen habe, sondern ich habe von mir durch zwei vertrauenswürdige Genossen hinterbrachten Aeußerungen eines mir unbekannten Genossen in zwei Versammlungen gesprochen. Es ist nicht wahr, daß ich den von mir Position für Position gegebenen Bericht von der Gemeindewahl als oberflächlich bezeichnet habe. Ich habe gesagt, der Bericht konnte Zeitmangels wegen noch nicht revidiert werden; er sei vollständig bis auf die Position 10 der Einnahmen (Zuschuß aus der Wahlvereinskasse). Ich habe diesen Zuschuß in der Höhe von etwa 190 M. angegeben. Er beträgt in Wirklichkeit 192,50 M."

Der Leser mag entscheiden, ob zwischen der Sachdarstellung unseres Berichts und derjenigen des Genossen Röber ein irgendwie erheblicher Unterschied besteht. Erwähnen möchten wir, daß unser durchaus zuverlässiger Berichterstatter, dessen Bericht uns auch von anderer Seite als zutreffend bestätigt ist, mitteilt:

den Ausdruck „oberflächlichen Bericht" hat Genosse Röber dem Sinne nach gebraucht, wörtlich erklärt er: „Der Bericht kann natürlich nicht genau sein, er kann keinen Anspruch auf Richtigkeit machen, er ist ungenau." Die in dem „Vorwärts"-Bericht gegebene Darstellung, fügt unser Berichterstatter dem zu, ist durchaus zutreffend. Wörtlich erklärte Genosse Röber: „Soviel kann ich verlangen, daß man mir Vertrauen entgegenbringt ... Es sind schon die Leute ... wer in der Art mir entgegenkommt, das sind die Leute, die zur Freiwald-Clique gehören ... Es ist schon so ... Wer solche Gerüchte gegen mich aufbringt, der gehört zur Freiwald-Clique". Auch von dem Zwischenruf auf einem Zahlabend hat Genosse Röber genau so gesprochen, wie der Bericht es wiedergibt.

In allen wesentlichen Punkten deckt sich demnach der Bericht des „Vorwärts" mit den jetzigen Angaben des Genossen Röber. Denselben hätten wir deshalb keinen Raum gegeben, wenn nicht Genosse Röber das Gesuch um baldige Aufnahme seiner Darlegung mit dem unseres Erachtens freilich nicht zutreffenden Hinweis motiviert hätte, daß „der abgedruckte Bericht ihn bei den „Vorwärts"lesern in den Verdacht bringen muß, daß bei ihm in Geldsachen nicht alles in Ordnung sei".

Ober-Schöneweide.

Sonderbare Selbsthilfe übte ein Hausbesitzer in der Rathenaustraße einer Witwe gegenüber, welche die fällige Wohnungsmiete noch nicht entrichtet hatte. Er erschien abends 6 Uhr mit dem Hausverwalter in der Wohnung und entfernte einer angeblichen baulichen Veränderung wegen sämtliche Tür- und Fensterflügel. Nach geschehener Arbeit höhnte er der Frau gegenüber: „so nun werden Sie wohl ziehen." Erst auf Betreiben dritter, welche ihrer Empörung Ausdruck gaben, bequemte sich der Wirt um 9 Uhr dazu, alles wieder an Ort und Stelle zu bringen. Das rücksichtslose Vorgehen dürfte noch ein strafrechtliches Nachspiel wegen Hausfriedensbruch und versuchter Nötigung gegen den Wirt zur Folge haben.

Friedrichshagen.

Vermißt wird seit dem 17. d. M. der in der Schwarmweberstraße 29 in Friedrichshagen wohnhafte Arbeiter Willi Buchholz. B. war bei einem Dachdeckermeister des genannten Vorortes beschäftigt und verließ am Montag seine Wohnung, um sich nach seiner Arbeitsstelle in Kiekemal zu begeben. Hier ist der Arbeiter aber nicht eingetroffen und seit dieser Zeit spurlos verschwunden. Verschiedene Anzeichen deuten darauf hin, daß Buchholz sich nach Berlin begeben hat. Der Vermißte ist 26 Jahre alt, 1,70 Meter groß und trägt einen kleinen blonden Schnurrbart. Bekleidet war er mit dunklem Jackettanzug und schlappem schwarzen Filzhut.

Lichtenrade.

Eine öffentliche Volksversammlung fand am 18. d. M. in dem Lokal von Rudolf Deter in Lichtenrade statt. Reichstagsabgeordneter Genosse Fritz Zubeil gab zu Eingang seines Referats über die Kriegshetze seiner Freude darüber Ausdruck, daß durch das eifrige Bemühen der Genossen die Freigabe eines Lokals errungen ist. Redner zeichnete dann in oft beifällig unterbrochener Weise den heutigen Zickzackkurs. Trotz des Austausches so vieler Umarmungen und Küsse der Herrscher werde Deutschland weder geliebt noch gefürchtet. Ein europäischer Krieg würde Riesensummen verschlingen und die Nationen um Jahrzehnte in ihren Kulturaufgaben zurückwerfen. Die Arbeiter aller Länder haben nicht das geringste Interesse an einem Krieg, sondern an friedlicher Durchführung der Kulturaufgaben. Allen Kriegshetzereien gegenüber sei allein die von dem Ziele der Sozialdemokratie durchdrungene Arbeiterklasse und die Furcht der herrschenden Klasse vor ihr ein Hort des Friedens. Wegen der vorgerückten Zeit wurde die Fortsetzung des Vortrages auf einen Tag der nächsten Woche vertagt.

Treptow-Baumschulenweg.

Der Turnverein „Jahn"-Treptow veranstaltet am Sonntag, den 23. August, nachmittags 3 Uhr, auf seinem Sommerturnplatz am Heidekampweg in Baumschulenweg, unter Mitwirkung des Gesangvereins „Liedesfreundschaft" ein Spielfest, bestehend aus Turnen, Kinderspielen und Volksbelustigungen. Freunde und Gönner des Vereins sind willkommen. Dieses Fest ist nicht zu verwechseln mit dem an demselben Tage von einem Turnverein veranstalteten, der nicht auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung steht.

Gerichts-Zeitung.

Kautions- und Darlehnsschwindeleien wurden dem Tischler Karl Döll zur Last gelegt, welcher gestern der dritten Ferienstrafkammer des Landgerichts I vorgeführt wurde, um sich wegen wiederholten Betruges und schwerer Urkundenfälschung zu verantworten. — Der schon wegen ähnlicher Straftaten vorbestrafte Angeklagte las eines Tages ein Inserat, in welchem ein Zahntechniker H. ein Darlehn von 175 Mark suchte. Er ging sofort zu dem Geldsuchenden hin, stellte sich als Eierhändler Paul Heinze aus der Warschauer Straße vor und erbot sich, das Darlehn zu geben. H. ließ sich durch das sichere Auftreten des Angeklagten verleiten, an diesen 6 Mark für **Auskunftsgebühren** zu zahlen. Als sich der angebliche Heinze dann nicht wieder sehen ließ, ging H. nach der Warschauer Straße und fand auch hier ein Delikatessengeschäft von Heinze, dessen Inhaber aber von der ganzen Angelegenheit nicht die geringste Ahnung hatte. Der Darlehnssucher erkannte nunmehr, daß er einem Schwindler in die Hände gefallen war. — Kurze Zeit darauf las der Schankwirt B. in der Zeitung, daß ein Geldverleiher Klahn einen Kassierer suche. Da er sein Lokal aufgegeben hatte, beabsichtigte er, eine Kassiererstelle anzunehmen. Der angebliche Geldverleiher Klahn engagierte ihn auch sofort, verlangte aber eine Kaution von 300 Mark, die bei der Deutschen Bank sichergestellt werden sollte. Beide gingen auch nach der Filiale der Bank in der Frankfurter Straße und der Angeklagte zahlte hier das Geld ein. Der wenig geschäftsgewandte B. dachte sich nichts Arges dabei, als der „Herr Klahn" die Quittung unterschrieb und war der Annahme, daß das Scheckbuch, welches ihm Döll aushändigte, ihm genügend Sicherheit biete. Einige Tage später schöpfte er aber doch Verdacht. Er fuhr schleunigst nach der Bank, um sich zu überzeugen, ob auch alles in Ordnung sei. Hier wurde ihm die unangenehme Ueberraschung zuteil, daß

ihm der Bankbeamte mitteilte, daß der angebliche Klahn noch an dem Tage der Einzahlung sofort wieder 295 Mark abgehoben habe. Der Betrogene ließ sich nun auch noch die übriggebliebenen 5 Mark auszahlen und ging um 295 Mark ärmer und um eine Erfahrung reicher nach Hause. — Der Angeklagte nahm ferner noch einer Frau B., die ein Darlehn von 1000 Mark suchte, die Summe von 20 Mark und einer Frau R. 25 Mark ab. — Der Staatsanwalt beantragte eine Gefängnisstrafe von zwei Jahren. Das Gericht bezeichnete den Angeschuldigten als einen unverbesserlichen Schwindler, der für das Zuchthaus reif sei, und erkannte auf eine Zuchthausstrafe von zwei Jahren.

Ein furchtbares Urteil

fällte die Ferienstrafkammer des Chemnitzer Landgerichts gegen ein kaum der Schule entwachsenes Mädchen. Die aus Geyer i. E. gebürtige Arbeiterin Sch., die 15 Jahre alt ist, aber wegen schweren Diebstahls bereits bestraft wurde, stand wieder unter der Anklage des schweren Diebstahls im juristischen Sinne. Vier Eier und etwas Gebäck, eine Brosche von geringem Werte und ein Fünfpfennigstück hatte sie aus einem Bauerngut gestohlen, in das sie durch das Fenster eingestiegen war. Sie sollte nun im Armenhaus untergebracht werden. „Zu ihrer Sicherheit" steckte man sie in die Zelle für Tobsüchtige im dortigen Krankenhaus, das mit dem Armenhaus in einem Gebäude untergebracht ist. Hier beging das junge Ding die Dummheit, die mit Seegras gepolsterte Wandverkleidung in Brand zu setzen, wodurch sie selbst in Lebensgefahr geriet. Der Brand wurde aber rechtzeitig bemerkt. Nun wurde auch die Anklage der Brandstiftung nach § 306 Absatz 2 gegen sie erhoben. Bei der Angeklagten kam nur die Jugend mildernd in Betracht. Diese war auch dafür maßgebend, daß die Angeklagte nicht vor das Schwurgericht gestellt wurde. Das Gericht verurteilte die Angeklagte zu einem Jahr und einem Monat Gefängnis. Das Gericht war zu der Ueberzeugung gekommen, daß die Angeklagte die Erkenntnis der Strafbarkeit ihres Tuns gehabt hat. Es war an die hohen Mindeststrafen des Gesetzes gebunden, die bei Brandstiftung ein Jahr Zuchthaus für Erwachsene, für Jugendliche zwischen dem 12. und 18. Lebensjahre Gefängnis in gleicher Höhe beträgt. Da aber in den Schulen Gesetzeskunde noch immer nicht gelehrt wird, ist es außer allem Zweifel, daß das halbe Kind sich nicht bewußt war, daß es mit dem Anbrennen der Wandbekleidung ein mit Zuchthaus bedrohtes Verbrechen beging. Ein Jugendgericht hätte wohl dieser Seite mehr Beachtung geschenkt; Jugendgerichte haben wir aber in Sachsen nicht.

Recht sehr möchten wir bezweifeln, daß das junge Kind die Erkenntnis von der Strafbarkeit ihres Handelns hatte. Es ist bekannt, daß gerade Kinder in der Pubertätszeit oft eine eigenartige Lust am Feueranzünden haben. Und waren die Diebstähle nicht weit mehr der Gesellschaftsordnung als dem hungernden Mädchen in Rechnung zu stellen? Nicht den Richter in erster Linie, sondern das Gesetz trifft die Schuld für solch' ungeheuerliche, ein Menschenleben vernichtende Urteile. Hinaufsetzung der Altersgrenze für strafrechtliche Zurechnungsfähigkeit, Fürsorge für die Jugend und Reform der Strafrechtspflege an Haupt und Gliedern tut dringend not. Nicht das Kind, sondern die Gesellschaft ist schuld an den Vergehen, die Folge mangelnder sozialer und intellektueller Fürsorge sind.

Schadensersatzpflichtiger Automobilunfall.

Der Bankier O. in Dortmund überfuhr am 7. August 1904 in seinem von ihm selbst gelenkten Automobil zu Stockum die Witwe des Milchhändlers Julius Kost in Stockum, als sie innerhalb ihres Wohnortes über die Straße ging. Die Frau wurde dadurch völlig erwerbsunfähig und dergestalt siech, daß sie dauernd fremder Hilfe bedarf.

Die von ihr auf Grund dieses Unfalles erhobenen Schadensersatzansprüche in Gestalt einer jährlichen Rente von 1611 Mark wurden vom Landgericht zu Bochum dem Grunde nach für berechtigt erklärt. Das Oberlandesgericht Hamm bestätigte diese Entscheidung mit der Beschränkung des Abzuges der von der Landesversicherung Westfalen zu leistenden Unterstützung.

Der Beklagte hatte gegen das oberlandesgerichtliche Urteil Revision beim Reichsgericht eingelegt. Der sechste Zivilsenat erkannte dieser Tage auf Zurückweisung der Revision, indem er ausführt, daß es durchaus begründet erscheine, wenn die Vorinstanz feststelle, daß der Beklagte den Unfall durch Außerachtlassung der im Verkehr erforderlichen Vorsicht verursacht habe. Ein Verschulden der Klägerin darin, daß sie in Begleitung der Zeugin N. auf der Mitte der Straße ging, sei nicht anzunehmen, da keine Umstände festgestellt seien, welche für die beiden Frauen bei gehöriger Vorsicht die Besorgnis hätten erwecken müssen, sie könnten von einem hinter ihnen her kommenden Kraftwagen dergestalt überrascht werden, daß es ihnen nicht mehr gelinge, den Fußweg zu erreichen.

Vermischtes.

Zum Grubenunglück in Lancashire. Von den Opfern der Grubenkatastrophe in Wigan sind bis jetzt 72 Leichen geborgen.

Waldbrände.

Ein Telegramm aus Holzkirchen vom 21. d. M. meldet uns:

Am Abhange des Taufenberges in der Nähe der Ortschaft Hinterberg entstand gestern ein großer Waldbrand, der sich immer weiter ausdehnt. Die Bewohner sind bemüht, dem Feuer Einhalt zu tun. Die Entstehungsursache ist unbekannt.

Gleichzeitig überbringt uns der Draht aus London die Meldung: „Daily Chronicle" meldet aus San Franzisko: Da Waldbrände im Yosemite-Tal in Kalifornien sich auf den Nationalpark auszudehnen drohen, sind Truppen zur Hilfeleistung herbeigerufen worden.

Pilzvergiftung. Von der Bahnarbeiterfamilie Jacubczak in Ostrowo, die an Pilzvergiftung erkrankte, sind bisher die Ehefrau und zwei Kinder gestorben.

Eisenbahnzusammenstoß. Wie ein Telegramm aus Paris meldet, ist in der Nähe von Beau ein Pilgerzug Paris—Lourdes mit einem Güterzuge zusammengestoßen. Fünfzehn Personen wurden verletzt, darunter elf lebensgefährlich. Die Verwundeten wurden in das Hospital nach Beau gebracht.

Mord und Selbstmord. Am Donnerstagabend spielte sich in Dresden im Restaurant Nudelmühle ein blutiges Liebesdrama ab. Der 20jährige Hausdiener Paul Krüger hatte dort mit dem 18jährigen Hausmädchen Martha Leunert einen Wortwechsel, in dessen Verlauf Krüger plötzlich einen Revolver hervorzog und auf das Mädchen zwei Schüsse abgab. Hierauf richtete er die Waffe gegen sich selbst. Beide wurden lebensgefährlich verletzt ins Krankenhaus übergeführt.

Selbstmord auf der Hochzeitsreise.

Die junge Frau Professor Rudolf Spitzer aus Sternberg in Mähren, die sich mit ihrem Mann seit einer Woche auf einer Hochzeitsreise in Heringsdorf befand, hat sich gestern dort von der Bismarckwarte in selbstmörderischer Absicht heruntergestürzt. Der Tod trat sofort ein. In einem Abschiedsbrief, den sie an ihren Mann richtete, bittet sie ihn wegen der Flucht aus dem Leben um Verzeihung und spricht die Hoffnung aus, daß es ihm vergönnt sein möge, an der Seite einer anderen glücklicher zu werden, als es mit ihr möglich gewesen wäre.

Oeffentliche Bibliothek und Lesehalle zu unentgeltlicher Benutzung für jedermann, SW., Alexandrinenstr. 26. Geöffnet täglich von 5½—10 Uhr abends, an Sonn- und Feiertagen von 9—1 und 3—6 Uhr. In den Lesesälen liegen zurzeit 515 Zeitungen und Zeitschriften jeder Art und Richtung aus. — Die Ausleih-Bibliothek ist bis auf weiteres geschlossen.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 23. August, vormittags 9 Uhr, in der Halle der Gemeinde, Pappelallee 15—17: Freireligiöse Vorlesung. Vormittags 10½ Uhr in der Schulaula, Kleine Frankfurter Str. 6: Vortrag von Herrn Professor Dr. A. Gebrke über: „Die Intoleranz". Herren und Damen sind als Gäste sehr willkommen.

Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter Hamburg. (E. H. 29.) Filiale Berlin 6. Sonntag vormittag bei Obiglo, Schwedterstr. 23. — Filiale Rummelsburg. Sonnabend abend 8½ Uhr bei Gustav Tempel, Alt-Boxhagen 56. — Filiale Schöneberg. Sonnabend abend 8½ Uhr bei Wieloch, Grunewaldstr. 49.

Briefkasten der Expedition.

Patienten in Beelitz, Buch usw. Diejenigen unserer Abonnenten, die noch während des ganzen nächsten Monats in der Heilstätte bleiben, wollen uns wegen der Ueberweisung von Freiexemplaren sofort ihre Adresse einsenden, da bei verspäteter Bestellung die ersten Nummern des neuen Monats von der Post nicht geliefert werden. Alle Adressen müssen jeden Monat neu eingesandt werden.

Eingegangene Druckschriften.

Von der „Kommunalen Praxis" — Verlag: Buchhandlung Vorwärts, Berlin — sind die Hefte 32 und 33 erschienen.

Zum Preise von 3,— M. pro Quartal ist die „Kommunale Praxis" durch alle Parteispeditеure, Buchhandlungen sowie Postanstalten zu beziehen. Probenummern liefert der Verlag gratis und franko.

Von der Romanbibliothek „In Freien Stunden" — Verlag: Buchhandlung Vorwärts, Berlin — liegen die Hefte 32 und 33 vor. Wie der Verlag mitteilt, ist die Abonnentenzahl der Zeitschrift „In Freien Stunden" in letzter Zeit wesentlich gestiegen.

Der Preis für das 24 Seiten starke Heft beträgt 10 Pf. und ist durch alle Kolporteure und Parteibuchhandlungen zu beziehen.

Der Krieg von 1870/71. (Der Zusammenbruch.) Roman von Emile Zola. Geb. 5 M. (Stuttgart, Deutsche Verlagsanstalt.)

Hoboff, Wilhelm. Die Bedeutung der Marxschen Kapitalkritik. Bonifacius-Druckerei, Paderborn. Preis 4,50 M.

Die Tarifverträge der baugewerblichen Hilfsarbeiter bis zum Jahre 1907. Geb. 7,50 M. Verlag: G. Behrendt, Hamburg, Klostertor 8, I.

Amtlicher Marktbericht der städtischen Markthallen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthallen. **Marktlage: Fleisch:** Zufuhr genügend, Geschäft flau, Preise unverändert. **Wild:** Zufuhr befriedigend, Geschäft still, Preise unverändert. **Geflügel:** Zufuhr recht reichlich, Geschäft lebhaft, Preise schwankend. **Fische:** Zufuhr reichlich, Geschäft etwas lebhafter, Preise wenig verändert. **Butter und Käse:** Geschäft lebhaft, Preise unverändert. **Gemüse, Obst und Südfrüchte:** Zufuhren genügend, Geschäft ruhig, Preise wenig verändert.

Wasserstands-Nachrichten
der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 20. 8. cm	seit 19. 8. cm[1])	Wasserstand	am 20. 8. cm	seit 19. 8. cm[1])
Memel, Tilsit	144	+1	Saale, Grochlitz	122	+4
Pregel, Insterburg	−13	−5	Havel, Spandau[2])	42	+2
Weichsel, Thorn	298	−74	„ Rathenow[2])	35	−4
Oder, Ratibor	146	+1	Spree, Spremberg[2])	66	−2
„ Krossen	114	−5	„ Beeskow	80	−1
„ Frankfurt	128	−5	Weser, Münden	−72	−2
Warthe, Schrimm	52	−4	„ Minden	−4	−3
„ Landsberg	24	−6	Rhein, Maximiliansau	406	−6
Netze, Vordamm	−17	−3	„ Kaub	209	+1
Elbe, Leitmeritz	−54	−6	„ Köln	208	−5
„ Dresden	−187	0	Neckar, Heilbronn	42	+2
„ Barby	76	−2	Main, Wertheim	—	—
„ Magdeburg	87	−2	Mosel, Trier	16	−4

[1]) + bedeutet Wachs, — Fall, — [2]) Unterpegel.

Noch in den letzten Tagen

bietet der Schluss-Verkauf infolge Auflösung unseres Warenhauses die grössten Vorteile und dürfte eine günstigere Gelegenheit nie wiederkehren.

Ein Posten reinwollene Tuche 130 cm breit, Wert 4.00 . . . . . jetzt 1.95
Ein Posten gezwirnt. Covercoats 130 cm breit, mit angewebtem Futter, Wert 5.00 . . . . . jetzt 2.45
Ein Posten reinwoll. schwarz. Cheviots und Diagonals 130 cm breit, Wert 3.00 . . . . . jetzt 1.35
Ein Posten reinwollene engl. Kleider- und Kostüm-Stoffe 110 cm breit, Wert 2.90 . . . . . jetzt 1.65
Ein Posten coul. Lastings doppelbreit . . . . . Meter jetzt 75 Pf.
Seidenstoffe für Blusen, reine Seide, schwere Qualität . jetzt 1.15

Kissenbezüge vorgez., m. Volant St. 75 Pf.
Gehäkelte Küchenkante Handarb. Meter 45 Pf.
Jacquard-Küch.-Handtüch. gestickt 3.50
Java-Stoff in creme, weiss, écru, bordeaux, 170 cm breit 1.48
6 Quadrate zum Zusammensetzen von Decken . . . . . 95 Pf.
Tüll-Kommoden-Decken 75/135 . 68 Pf.
Tüll-Decken 30/80 . . . . . 10 Pf.
Tüll-Läufer 150 cm lang . . . . . 48 Pf.
Tüll-Frack-Korsett 1.95

Ein grosser Posten Herren-Halb-Schuhe Boxcalf und Chevreaux, bestes Fabrikat, Goodyear Welt, früherer Preis durchweg 15.50 . . jetzt 5.95
Ein grosser Posten Damen-Zug-Stiefel bestes Fabrikat, früherer Preis 12.50 . . . jetzt 3.95
Ein grosser Posten Damen-Promenaden-u. Salonschuhe unsortierte Grössen, schwarz u. farbig, früherer Wert bis 15.00 . . . . jetzt ohne Ausnahme 2.95
Ein grosser Posten Damen-Leder-Schuhe mit Absatzfleck, rot und schwarz . . . jetzt 1.95
Ein grosser Posten Boxcalf-Herren-Schnür-Stiefel . . . 6.95

Restbestand in Knaben-Blusen-Anzügen reine Wolle, in dunkelblau und grau Kammgarn-Cheviot, ganz auf Futter gearbeitet, teilweise mit Abzeichen, hochgeschlossen und Matrosen-Fassons . . . . . Schlusspreis für 2—5 Jahre 6.85 für 3—9 Jahre 7.85

Restbestand in Knaben-Pyjaks gefüttert, mit Abzeichen u. Stickerei für 3—9 Jahre Schlusspreis 4.65 5.85 7.25

Ein Posten Seiden-Blusen reich garniert, ganz gefüttert, in allen modernen Farben. Wert bis 16.00 . . . . . jetzt 6.85

Ein Posten Kostüme aus haltbaren modernen Stoffen in den verschiedensten Macharten Wert bis 30.00 jetzt 14.85 11.85 9.85

Ein Posten Mousseline-Morgenröcke reine Wolle, reich garniert. Zum Aussuchen . 6.85

Warenhaus Fr. Pfingst & Co. Königstr. 33

Soeben erschienen:

Graf Leo Tolstoi

Ich kann nicht schweigen!

(Ueber die Hinrichtungen in Rußland.)

Zweite, einzig vollständige Ausgabe nebst Anhang: **„Die Verfolgung meiner Leser."**

Preis **1** M., billige Ausgabe **50** Pf. 247/2

Expedition des „Vorwärts", Berlin SW. 68,

Lindenstr. 69. (Laden.)

Große Dampfer-Mondschein-Korso-Fahrten mit Musik nach Schmöckwitz, nach dem herrlich dekorierten Restaurant Seddinsee. Abfahrt 9¾ Uhr, Oberbaumbrücke, Falckensteinstr. 49. Hin und zurück **50** Pf.

Sonntag daselbst: **Korso-Fahrten.** Abfahrt **9** Uhr morgens. **2** Uhr nachmittags mit Musik hin und zurück **75** Pf., einfache Fahrt **50** Pf.

A. Noack u. Robert Rieck.

Wo? machen wir am Sonntag unseren Ausflug? Nach **Pichelswerder** zum **Alten Freund.** 36602*

Empfehle auch diesen Sommer mein Lokal zu Land- u. Wasserpartien.

Paul Drenske Nachfolger

Otto Berlett

Hutfabrik

Oranienstraße 172

empfiehlt sein **großes Lager** in [3858L*

Hüten, Mützen, Schirmen, Pelzwaren.

Sämtliche hervorragenden Erzeugnisse des In- und Auslandes **stets** am Lager.

Reparaturen schnell, sauber und billig.

Herrenkleidung für 1 Mark

wöchentliche Teilzahlung, fertig und nach Maß, auch mit Anprobe, liefert das bekannte **Versandhaus Berliner Herren-Moden, nur Stralauer Str. 28,** am Molkenmarkt, ohne Preisaufschlag. Verarbeitung haltbarer Stoffe unter Garantie für tadellosen Sitz. Besuch mit Mustern jederzeit. Nichtabgeholte Maßanzüge, Paletots (Monatsgarderobe) werden nur im **Consumhaus Frankfurter Allee 188, Ecke Müggelstrasse,** zu spottbilligen Räumungspreisen nur gegen Kassa verkauft. (928)

Unser Consum-Anzug, sehr haltbar und praktisch, kostet nur **12,75** Mark.

Blitz-Schnell

kommt man mit der Hochbahn zu **Weingarten,** Gitschinerstr. 72, Station im Hause. Haltestelle Prinzenstraße. Empfiehlt:

1 Posten Monats-Anzüge, 1 Posten Monats-Paletots,

1 Posten Monats-Beinkleider zu staunend billigen Preisen,

auch für korpulente Herren passend.

Dieselben sind von feinen Kavalieren und Reisenden, die nur einen Monat ihre Garderobe tragen. 37022*

Fahrgeld wird vergütet. ● Bitte auf Hausnummer zu achten.

Vorortparzelle, 290 M. an, Brunnhofer, Berlin, Rollendorfstr. 3. *

Dr. Simmel

Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden.

Prinzenstr. 41, dicht am Moritzplatz,

10—2, 5—7. Sonntags 10—12, 2—4.

Sommerpreise.

A. B. Koch

Kohlen-Groß-Handlung

gegründet 1893.

Haupt-Kontor und **I. Geschäft: Berlin O. 34, Brombergerstr. 16. II. Geschäft: O. 17, Fruchtstr. 13.**

Preise für nur Ia Marken ab Platz von **10 Ztr.** an: 3804L*

Prima Ia Halbfettcoine (bekannte Marken) . . pr. Ztr. **92** Pf.

„ **Ferdinand-Briketts** pr. Ztr. **92** Pf.

„ **Anna od. Waidmannsheil** pr. Ztr. **94** Pf.

„ **Pfännerschaft** „ „ **96** Pf.

„ **Ia Diamant** pr. Ztr. (110 bis 120 Stck.) . . **100** Pf.

„ **Ia Ilse o. Alw.** pr. Ztr. **100** Pf.

„ **Ia Anthrazit Cadé** p. Z. **2,25** M.

Koks, Steinkohlen usw. zu den **billigsten Tages- und Konventionspreisen.** Anlieferung frei Keller je nach Quantum pr. Ztr. 10—15 Pf. mehr. — Bei Originalwaggons und größeren Abschlüssen verlangen Sie meine Spezial-Offerte.

Anerkannt vorzüglichster Schuhputz.

Immalin

Zu haben in allen einschlägigen Geschäften.

Jeder Arbeiter, jeder Handwerker sollte zur Arbeit

die **Lederhose Herkules** tragen.

Unerreichte Leistungsfähigkeit.

Allein-Verkauf. Sehr starkes Leder in praktischen grauen u. braunen Streifen, auch einfarbig. Am Bund aus einem Stück gearbeitet. Sehr feste Kappnähte. Haltbarste Pilot-Taschen. Große Flicken umsonst.

Die Herkules-Hose **4 M. 50**

Monteur-Jacketts „Edison", echtblau Köper oder Drell **2** M. **65**

Monteur-Hosen „Edison", echtblau Köper oder Drell **2** M. 35

Manchester-Hosen Gambrinus **6** M. 75

Manchest.-Jacketts Gambrinus **1** M. 75

Maler-Kittel . . . . . 3,50, **2** M. 25

Mechaniker-Kittel (braun) 3,35, **2** M. 75

Weiße Lederhosen . . . . . 4,50, **3** M.

Kessel-Anzüge . . 7,25, 6,—, **5** M. 50

Weiße Jacketts für Friseure, Kellner, Konditoren, Köche usw.

Die Preise gelten für normale Größen.

Baer Sohn

Chausseestr. 29/30. Brückenstr. 11. Gr. Frankfurterstr. 20.

Haupt-Katalog gratis und franko.

Bei Bestellung von Hosen ist die Bundweite und die Schrittlänge, bei Jacketts und Kitteln die Brustweite anzugeben. 35092*

Nachdruck verboten!

Greift zu!

den besten 38562

Monatsanzüge . . . v.	9.50 M.
Abonnementsanzüge . .	13.00 „
Pfandleihanzüge . . .	11.00 „
Particanzüge	12.00 „
Gehrockanzüge	14.50 „
Anzüge, Ersatz f. Maß .	20.50 „
Paletots	9.50 „
Hosen	2.00 „

Moldauer

Prinzenstraße 64, im Laden.

— Straßenbahn-Vergütung. —

Einsegnungs-Anzüge 14.50—29.— Mk. Anzüge nach Maß von 24.50 Mk. an.

Nur eigene Konfektion

M. Schulmeister,

Dresdener Str. 4 am Kottbuser Tor.

Schneidermeister. 40601L*

Jedes Wort 10 Pfennig.

Das erste Wort (fettgedruckt) 20 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pfg.; das erste Wort (fettgedruckt) 10 Pfg. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen

ANZEIGEN

für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstrasse 69, bis 5 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Der Kleingarten, seine Anlage, Einteilung und Bewirtschaftung, von Max Hesdörffer. Preis 60 Pf. Expedition Lindenstraße 69, Laden.

Spezialkarte von Buckow, 75 Pf. Expedition, Lindenstraße 69, Laden.

Installateure und Händler kaufen Bronzegaskronen, Zugampeln, Gasbeleuchtungs-Gegenstände, Hängegasbrenner allerbilligst Großhandlung Alte Jakobstraße 125. Geschäftsleuten Engrosrabatt. 10048R*

Steppdecken spottbillig, Fabrik Große Frankfurterstraße 60. 2993R*

Bronzegaskronen, Riesenauswahl. Gelegenheiten. Alte Jakobstr. 125. *

Teppiche! (fehlerhafte) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Brünn, Hackescher Markt 4, Bahnhof Börse. 264/11*

Gaskronen, dreiflammig 4.50, Salongaskronen 7.50, Gaszuglampen 8.00, Gasuhren 1.45, Gaswandarme 0.55. Fabriklager Große Frankfurterstraße 92, Filiale Ravenéstraße 6. *

Nähmaschinen, gebrauchte, in allen Systemen zu billigsten Preisen, schon von 10 Mark an. Beümann, Gollnowstraße 28. 797R*

Monatsanzüge und Sommerpaletots von 5 Mark sowie Hosen von 1,50, Gehrockanzüge von 12,00, Fracks von 2,50, sowie für korpulente Figuren. Neue Garderobe zu staunend billigen Preisen, aus Pfandleihen verfallene Sachen kauft man am billigsten bei Katz, Mulackstraße 14.

Kinderwagen. Sportwagen, Kinderbettstelle. Größere Raten Kassapreis, zurückgesetzte, gebrauchte spottbillig Andreasstraße 53. 326R*

Uhren, Goldwaren billigst Werner, Pappelallee 3. 859R*

Anzüge, Paletots nach Maß. Aus Ia Stoffresten, Monats- und nicht abgeholte Sachen staunend billig. Maßschneiderei Voß, Brunnenstraße 3, eine Treppe, am Rosenthalertor. *

Teppiche mit Farbfehlern für die Hälfte. Teppich-Thomas, Oranienstraße 160, Oranienplatz. 1058R

Monatsgarderobenhaus. Elegante Monatsanzüge in allen Preislagen nur Andreasstraße 54. 1034R*

Monatsgarderobenhaus. Hochelegante Monatspaletots, einzelne Hosen, sehr preiswert nur Andreasstraße 54. 1033R*

Gardinenverkauf, Portieren, Decken, Wäsche, Bettstücke, Kleidungsstücke, spottbillig Pfandleihhaus Küstrinerplatz 7. *

Pfandleihhaus! Rixdorf, Bergstraße 58. Räumungshalber spottbilliger Bettenverkauf! Gardinenverkauf! Wäscheverkauf! Herrengarderobe! Uhrenverkauf! Kettenverkauf! Schmucksachen! Nähmaschinen! Möbelstücke! Diverses! Spottpreise! 992R*

Sofastoffreste, Wolle, Plüsch, Mocquett, spottbillig. Teppichhaus Emil Lefèvre, Oranienstraße 158. *

Humboldtleihhaus nur Brunnenstraße 58, Eckhaus Stralsunderstraße. Staunendbillige Jackettanzüge! Gehrockanzüge! Spottbilligster Bettenverkauf! Brautbetten! Großartige Aussteuerwäsche! Wunderbare Gardinen! Steppdecken! Plüschtischdecken! Teppichauswahl! Goldene Damenuhren! Herrenuhren! Freischwinger! Schmucksachen. Bis neun geöffnet. *

Bronzegaskronen!!! Gaszuglampen! 9,00. **Gasrohrlyren!** 1½, Schaufensterlicht spottbillig! Wohlauer, Wallnertheaterstraße 32. 1064R*

Teppiche mit Farbenfehlern, Fabrikniederlage Große Frankfurterstraße 9, parterre, Mauerhoff. Vorwärtslesern 6 Prozent Rabatt. 1074b*

Kinderwagen, neu, dringend, 16,00. Mitschke, Exerzierstraße 25. *

Hermannplatz 6! Pfandleihhaus. Staunendbilliger Bettenverkauf! Wäscheverkauf! Gardinenverkauf! Sommerpaletots! Gehrockanzüge! Jackettanzüge! Herrenhosen! Riesenauswahl Brautgeschenken! Uhrenverkauf! Kettenverkauf! Ringeverkauf! Goldene Uhren! Teppichverkauf! Steppdecken! Nähmaschinen! Sonntags ebenfalls geöffnet. †101*

Kartoffeln, rot, weiß, 10 Pfund 0,25, allerfeinste 0,30. Raschinski, Rixdorf, Steinmetzstraße 10. †101

Die Grundbegriffe der Wirtschaftslehre. Eine populäre Einführung von Julian Borchardt. Preis 40 Pf. Expedition Vorwärts, Lindenstraße 69.

Pfandleihhaus, Prinzenstraße 86. Staunendbillige Jackettanzüge! Gehrockanzüge! Spottbilligster Bettenverkauf! Brautbetten! Großartige Aussteuerwäsche! Wunderbare Gardinen! Steppdecken! Plüschtischdecken! Teppichauswahl! Goldene Damenuhren! Herrenuhren! Freischwinger! Schmucksachen. Bis neun geöffnet. *

Paletots, Monatsanzüge, wenig getragene, von 5 Mark an, große Auswahl für jede Figur, auch neue elegante Garderobe aus erster Bezugsquelle, 20 Prozent billiger wie im Laden, direkt vom Schneidermeister Paul Fürstenzeit, nur Rosenthalerstraße 10. 269/14*

Vorjährige Herren-Jackettanzüge, neu, nach Maß bestellt, nicht abgeholt, verkaufe Hälfte Kostenpreis Prenzlauerstraße 23, II, Alexanderplatz. Maßschneider. 150/15

Phiebigs Kinderwagen, Bettstellen, neu, gebraucht, allerbilligst, Teilzahlung. Kottbuserdamm 12a. *

Pianino, hohes, 100 Mark. Turmstraße 8 I. 150/14

Achtung! Händler, die Märkte 2c. besuchen, Straßenverkäufer, Hausierer, auch Frauen, können lohnenden Wirtschaftsartikel zum Engrospreis erhalten. Reinhold, Stephanstr. 12.

Sozialreform oder Revolution von Rosa Luxemburg. Zweite durchgesehene und ergänzte Auflage. Preis 50 Pf. Expedition Vorwärts, Lindenstraße 69.

Geschäftsverkäufe.

Parteilokal mit Fahrstellen änderungshalber billig zu verkaufen Pankow, Florastraße 32. †145*

Restaurant zu verkaufen Mantteufelstraße 117. †4

Restauration wegen Bauunternehmung verkäuflich. Offerten „Vorwärts"-Expedition, Alexanderstraße 36.

Schankgeschäft ist wegen Aufgabe billig zu verkaufen. Zu erfragen bei P. Weitzer, Brangelstraße 22. †4

Papiergeschäft, Galanterie-, Spielwaren, 15 Jahre bestehend, 1600,00, krankheitshalber verkäuflich Perleberbergerstraße 37. †120

Zigarrenecke ist zu verkaufen wegen anderer Uebernahme. Schöneberg, Albertstraße 11. †146

Obstgeschäft, beste Zukunft, verkäuflich Rixdorf, Weserstraße 212.

Möbel.

Auf Teilzahlung. Möbeleinrichtung, Stube und Küche, Anzahlung 15 Mark an. Einzelne Möbelstücke 3 Mark an. Verliehen gewesene Möbel spottbillig. „Berolina", Kastanienallee 49. 1009R*

Kleiderspind, Vertiko, Plüschsofa, Säulentrumeau, Bettstellen, billig, Prinzenstraße 43 III links. 150/9

Möbel sowie ganze Wohnungs-Einrichtungen auf Teilzahlung bei geringer Anzahlung erhalten solide Leute in der Möbelfabrik August Krause, Schützenstraße 73/74. 924R*

Nur an Privatleute! Wollen Sie wirklich eine einfache oder bessere Wohnungs-Einrichtung billig, aber trotzdem neue, reelle Möbel kaufen, so müssen Sie Lothringerstraße 26 (Schönhauser Tor) hingehen. Bin billiger als die meisten Möbelhändler! Zum Beispiel: Komplette Wohnungs-Einrichtung mit moderner Küche 250 Mark, bessere 350—425—500 bis 1500, Speisezimmer, Eiche, mit Lederstühlen, komplett 650—700—850—2000, Herrenzimmer, Salons, Schlafzimmer, Ledersofa, Klubsessel, Standuhren, Ankleideschränke, moderne Küchen 68—190. Besichtigung in 6 Etagen! Transport frei, auch weite Vororte! Verkauf nur Lothringerstraße 26, Schönhauser Tor, Hof. Geöffnet 8—½9 Uhr, Sonntag 8—2 ununterbrochen. Bei schriftlicher Anmeldung auch Sonntag nachmittag. 1067R*

Wegen Ueberfüllung unseres Speichers soll bis 28. August ein großer Posten Möbel, auch verliehen gewesene und zurückgesetzte Möbel zum Teil bis 40 Prozent unterm Wert verkauft werden. Darunter Kleiderspind 24,—, Vertiko 27,—, Tische 10,—, Säulentrumeau, geschliffen, 28,—, Bettstelle mit Matratze 19,—, Sofas 35,—, Waschtoilette 20,—; Büfetts staunend billig, Herrenschreibtisch 28,—, Ankleideschränke, Paneelsofa 55 Mark, Plüschgarnituren enorm billig. Moderne Küchen von 40,— an. Lagerung, Transport frei. Stargardts Möbelfabrik und Speichereien, Dresdenerstraße 107/108. Sonntags geöffnet. 178/3

Hutbodenspind, Chaiselongue, Trumeau, mahagoni Englischbett, Kleiderspind, Sofa, Plüschgarnitur, hohes Nußbaumbett, Waschtoilette, billig, Frankfurter Allee 129. Lazarus. *

Fahrräder.

Fahrräder, Teilzahlungen. Invalidenstraße 20 Skalitzerstraße 40. 320R*

Fahrräder, Grammophone, Teilzahlungen, ohne Aufschlag, Lothringerstraße 40. 674R*

Herrenfahrrad, Damenfahrrad wie neu, 45,00. Holz, Blumenstraße 36 b. 977R*

Geschäftsdreirad, äußerst stabil, 50,00. Holz, Blumenstraße 36b. *

Halbrenner, neuer, schnellstens, Neue Schönhauserstraße 1a, II. †148*

Herrenfahrrad, nagelneues, Garantierad, notgedrungen, billig, Exerzierstraße 25, III links. †148*

Herrenfahrrad, Damenfahrrad, hochelegant, spottbillig. Drontheimerstraße 40, vorn II, geradezu. †148

Brennaborrad, gutes, 40,00, Pankstraße 45, parterre rechts. †148

Verschiedenes.

Kunstgeigenbauer E. Taussaint, Berlin C., Joachimstraße 11c, Reparaturen, Tonverbesserungen preiswert. 871b*

Parentanwalt Bessel, Gitschinerstraße 94a. 2555R*

Lernt die Muttersprache beherrschen! Erfolgreichen, leicht faßlichen Unterricht in Wort und Schrift der deutschen Sprache erteilt Damen und Herren (separat) auch abends ein tüchtiger und gewissenhafter Privatlehrer. Die Stunde kostet eine Mark. Eine Unterrichtsstunde wöchentlich genügt. Gefällige Angebote sind unter G. 4 an Expedition des „Vorwärts" zu richten.

Kunststopferei von Frau Kokosky, Schlachtensee, Kurstraße 8, III.

Teilnehmer an einem englischen Zirkel (monatlich 4 Mark) werden gesucht. Privatstunden für Anfänger und Fortgeschrittene werden erteilt. G. Sivienty, Schöneberg, Sedanstraße 57, III. 1003R*

Ausschank von echt Breslauer Hasse-Bier vom Faß und in Flaschen. Rixdorf, Tannerstraße 4. Vereinszimmer. †101*

Jeschek-Ensemble Gethsemanestraße 3. †71*

Wer Stoff hat? Fertige Herrenanzüge 15,00. Wagner, Schneidermeister, Lichtenbergerstraße 9. 150/5*

Platina, Gold, Silber, Gebisse, Rehrgold sowie sämtliche gold- und silberhaltigen Rückstände kauft Goldschmelze, Köpenickerstraße 29. Telephon IV, 6958. 150/6*

Vermietungen.

Wohnungen.

Soldinerstraße 9. 2 Stuben Küche, Balkon, Stube, Küche, Balkon, billig, bei Stender. *

Soldinerstraße 8. 2 Stuben, Küche, Balkon, Stube, Küche, Balkon, billig, bei Schnaak. *

Grünthalerstraße 42. 2 Stuben, Küche, Balkon, Stube, Küche, Balkon, billig, bei Stange. *

Kurfürstendamm 112, am Bahnhof Halensee, Gartenwohnungen: 2 Zimmer mit Küche, 1 Stube mit Küche, 1. Oktober. 1334b*

Zweifenstrige Vorderstube, Küche, 18,50, Liebenwalderstraße 56. †57

Zimmer.

Ungenierte, gut möblierte zweifenstrige Vorderstube, Flureingang gute Betten, sauber, spottbillig, 1 oder 2 junge Leute oder Damen gleich oder später, 9,00, Uferst. ahe 18 rechter Aufgang IV, Witwe Gursch (Bahnhof Wedding). †90

Möbliertes Zimmer (Telephon) Waldemarstraße 33, III links. †4

Möbliertes Vorderzimmer, separat, 15,00, vermietet Carmen Sylvastraße 163, IV geradezu. †70

Schlafstellen.

Möblierte Schlafstelle. Pfeffel, Kleine Markusstraße 27, vorn II.

Saubere möblierte Schlafstelle findet Herr bei Pötzsch, Marienbordorferstraße 3. †88

Möblierte Schlafstelle zu vermieten Prinzenstraße 47, Seitenflügel III links. 1133b

Möblierte freundliche Schlafstelle. Nerlich, Andreasstraße 10. †10

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.

Blinder Stuhlflechter bittet um Arbeit. Stühle werden abgeholt und zurückgeliefert. R. Glätzer, Mulackstraße 27. 1465b

Stellenangebote.

Kunstschmiede, selbständige, verlangt R. Blume, Charlottenburg, Schillerstraße 97. †110*

Steinmetz, Marmor, sucht Fink, Demmewitzstraße 19. 1123b

Stepper auf Herren-Paletots verlangt Tosch, Rügenerstraße 17 I. †60

Verantwortlicher Redakteur: Hans Weber, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.